

# Großkommentare der Praxis





Jansen

**FGG**

Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Großkommentar

Begründet von

Paul Jansen

**Dritte Auflage**

herausgegeben von

Hans-Joachim von Schuckmann

Susanne Sonnenfeld

**Erster Band**

Einleitung;

§§ 1–34 FGG

Bearbeitet von

Lothar Briesemeister, Renate Baronin von König, Peter-Hendrik Müther,

Hans-Joachim von Schuckmann, Hartmut Wick



De Gruyter Recht · Berlin

Zitiervorschlag z.B.: *von König* in Jansen, FGg, § 32 Rn 11

ISBN-13: 978-3-89949-153-1  
ISBN-10: 3-89949-153-X

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Copyright 2006 by De Gruyter Rechtswissenschaften Verlags-GmbH, D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Datenkonvertierung/Satz: WERKSATZ Schmidt & Schulz GmbH, 06773 Gräfenhainichen  
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co., Göttingen  
Printed in Germany

## Bearbeiter der 3. Auflage

Dr. *Lothar Briesemeister*, Vors. Richter am Kammergericht, a.D., Berlin.

*Renate Baronin von König*, Diplom-Rechtspflegerin, Lehrkraft an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin.

Dr. *Jutta Müller-Lukoschek*, Professorin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin.

Dr. *Peter-Hendrik Müther*, Richter am Kammergericht, Berlin.

Dr. *Peter Ries*, Professor an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin.

*Hans-Joachim von Schuckmann*, Diplom-Politologe, Professor, Berlin.

*Susanne Sonnenfeld*, Diplom-Rechtspflegerin, Professorin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin.

*Brigitte Steder*, Diplom-Rechtspflegerin, Professorin an der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung, Meißen.

*Hartmut Wick*, Vors. Richter am Oberlandesgericht, Celle.

*Dagmar Zorn*, Diplom-Rechtspflegerin, Lehrkraft auf Zeit an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin.



## Vorwort

Seit dem Erscheinen der 2. Auflage des von Paul Jansen begründeten Kommentars sind 36 Jahre vergangen.

Die Arbeit an der Neuauflage hat ihrerseits von der ersten Anfrage des Verlages bis zur Fertigstellung mehrere Jahre in Anspruch genommen. Nachdem unser geschätzter maßgeblich an der Initiierung der Neuauflage beteiligter und als Mitherausgeber neben Prof. Hans-Joachim von Schuckmann vorgesehener Kollege Prof. Diether Huhn 1999 verstarb, stagnierten die Arbeiten. Die von ihm zu bearbeitenden Vorschriften wurden zum Teil auf die Mitautoren verteilt, zum Teil konnten neue Autoren gewonnen werden. Prof. Susanne Sonnenfeld hat darüber hinaus seine Verantwortung als Mitherausgeber übernommen.

Es war Ziel der Autoren und Herausgeber, die grundlegenden, noch heute viel zitierten Ausführungen des Begründers soweit wie möglich zu erhalten und zu aktualisieren.

Die immer rasanter werdende Rechtsentwicklung hat in dem zwischen den beiden Auflagen liegenden Zeitraum zu weit mehr als 70 Gesetzesänderungen geführt, die in weiten Teilen auch eine vollständige Neubearbeitung und grundlegende Überarbeitung erforderlich machten. So sind zB die Unterabschnitte über Betreuungssachen (§§ 65–69o) und Unterbringungssachen (§§ 70–70n) völlig neu entstanden. Umfangreiche, zum Teil seinen Kernbereich berührende Änderungen hat das FGG nicht nur durch das am 1.1.1992 in Kraft getretene Betreuungsgesetz erfahren, sondern auch beispielsweise durch die zahlreichen Kindschaftsrechtsreformgesetze von 1998, das Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaftsgesetz vom 16.2.2001, das Gesetz zur Reform des Zivilprozesses vom 22.7.2001, das Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 19.2.2001, das Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung vom 11.12.2001 und das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 5.5.2004. Einbezogen wurden mussten auch das Erste Gesetz zur Modernisierung der Justiz vom 24.8.2004, das am 1.1.2005 in Kraft getretene Anhörungsrügesgesetz sowie das am 1.7.2005 in Kraft getretene 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz.

Anfang Juni 2005 wurde der Referentenentwurf des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz) den Landesjustizverwaltungen und den Verbänden zur Stellungnahme übersandt.

Er enthält als Artikel 1 das „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)“. Der Entwurf sollte aber noch um das Verfahren in Nachlasssachen, die Eidesstattliche Versicherung, Untersuchung und Verwahrung von Sachen, den Pfandverkauf, das Freiheitsentziehungsgesetz und kostenrechtliche Folgeregelungen ergänzt, außerdem das Rechtspflegergesetz an die Systematik des FamFG angepasst werden.

Das neue Gesetz sollte ursprünglich am 1.7.2007 in Kraft treten und gleichzeitig das bisherige FGG außer Kraft setzen. Nunmehr ist der 1.7.2008 vorgesehen. Bis dahin muss

das geltende FGG angewendet werden. Deshalb und mit Rücksicht auf die politische Entwicklung durch die vorgezogene Wahl des Bundestags haben sich Herausgeber und Verlag entschlossen, die Neuauflage wenigstens mit den Bänden 2 und 3 sofort herauszubringen, während Band 1 mit der Einleitung und den Vorschriften des Allgemeinen Teils des FGG erst jetzt vorgelegt wird, um die Reformbestrebungen in den Grundsätzen berücksichtigen zu können.

Die Kommentierung berücksichtigt bereits diesen Entwurf und zwar in Band 2 die familiengerichtlichen Verfahren und in Band 3 die Handelssachen.

Die Bundestagswahl 2005 mit der Bildung einer neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat an dem Reformvorhaben nichts geändert. Der vollständige und gegenüber dem ersten Entwurf teilweise geänderte Entwurf eines FGG-Reformgesetzes wurde am 14.2.2006 vom BMJ an die Verbände zur Stellungnahme übersandt. Es handelt sich um ein sog Artikel-Gesetz, da zugleich 85 andere Gesetze zB das GVG und die ZPO geändert werden müssen. In der Neufassung des GVG wird die Freiwillige Gerichtsbarkeit neben der streitigen Zivilgerichtsbarkeit und der Strafergerichtsbarkeit Bestandteil der ordentlichen Gerichtsbarkeit sein. Die Vorschriften des GVG werden künftig für die Freiwillige Gerichtsbarkeit unmittelbar gelten. Besondere Regelungen und Verweisungsvorschriften auf das GVG sind deshalb in dem Entwurf nicht mehr enthalten.

Auf den Inhalt des ergänzten Referentenentwurfs und des Diskussionspapiers zur Herauslösung verfahrensrechtlicher Vorschriften aus dem BGB im Zuge der FGG-Reform wird unter Berücksichtigung erster Stellungnahmen in der Einleitung im vorliegenden Band 1 eingegangen.

Die Neuauflage geht auch in den Bänden 2 und 3 jeweils auf die derzeitigen Reformbestrebungen ein. Dem internationalen Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist im Hinblick auf die starke Verflechtung des internationalen Rechtsverkehrs auch in der Neuauflage die gebührende Beachtung eingeräumt worden.

Im vorliegenden Band 1 wurde die bis Mai 2006 – teilweise darüber hinaus – veröffentlichte umfangreiche Literatur und Rechtsprechung eingearbeitet.

In den Anhang des Bandes 2 wurden aufgenommen Art 7 FamRÄnG über die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen, §§ 23–30 EGGVG über die Anfechtung von Justizverwaltungsakten, die 1. Verordnung (EG) Nr 1347/2000 (EuEheVO), der Entwurf eines Gesetzes zum internationalen Familienrecht, das 1. Sorgerechtsübereinkommens-Ausführungsgesetz (SorgeRÜbkAG), 2. Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz (AVAG) §§ 1–34, 50–56 und das KSÜ – Kinderschutzübereinkommen.

Band 3 enthält als Anhang neben einer Übersicht über die landesrechtlichen Vorschriften, die LFGG-Texte.

Für Anregungen, Kritik oder Verbesserungsvorschläge sind Herausgeber und Autoren jederzeit dankbar.

Im August 2006

Die Herausgeber



# Inhaltsverzeichnis

|  |      |
|--|------|
| Vorwort . . . . .  | VII  |
| Abkürzungsverzeichnis . . . . .  | XI   |
| Literaturverzeichnis . . . . .   | XXXI |
| Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften . . . . . | XLI  |

## ERLÄUTERUNGEN

### Einleitung

|   |    |
|---|----|
| I. Ursprung der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .  | 3  |
| II. Entstehung des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . . | 4  |
| III. Rechtsentwicklung in der ehemaligen DDR und dem ehemaligen Ostsektor Berlins . . . . .           | 6  |
| IV. Das Verhältnis des FGG zum Reichsrecht/Bundesrecht . . . . .                                      | 8  |
| V. Landesrecht . . . . .  | 9  |
| VI. Besondere Fälle . . . . .   | 10 |
| VII. Reformvorhaben . . . . .   | 12 |
| VIII. Inhaltsübersicht des RefE FamFG . . . . .   | 18 |
| IX. Änderungen des FGG noch vor der Reform . . . . .  | 65 |
| X. Ausgliederung von Aufgaben aus der Justiz . . . . .  | 68 |
| XI. Aufhebung des BayObLG . . . . .   | 75 |
| XII. Verlagerung von Aufgaben der Richter/Staatsanwälte auf den Rechtspfleger . . . . .               | 75 |
| XIII. Reformen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Europa . . . . .                                   | 77 |

### Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

|  |     |
|--|-----|
| § 1 Geltungsbereich . . . . .  | 83  |
| § 2 Rechtshilfe . . . . .  | 131 |
| Vor §§ 3 bis 7 . . . . .   | 151 |
| § 3 Gerichtsstand für Exterritoriale und Beamte im Ausland . . . . . | 158 |
| § 4 Zuständigkeit mehrerer Gerichte . . . . .                        | 163 |
| § 5 Bestimmung des zuständigen Gerichts . . . . .                    | 167 |
| § 6 Ausschließung des Richters . . . . .                             | 179 |
| § 7 Handlungen unzuständiger oder ausgeschlossener Richter . . . . . | 194 |
| Vor §§ 8 bis 18 . . . . .  | 215 |

## Inhaltsverzeichnis

|                        |   |      |
|------------------------|---|------|
| § 8                    | Gerichtssprache, Beratung, Sitzungspolizei . . . . .                  | 257  |
| § 9                    | Dolmetscher . . . . .   | 276  |
| § 10                   | <i>(weggefallen)</i> . . . . .  | 277  |
| § 11                   | Anträge und Erklärungen . . . . .                                     | 278  |
| § 12                   | Amtsermittlungspflicht . . . . .                                      | 290  |
| § 13                   | Beistände und Bevollmächtigte . . . . .                               | 341  |
| Vor § 13a              | . . . . .   | 376  |
| § 13a                  | Kosten . . . . .  | 397  |
| § 14                   | Prozesskostenhilfe . . . . .  | 437  |
| § 15                   | Beweisverfahren . . . . .   | 477  |
| § 16                   | Wirksamwerden und Bekanntmachung gerichtlicher Verfügungen . . . . .  | 527  |
| § 16a                  | Anerkennung ausländischer Entscheidungen . . . . .                    | 564  |
| § 17                   | Fristberechnung . . . . .   | 617  |
| § 18                   | Änderung gerichtlicher Verfügungen . . . . .                          | 624  |
| Vor §§ 19 bis 30       | . . . . .   | 649  |
| § 19                   | Beschwerde . . . . .  | 668  |
| § 20                   | Beschwerdeberechtigte . . . . .                                       | 692  |
| § 20a                  | Anfechtung von Kostenentscheidungen . . . . .                         | 748  |
| § 21                   | Einlegung der Beschwerde . . . . .                                    | 760  |
| § 22                   | Sofortige Beschwerde, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . . | 778  |
| § 23                   | Neues Vorbringen . . . . .  | 799  |
| § 24                   | Aufschiebende Wirkung . . . . .                                       | 811  |
| § 25                   | Begründung der Beschwerdeentscheidung . . . . .                       | 819  |
| § 26                   | Wirksamwerden der Beschwerdeentscheidung . . . . .                    | 833  |
| § 27                   | Weitere Beschwerde . . . . .  | 838  |
| § 28                   | Beschwerdeinstanz für die weitere Beschwerde . . . . .                | 888  |
| § 29                   | Einlegung der weiteren Beschwerde . . . . .                           | 908  |
| § 29a                  | Anhörungsrüge . . . . .   | 924  |
| § 30                   | Zuständige Beschwerdegerichte . . . . .                               | 935  |
| § 31                   | Rechtskraftzeugnis . . . . .  | 945  |
| § 32                   | Folgen der Aufhebung einer Verfügung . . . . .                        | 955  |
| § 33                   | Vollziehung gerichtlicher Verfügungen . . . . .                       | 959  |
| § 34                   | Akteneinsicht, Abschriften . . . . .                                  | 1005 |
| Sachregister . . . . . |   | 1021 |

## Abkürzungsverzeichnis

|                        |  |
|------------------------|--|
| 1. EheRG               | Erstes G zur Reform des Ehe- u Familienrechts v 14.6.1976 (BGBl S 1421 ) idF v 16.12.1993 (BGBl S 2054)  |
| 1. JuMoG               | Erstes Gesetz zur Modernisierung der Justiz (1. Justizmodernisierungsgesetz) v 24.8.2004 (BGBl S 2198)   |
| 2. GleichberG          | G zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern v 24.6.1994 (BGBl S 1406, 2103)  |
| 2. VermRÄndG           | Zweites Vermögensrechtsänderungsgesetz   |
| aA                     | anderer Ansicht  |
| aaO                    | am angegebenen Ort   |
| ABGB                   | Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch für Österreich   |
| abgedr                 | abgedruckt   |
| abl                    | ablehnend  |
| ABl                    | Amtsblatt  |
| ABIKR                  | Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (1945–1948)  |
| Abs                    | Absatz   |
| Abschn                 | Abschnitt  |
| abw                    | abweichend   |
| AbzG                   | Gesetz betr Abzahlungsgeschäfte v 16.5.1894 (RGBl S 450)   |
| AcP(auch ArchZivPr)    | Archiv für civilistische Praxis (1818–1944; 1945 ff)   |
| AdG (auch: AdoptionsG) | G über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften (Adoptionsgesetz) idF v 22.12.2001 (BGBl 2002 S 354)   |
| AdVermiG               | G über die Vermittlung der Annahme als Kind und über das Verbot der Vermittlung von Ersatzmüttern (Adoptionsvermittlungsgesetz – AdVermiG) i d Neufassung v 22.12.2001 (BGBl 2002 S 354)   |
| aE                     | am Ende  |
| aF                     | alte Fassung   |
| AG                     | Aktiengesellschaft; auch Ausführungsgesetz, Amtsgericht, Arbeitsgemeinschaft   |
| AGBBanken              | Allgemeine Geschäftsbedingungen der Banken   |
| AGB-G                  | G zur Regelung des Rechts der Allg Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) v 9.12.1976 (BGBl S 3117)   |
| AGGVG                  | G zur Ausführung des GVG   |
| AGJJ                   | Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge  |
| AgrarR                 | Agrarrecht (1971 ff)   |
| AKostG                 | Auslandskostengesetz v 21.2.1978 (BGBl S 307)  |
| AKostV                 | AuslandskostenVO v 7.1.1980 (BGBl S 21)  |
| AktG                   | Aktiengesetz v 6.9.1965, BGBl S 1089 = BGBl III 4121-1   |
| AktO                   | Anweisung für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Amtsanwaltschaft (Aktenordnung – AktO –) in Amtl Sonderdruck „Aktenordnung und ergänzende Vorschriften“ gem AV v 28.8.1974 herausgegeben v Senator für Justiz in Berlin |
| ALG                    | Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte, Art 1 des Agrarreformgesetzes 1995 vom 29.7.1994 (BGBl S 1890)  |
| allgem                 | allgemein  |
| allgM                  | allgemeine Meinung   |
| Alt                    | Alternative  |

## Abkürzungsverzeichnis

|              |   |
|--------------|---|
| aM           | anderer Meinung   |
| amtl Begr    | amtliche Begründung   |
| ÄndG         | G zur Änderung (von), Änderungsgesetz   |
| ÄndVO        | Änderungsverordnung   |
| AnfechtungsG | G betr die Anfechtung v Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens v 21.7.1879 (RGBl S 277)  |
| Anh          | Anhang  |
| Anl          | Anlage  |
| Anm          | Anmerkung   |
| AnwBl        | Anwaltsblatt  |
| AöR          | Archiv des öffentlichen Rechts (bis 1910: Archiv für öffentliches Recht; seit 1886)   |
| ArchZivPr    | siehe AcP   |
| Art          | Artikel   |
| AT           | Allgemeiner Teil  |
| Aufl         | Auflage   |
| ausf         | ausführlich   |
| AusfG        | Ausführungsgesetz   |
| AuslG        | Ausländergesetz v 9.7.1990 (BGBl S 1354)  |
| AußStrG      | Außerstreitgesetz (Österreich)  |
| AV           | Allgemeine Verfügung  |
| AVAG         | Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG), Art 1 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften auf d Gebiet d Anerkennung u Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v 19.2.2001 (BGBl S 288) |
| AVNot        | Allgemeine Verfügung über Angelegenheiten der Notare  |
| AVO          | Ausführungsverordnung   |
| AVO-PStG     | Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes idF v 25.2.1977  |
| AWD          | Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (1958–1974, vorher und danach: Recht d internationalen Wirtschaft)  |
| AWG          | Außenwirtschaftsgesetz v 28.4.1961 (BGBl S 481)   |
| AWV          | VO z Durchführung d Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung) idF v 3.8.1981 (BGBl S 853)   |
| Az           | Aktenzeichen  |
| Bad (Ba)     | Baden   |
| BadFGV       | Badische Verordnung über die Freiwillige Gerichtsbarkeit v 3.12.1926 (GVBl 301)   |
| BadLFG       | Badisches Landesgesetz über die Freiwillige Gerichtsbarkeit vom 13.10.1925 (GVBl 287)   |
| BadRPrax     | Badische Rechtspraxis   |
| BAG          | Bundesarbeitsgericht  |
| BAnz         | Bundesanzeiger (1949 ff)  |
| BauGB        | Baugesetzbuch idF v 8.12.1986 (BGBl S 2253)   |
| BauGBMaßnG   | Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch v 28.4.1993 (BGBl S 622)  |
| Bay          | Bayern  |
| BayAGBGB     | Bay Ausführungsg zum Bürgerliches Gesetzbuch v 9.6.1899 (BayBS III 89)  |
| BayAGBtG     | Bay G zur Ausführung des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige v 27.12.1991  |
| BayAGGVG     | Bay Ausführungsg zum GVG v 23.6.1981 (GVBl S 188)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                                   |  |
|-----------------------------------|--|
| BayBS                             | Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts   |
| BayBSErgB                         | Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts, Ergänzungsband   |
| BayBSVJu                          | Bereinigte Sammlung der bayerischen Justizverwaltungsvorschriften  |
| BayGeschO (auch:<br>BayNotGeschO) | Bayerische Geschäftsordnung für die Notariate v 30.10.1913<br>(BayJMBl 1913 S 201; siehe BayBSVJu III 297)   |
| BayJMBl                           | Bayerisches Justizministerialblatt (seit 1931, vorher seit 1863: JMBl für das Königreich Bayern, 1918/19: für den Volksstaat Bayern, dann: für den Freistaat Bayern)   |
| BayNotG                           | Bayerisches Notariatsgesetz vom 9.6.1899 (BayBS III 41)  |
| BayNotV                           | Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins (1924–1933, dann: Bayerische Notarzeitschrift)   |
| BayNotZ                           | Bayerische Notariats-Zeitschrift und Zs für freiwillige Rechtspflege der Gerichte in Bayern (1864–1899), dann: Zs für das Notariat, für die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Grundbuchwesen in Bayern, bis 1922) heute: Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkammer und der Landesnotarkammer Bayern |
| BayObLG                           | Bayerisches Oberstes Landesgericht   |
| BayObLGR                          | OLG-Report des Bayerischen Obersten Landesgericht  |
| BayObLGRSt                        | Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen  |
| BayObLGRZ                         | Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen (NF seit 1950)   |
| BayUnterbG                        | Bay G über die Unterbringung psychisch Kranker und deren Betreuung v 20.4.1982   |
| BayVerfGE                         | Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs   |
| BayVerfGH                         | Bayerischer Verfassungsgerichtshof   |
| BayZ                              | Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern   |
| BB                                | Der Betriebsberater (1946 ff)  |
| BBG                               | Bundesbeamtengesetz idF v 27.2.1985 (BGBl III 2030-2)  |
| Bbg                               | Brandenburg  |
| BbgGerNeuOG                       | Brandenburgisches GerichtsneuordnungG gem Art 1 des G zur Neuordnung der ordentlichen Gerichtsbarkeit und zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes im Land Brandenburg v 14.6.1993 (GVBl I S 198)  |
| Bd, Bde                           | Band, Bände  |
| BDSG                              | Bundesdatenschutzgesetz i d Bek v 20.12.1990 (BGBl S 2954)   |
| BEG                               | Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung – Bundesentschädigungsgesetz i d Bek v 29.6.1956 (BGBl S 559, 562)   |
| Begr, begr                        | Begründung, begründet  |
| Beh                               | Behörde, Behörden  |
| Bek                               | Bekanntmachung   |
| Bem                               | Bemerkung  |
| ber                               | berichtigt   |
| BerHG                             | Beratungshilfegesetz vom 18.6.1980 (BGBl S 689)  |
| Berl                              | Berlin   |
| BerlAnwBl                         | Berliner Anwaltsblatt (1927–1933, 1959 ff)   |
| BerlPsychKG                       | Berl G für psychisch Kranke v 8.3.1985   |
| BerLR                             | Sammlung des bereinigten Berliner Landesrechts 1945–1967, GVBl Sonderband II, 1970   |
| bes                               | besonders, besondere(r, s)   |
| betr                              | betreffend   |
| Betr (auch: DB)                   | Der Betrieb (1948 ff)  |
| BetrAVG                           | G zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz – BetrAVG) v 19.12.1974 (BGBl S 3610)  |

## Abkürzungsverzeichnis

|                |   |
|----------------|---|
| BeurkÄndG      | G zur Änderung und Ergänzung beurkundungsrechtlicher Vorschriften v 20.2.1980   |
| BeurkG         | Beurkundungsgesetz v 28.8.1969 (BGBl S 1513)  |
| BezG           | Bezirksgericht  |
| BFH            | Bundesfinanzhof   |
| BGB            | Bürgerliches Gesetzbuch i d Bek v 2.1.2002 (BGBl S 42)  |
| BGBl           | Bundesgesetzblatt, ohne Ziff = Teil I, mit II = Teil II, mit III = Teil III   |
| BGH            | Bundesgerichtshof   |
| BGHR           | BGH-Rechtsprechung, hrsg von den Richtern des Bundesgerichtshofes (Loseblatt, 1987 ff)  |
| BGHSt          | Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen (1951 ff)   |
| BGHWarn        | siehe Warn  |
| BGHZ           | Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (1951 ff)   |
| BinSchG        | Binnenschiffahrtsgesetz i d Bek v 15.6.1898 (RGBl S 868) 21.4.1986 (BGBl S 551)   |
| BKGG           | Bundeskindergeldgesetz idF v 1.1.2002 (BGBl S 6)  |
| BlGBW          | Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht (1952 ff)  |
| BlStSozArbR    | Blätter für Steuerrecht, Sozialrecht und Arbeitsrecht (1946 ff)   |
| BMI            | Bundesminister des Inneren  |
| BMJ            | Bundesminister der Justiz   |
| BNotK          | Bundesnotarkammer   |
| BNotO          | Bundesnotarordnung v 24.2.1961 (BGBl S 97)  |
| BoSoG          | G über die Sonderung unvermessener und überbauter Grundstücke nach der Karte (Bodensonderungsgesetz – BoSoG) v 20.12.1993 (BGBl S 2215 )  |
| BR             | Bundesrat   |
| BRAGO          | Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte v 26.7.1957 (BGBl S 907) aufgeh d Art 6 Nr 4 KostRMoG   |
| BRAGOreport    | Zeitschrift, ab 2004 RVGreport  |
| BRAO           | Bundesrechtsanwaltsordnung v 1.8.1959 (BGBl S 565)  |
| BRDrs          | Drucksachen des Deutschen Bundsrats   |
| BReg           | Bundesregierung   |
| Brem           | Bremen  |
| BremAGBGB      | BremAusführungsG zum BGB v 18.7.1899 (GVBl S 61)  |
| BremAGFGG      | Brem AusführungsG zum FGG v 12.5.1964 (GBl 50 = SammBremR 315-a-1)  |
| BremAGGVG      | Brem AusführungsG zum GVG v 11.10.1960 (GBl S 123)  |
| BremPsychKG    | Brem G über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten v 9.4.1979   |
| BRRG           | Beamtenrechtsrahmengesetz idF v 27.2.1985 ( BGBl S 462 )  |
| Brüssel II-VO  | Verordnung (EG) Nr 1347/2000 des Rates v 29.5.2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten (Abl EG L 160/19) |
| Brüssel IIa-VO | Siehe EuEheVO   |
| BSeuchG        | Bundes-Seuchengesetz idF d Bek v 18.12.1979 (BGBl S 2262, 1980 S 151)   |
| BSG            | Bundessozialgericht   |
| BSHG           | Bundessozialhilfegesetz idF v 23.3.1994 (BGBl S 646, 2975) aufgehoben durch Art 68 Abs 1 Nr 1 d G zur Einordnung des Sozialhilfrechts in das Sozialgesetzbuch v 27.12.2003 (BGBl S 3022)  |
| Bsp            | Beispiel  |
| BStBl          | Bundessteuerblatt Teil I – III (1951 ff)  |
| BT             | Bundestag   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                 |  |
|-----------------|--|
| BtÄndG          | Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts sowie weiterer Vorschriften (Betreuungsrechtsänderungsgesetz – BtÄndG) v 25.6.1998 (BGBl S 1580)                      |
| BtBG            | Betreuungsbehördengesetz v 12.9.1990, Art 8 BtG  |
| BTDrs           | Drucksachen des Deutschen Bundestags   |
| BtG             | G zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) v 12.9.1990 (BGBl S 2002 )  |
| BtPrax          | Betreuungsrechtliche Praxis, Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung                                     |
| BVerfGE         | Entscheidungen des BVerfG (1952 ff)  |
| BVerwG          | Bundesverwaltungsgericht   |
| BW              | Baden-Württemberg  |
| BWAGBGB         | BW AusführungsgG zum BGB v 26.11.1974 (GBl S 498)  |
| BWAGBtG         | G zur Ausführung des Betreuungsgesetzes und zur Anpassung des Landesrechts v 10.11.1991  |
| BWFGG           | Baden-Württembergisches Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 12.02.1975 (GBl 116)   |
| BWNotZ          | Mitteilungen aus der Praxis, Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg (1955 ff)   |
| BWUnterbG       | G über die Unterbringung psychisch Kranker idF v 2.12.1991   |
| bzgl            | bezüglich  |
| bzw             | beziehungsweise  |
| CC              | Code Civile  |
| CIEC            | Commission Internationale de l'Etat (= eine internationale Kommission, die eine Reihe von Staatsverträgen vor allem zum Personenstandsrecht ausgearbeitet hat) |
| CR              | Computer und Recht   |
| D               | Digesten (zitiert nach Buch, Titel, lex, Paragraph)  |
| Denkschr        | Denkschrift zum Entwurf des FGG  |
| DA (fStA)       | Dienstanweisung f Standesbeamte v 16.4.1968 (Beil z BAnz Nr 85 v 7.5.1968) nun idF d Bek v 27.7.2000 (BAnz Nr 154a v 17.8.2000)                                |
| DAV             | Deutscher Anwaltsverein  |
| DAVorm          | Der Amtsvormund, Rundbrief d Dt Instituts f Vormundschaftswesen (1951/52 ff, vorher: Rundbrief d Dt Inst f Jugendhilfe)  |
| DB (auch: Betr) | Der Betrieb (1948 ff)  |
| DBI             | Dienstblatt  |
| ders            | derselbe   |
| DFG             | Deutsche Freiwillige Gerichtsbarkeit, Zeitschrift  |
| DDR             | Deutsche Demokratische Republik  |
| dgl             | dergleichen  |
| DGVZ            | Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung, Zeitschrift f Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen   |
| dh              | das heißt  |
| Die AG          | Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen  |
| Die J           | siehe Justiz   |
| dies            | dieselben  |
| Diss            | Dissertation   |
| DJ              | Deutsche Justiz ( 1933–1945; vorher: Justiz-Ministerialblatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege)   |
| DJZ             | Deutsche Juristenzeitung (1896–1936)   |
| DNotI-Report    | Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts  |
| DNotV           | Zeitschrift des Deutschen Notarvereins (1901–1933; dann: DNotZ)  |
| DNotZ           | Deutsche Notar-Zeitschrift, Verkündungsblatt der Bundes(-Reichs-)notarkammer (1933–1944, 1950 ff; vorher: DNotV)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                   |   |
|-------------------|---|
| DÖD               | Der öffentliche Dienst, Zeitschrift   |
| DOfNot            | Dienstordnung für Notare, AV des Reichsjustizministers v 5.6.1937, DJ 874 (= Vorgänger der DONot)   |
| DONotVO           | VO über die Dienstordnung für Notare v 22.8.1990 (GBI I Nr 57 S 1332)   |
| DÖV               | Die öffentliche Verwaltung (1948 ff)  |
| DR                | Deutsches Recht ( 1931–1945; seit 1939: Ausgabe A = Wochenausgabe vereinigt mit Juristische Wochenschrift; Ausgabe B = Monatsausgabe vereinigt mit Deutsche Rechtspflege, Ausgabe B bis 1942) |
| DRiG              | Deutsches Richterergesetz vom 8.9.1961 (BGBl 1665)  |
| DRiZ              | Deutsche Richterzeitung (1909–1935, 1950 ff)  |
| DRM               | DR Monatsausgabe  |
| Drs, auch: Drucks | Drucksache  |
| DRspr             | Deutsche Rechtsprechung, Entscheidungssammlung und Aufsatzhinweise  |
| DRW               | DR Wochenausgabe  |
| DRZ               | Deutsche Rechts-Zeitschrift ( 1946–1950, dann mit der Süddeutschen Juristenzeitung vereinigt zur Juristenzeitung)   |
| DStB              | Der Standesbeamte, Zeitschrift  |
| DStR              | Deutsches Steuerrecht (seit 1962/63)  |
| DStRE             | DStR-Entscheidungsdienst  |
| dtSch             | deutsch   |
| DtZ               | Deutsch-deutsche Rechts-Zeitschrift (seit 1990)   |
| DVB1              | Deutsches Verwaltungsblatt (1950 ff; vorher: Deutsche Verwaltung – Fortsetzung des Rechtsverwaltungsblattes)  |
| DVO               | Durchführungsverordnung   |
| DWE               | Der Wohnungseigentümer  |
| DWW               | Deutsche Wohnungswirtschaft (1949 ff)   |
| E                 | Entwurf   |
| EBAO              | Einforderungs- und Beitreibungsanordnung idv den Landesjustizverwaltungen und dem BMJ vereinb Neufassung gem Bek d Bay Staatsministeriums der Justiz (BayJMB1 Nr 3 v 18. Mai 2001 S 71)       |
| ebd               | ebenda  |
| ed(s)             | editor(s)   |
| EDV               | Elektronische Datenverarbeitung   |
| EFG               | Entscheidungen der Finanzgerichte (seit 1953)   |
| EG                | Einführungsgesetz, Europäische Gemeinschaften   |
| EGAO              | EG z Abgabenordnung v 14.12.1976 (BGBl S 3341, 1977 I S 667)  |
| EGBG              | EG zum Bürgerlichen Gesetzbuch v 18.8.1896 (RGBl S 604)   |
| EGGVG             | EG zum Gerichtsverfassungsgesetz v 27.1.1877 (RGBl S 77)  |
| EGH               | Ehrengerichtshof  |
| EGMR              | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte   |
| EGStGB            | EG zum Strafgesetzbuch v 2.3.1974 (BGBl S 469)  |
| EGV               | Vertrag über die Europäische Gemeinschaft   |
| EheG              | Ehegesetz v 20.2.1946 = Kontrollratsgesetz Nr 16 (KRAB1 S 77, ber S 294)  |
| EheNÄndG          | Ehenamensänderungsgesetz v 27.3.79 (BGBl S 401)   |
| ehem              | ehemals, ehemalig   |
| EheschlAbk        | Haager Abkommen zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze auf dem Gebiet der Eheschließung v 12.6.1902 (RGBl S 1904, 221)   |
| EheschlRG         | G zur Neuordnung des Eheschließungsrechts (Eheschließungsrechtsgesetz – EheschlRG) vom 4.5.1998 (BGBl S 833)  |
| Einf              | Einführung  |
| Einl              | Einleitung  |



## Abkürzungsverzeichnis

|                 |   |
|-----------------|---|
| EJF             | Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht  |
| EMRK, auch: MRK | Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten v 4.11.1950 (BGBl 1952 II S 686, 953)  |
| engl            | englisch  |
| entspr          | entsprechend  |
| ErbbauVO        | VO über das Erbbaurecht v 15.1.1919 (RGBl S 72) idF v 21.9.1994 (BGBl S 2457)   |
| ErbStDV         | Erbschaftssteuer-DurchführungsVO idF v 19.1.1962 (BGBl S 22)  |
| ErbStG          | Erbschaftssteuer- und Schenkungssteuergesetz idF v d Bek v 27.2.1997 (BGBl S 378)   |
| ErgBd           | Ergänzungsband  |
| ErgG            | Ergänzungsgesetz  |
| Erl             | Erläuterung(en)   |
| EStDV           | Einkommensteuer-DurchführungsVO idF v 23.6.1982 (BGBl S 700)  |
| EStG            | Einkommensteuergesetz idF der Bek v 19.10.2002 (BGBl S 4210)  |
| ESÜ             | Europäisches Übereinkommen vom 20.5.1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl 1990 II S 220)   |
| EuEheVO         | Verordnung (EG) Nr 2201/2003 des Rates vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1347/2000 (Abl EG L 338/1) – Brüssel IIa-VO –; abgedruckt im Band II Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft |
| EuGH            | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte   |
| EuGHMR          | Europäische Grundrechte, Zeitschrift  |
| EuGRZ           | Übereinkommen der Europäischen Gemeinschaft über die gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen v 27.9.1968 (BGBl 72 II S 774)   |
| EuGVÜ           | Europarecht   |
| EuR             | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht  |
| EuZW            | Einigungsvertrag vom 31.8.1990 (BGBl II 889 = GBl DDR I 1629)   |
| EV              | Vertrag z Gründung d Europ Wirtschaftsgemeinschaft v 25.3.1957 (BGBl II S 753, 766)   |
| EWiR            | Entscheidungen z Wirtschaftsrecht (seit 1985)   |
| EWS             | Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (seit 1990)   |
| f, ff           | folgend, folgende   |
| FamFG-E         | Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) gem Art 1 des RefE FGG-ReformG  |
| FamG(e)         | Familiengericht(e)  |
| FamGKG-E        | Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen (FamGKG) gem Art 2 des RefE FGG-ReformG  |
| FamNamRG        | G zur Neuordnung des Familiennamensrechts v 16.12.1993 (BGBl S 2054)  |
| FamRÄndG        | G zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) v 1.8.1961 (BGBl S 1221)  |
| FamRÄndG 1938   | G über die Änderung und Ergänzung familienrechtlicher Vorschriften und über die Rechtsstellung der Staatenlosen v 12.4.1938   |
| FamRB           | Der Familien-Rechts-Berater, Zeitschrift  |
| FamRBint        | Der Familien-Rechts-Berater international (Zeitschrift)   |
| FamRZ           | Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht, Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (1954 ff)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                       |  |
|-----------------------|--|
| FEVG auch: FreihEntzG | G über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen v 29.6.1956 (BGBl S 599) idF v 24.6.1994 (BGBl S 1325)   |
| FF                    | Forum Familienrecht, Zeitschrift   |
| FG                    | Freiwillige Gerichtsbarkeit  |
| FGB                   | Familiengesetzbuch der DDR v 20.12.1965 (GBl 1966 I S 1: Berlin/Ost: VOBl S 117)   |
| FGG                   | G über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v 17.5.1898 (RGBl S 189)   |
| FGG-ReformG           | siehe RefE FGG-ReformG   |
| FGPrax                | Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (vereinigt mit OLGZ), Zeitschrift  |
| FGVO                  | Verordnung über die Übertragung der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v 15.10.1952 (DDR)  |
| FlurbG                | Flurbereinigungsgesetz id F v 16.3.1976 (BGBl S 546)   |
| Fn                    | Fußnote  |
| FPR                   | Familie, Partnerschaft und Recht, Zeitschrift vereinigt mit NJWE-FER   |
| FRES                  | Entscheidungssammlung zum gesamten Bereich von Ehe und Familie   |
| FrGO                  | Bericht der Kommission für das Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich des Beurkundungsrechtes herausgegeben vom BMJ im Dezember 1977                    |
| FS                    | Festschrift für  |
| FuR                   | Familie und Recht, Zeitschrift   |
| G                     | Gesetz   |
| GBI                   | Gesetzblatt  |
| GBO                   | Grundbuchordnung v 24.3.1897 (RGBl S 139) idF v 14.6.1995 (BGBl S 778)   |
| GBV                   | VO zur Durchführung der GBO (Grundbuchverfügung) v 8.8.1935 (RGBl S 637) idF v 24.1.1995 (BGBl S 114)  |
| GBVO                  | Anordnung über das Verfahren in Grundbuchsachen – Grundbuchverfahrensordnung – v 30.12.1975 (GBl DDR I 1976 Nr 3 S 42)   |
| GDO                   | Verordnung über die staatliche Dokumentation der Grundstücke und Grundstücksrechte in der DDR – Grundstücksdokumentationsordnung – v 6.11.1975 (GBl DDR I Nr 43 S 697) |
| geänd                 | geändert   |
| gem                   | gemäß  |
| GenG                  | G betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften v 1.5.1889 (RGBl S 810) idF v 19.8.1994 (BGBl S 2202)  |
| GenRegV               | VO über das Genossenschaftsregister v 22.11.1923 in der im BGBl III GliederungsNr 315-16 veröffentlichten Fassung  |
| GeschlG               | G zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten v 23.7.1953 (BGBl S 700)   |
| GeschlKrG             | G z Bekämpfung d Geschlechtskrankheiten v 23.7.1953 (BGBl S 700)   |
| GeschmMG              | G über das Urheberrecht an Mustern und Modellen v 11.1.1876 (RGBl S 11)  |
| GesO                  | Gesamtvollstreckungsordnung v 6.6.1990 i d Bek v 23.5.1991 (BGBl S 1185)   |
| GewO                  | Gewerbeordnung idF v 1.1.1987 (BGBl S 426)   |
| GewSchG               | Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG), Art 1 des Gesetzes v 11. Dezember 2001 (BGBl S 3513)             |
| GG                    | Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v 23.5.1949 (BGBl S 1) idF v 27.10.1994 (BGBl S 3146)   |
| ggf                   | gegebenenfalls   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                 |   |
|-----------------|---|
| GKG             | Gerichtskostengesetz idF des KostRMOG v 5.5.2004 (BGBl S 718)   |
| glA             | gleicher Ansicht  |
| GleichberG      | G über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts v 18.6.1957 (BGBl S 609) idF v 16.10.1984 (BGBl S 99)                    |
| GmbHG           | G betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung v 20.4.1892 (RGBl S 477)   |
| GmbHRdsch       | Rundschau f GmbH (1910–1944, 1950 ff); 1946–1949: Centrale-Rundschreiben  |
| GMBI            | Gemeinsames Ministerialblatt, herausgegeben vom BMI (1950 ff)   |
| GmS-OGB         | Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes  |
| GoldtdA         | Goldtammsers Archiv für Strafrecht (NF 1954 ff)   |
| GOV             | Geschäftsordnungsvorschriften für die Geschäftsstellen der Gerichte, der Staatsanwaltschaft (GOV)   |
| Grds            | grundsätzlich   |
| GrdstVG         | G über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (Grundstückverkehrsgesetz) v 28.7.1961 (BGBl S 1091) |
| GrEstG          | Grunderwerbsteuergesetz v 17.12.1982 (BGBl S 1777)  |
| Gruchot         | Beiträge zur Erläuterung des Deutschen (bis 1871: des preußischen) Rechts, begründet von Gruchot (1857 b 1933)  |
| GRUR            | Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Zeitschrift   |
| GS              | Gesetz-Sammlung für die Kgl. Preußischen Staaten (seit 1907: Preußische Gesetzessammlung) (1810–1945)   |
| GV              | Gemeinsame Verfügung (mehrerer Ministerien), auch Gerichtsvollzieher  |
| GVBl            | Gesetz- und Ordnungsblatt   |
| GVG             | Gerichtsverfassungsgesetz v 27.1.1877 idF v 9.5.1975 (BGBl S 1077)  |
| GVGA            | Geschäftsanweisung f Gerichtsvollzieher ab 1.4.1980   |
| GVÜ             | siehe EuGVÜ   |
| GWB             | G gegen Wettbewerbsbeschränkungen idF v 20.2.1990 (BGBl S 236)  |
| H               | Heft  |
| HaagEheschlAbk  | (Haager) Abkommen zur Regelung des Geltungsbereichs der Gesetze auf dem Gebiete der Eheschließung v 12.6.1902 (RGBl 1904, 221)                                  |
| HaagUnterhÜbk   | Haager Unterhaltsübereinkommen v 24.10.1956 (BGBl 1961 II S 1013)   |
| HaagVormAbk     | (Haager) Abkommen zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige v 12.6.1902 (RGBl 1904, 240)  |
| Halbs, auch: Hs | Halbsatz  |
| Hamb (auch Hmb) | Hamburg   |
| HandwO          | G zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung) idF v 28.12.1965 (BGBl III 7110-1)   |
| HannRpfl        | Hannoversche Rechtspflege (bis 1.7.1947), dann Niedersächsische Rechtspflege  |
| HansGZ          | Hanseatische Gerichtszeitung (1880–1927, dann vereinigt mit Hanseatische Rechtszeitschrift, 1918 ff zu: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift, bis 1943) |
| HansOLG         | Hanseatisches Oberlandesgericht   |
| HausratsVO      | VO über die Behandlung der Ehwohnung und des Hausrats (Sechste Durchführungsverordnung zum Ehegesetz) v 21.10.1944 (RGBl I S 256 BGBl III 404-3)                |
| Hdb             | Handbuch  |
| HeimG           | Heimgesetz id Bek v 5.11.2001 (BGBl S 2970)   |
| Hess            | Hessen  |

## Abkürzungsverzeichnis

|              |  |
|--------------|--|
| HessAGBGB    | Hess AusführungsG zum BGB v 18.12.1984 (GVBl S 344)  |
| HessFEVG     | Hess G über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistes-<br>schwacher, rauschgift- oder alkoholsüchtiger Personen v 19.5.1952  |
| HessFGG      | Hess G über die freiwillige Gerichtsbarkeit v 12.4.1954 (GVBl S 59,<br>96 = GVBl II Nr 250-1)  |
| HessOrtsGerG | Hess OrtsgerichtsG v 6.7.1952 (GVBl 124 = GVBl II Nr 28-1)   |
| HEZ          | Höchstrichterliche Entscheidung in Zivilsachen   |
| HGB          | Handelsgesetzbuch v 10.5.1897 (RGBl 219, BGBl III 3 Nr 300-15)<br>idF v 28.10.1994 (BGBl S 285)  |
| HintO        | HinterlegungsO v 10.3.1937 (RGBl I S 285)  |
| HKÜ          | Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internatio-<br>naler Kindesentführung v 25.10.1980 (BGBl II S 206)  |
| hL           | herrschende Lehre  |
| hM           | herrschende Meinung  |
| HmbAGBGB     | Hmb AusführungsG zum BGB v 1.7.1958 (GVBl S 196)   |
| HmbFGG       | Hmb G über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit<br>v 16.1.1989 (GVBl S 5, 8)   |
| HmbAGGVG     | Hamb G zur Ausführung des GVG v 31.5.1965 (GVBl S 99)  |
| HmbGuV       | Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg   |
| HmbJVBl      | Hamburgisches Justizverwaltungsblatt   |
| HmbPsychKG   | Hamburger G über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen<br>Krankheiten v 22.9.1977   |
| HöfeO        | Höfeordnung idF v 26.7.1976 (BGBl S 1933)  |
| HöfeVfO      | Verfahrensordnung für Höfesachen v 29.3.1976 (BGBl S 881, 1977 I<br>S 288)   |
| HRV          | Handelsregisterverordnung (vormals -verfügung)   |
| HRR          | Höchstrichterliche Rechtsprechung (Jahr, Nr)   |
| Hrsg, hrsg   | Herausgeber, herausgegeben   |
| HwVG         | Gesetz über eine Rentenversicherung der Handwerker (Handwerker-<br>versicherungsgesetz) v 8.9.1960, BGBl S 2104  |
| HypBankG     | Hypothekenbankgesetz idF v 5.2.1963 (BGBl S 81)  |
| HZPrÜbk      | Haager Übereinkommen über den Zivilprozess v 1.3.1954<br>(BGBl 1958 II 577)  |
| HZustlÜbk    | Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und<br>außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handels-<br>sachen v 15.11.1965 (BGBl 1977 II 1453)  |
| idF          | in der Fassung   |
| idR          | in der Regel   |
| idS          | in diesem Sinne  |
| iErg         | im Ergebnis  |
| ieS          | in engerem Sinne   |
| IheringJ     | Iherings Jahrbücher der Dogmatik des bürgerlichen Rechts   |
| IHK          | Industrie- und Handelskammer   |
| ILR          | Interlokales Privatrecht   |
| im allg      | im allgemeinen   |
| insbes       | insbesondere   |
| insges       | insgesamt  |
| IntFamRVG    | Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente<br>auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales<br>Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG) idF des Art 1 des<br>Gesetzes zum internationalen Familienrecht v. 26.1.2005 (BGBl<br>S 162); abgedruckt im Band II |
| IPG          | Gutachten zum internationalen und ausländischen Privatrecht<br>1965–1966, veröffentlicht im Auftrag des Deutschen Rats für inter-  |

## Abkürzungsverzeichnis

|               |  |
|---------------|--|
|               | nationales Privatrecht von Ferid, Kegel, Zweigert, Berlin u Tübingen, 1968   |
| IPR           | Internationales Privatrecht  |
| IPRax         | Praxis des Internationales Privat- und Verfahrensrechts (1981 ff)  |
| IPRG          | G zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts v 25.7.1986 (BGBl S 1142)   |
| IPRspr        | Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts im Jahre ... (1926/27 bis 1934: 1945/49 ff) = Sonderheft von RabelsZ  |
| iS(v)         | im Sinne (von)   |
| iVm           | in Verbindung mit  |
| iwS           | im weiteren Sinne  |
| IzRSpr        | Sammlung der deutschen Entscheidungen zum interzonalen Privatrecht, 1956 ff  |
| iZw           | im Zweifel   |
| JA            | Jugendamt; auch Juristische Arbeitsblätter   |
| JBeitrO       | Justizbeitreibungsordnung v 11.3.1937 (RGBl I S 298)   |
| JBl           | Justizblatt  |
| JFG           | Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts, begründet von Ring (1924–1943)  |
| JFGErg        | Entscheidungen des Kammergerichts und des OLG München in Miet-, Pacht-, Kosten- und Strafsachen (Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts, Ergänzungsband) (1924–1944)  |
| JGG           | Jugendgerichtsgesetz i d Bek v 11.12.1974 (BGBl S 3427)  |
| JKomG         | Gesetz über die Verwendung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz (Justizkommunikationsgesetz – JKomG) v 22.3.2005 (BGBl S 837)   |
| JMBI          | Justizministerialblatt   |
| JR            | Juristische Rundschau (1925–1935, 1947 ff)   |
| JRRspr        | Juristische Rundschau, Rechtsprechungsbeilage (1925–1986)  |
| JSchG         | Jugendschutzgesetz v 23.7.2002 (BGBl S 2370)   |
| JugendhilfeVO | VO über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Jugendhilfe v 3.3.1966 (DDR)  |
| JuMiG         | Justizmitteilungsgesetz und Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze v 18.6.1997 (BGBl S 1430)   |
| JuMiKo        | Konferenz der Justizministerinnen und -minister  |
| JurA          | Juristische Analysen (1969–1971)   |
| Jura          | Jura (1979 ff)   |
| JurBüro       | Das juristische Büro (1950 ff: Das Büro, 1956 ff: Das juristische Büro)  |
| JurJb         | Juristenjahrbuch (1960 ff)   |
| JuS           | Juristische Schulung, Zeitschrift für Studium und Ausbildung (1960 ff)   |
| Justiz        | Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg (1952 ff)   |
| JVBl          | Justizverwaltungsblatt (N F 1957 ff)   |
| JVEG          | Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen, und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG) gem Art 2 KostRMoG |
| JVKostO       | Verordnung über die Kosten im Bereich der Justizverwaltung v 14.2.1940 (RGBl I 357, BGBl III 3 Nr 363-1)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                |   |
|----------------|---|
| JW             | Juristische Wochenschrift (1872–1939, dann aufgegangen in DR)   |
| JWG            | Jugendwohlfahrtsgesetz  |
| JZ             | Juristenzeitung (1951 ff, Fortsetzung von DRZ und SJZ)  |
| K & R          | Kommunikation und Recht   |
| KAGG           | G über Kapitalanlagegesellschaften idF v 14.1.1970 (BGBl S 127)   |
| Kap            | Kapitel   |
| KastrG         | G über die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden v 15.8.1969 (BGBl S 1143)  |
| KG             | Kammergericht, Kommanditgesellschaft  |
| KGaA           | Kommanditgesellschaft auf Aktien  |
| KGBl           | Blätter für Rechtspflege im Bezirk des KG   |
| KGJ            | Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (bis 1899; in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit) (1881–1922)                       |
| KGR            | Kammergerichtsreport  |
| KindRG         | Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz – KindRG) vom 16.12.1997 (BGBl S 2942)   |
| KindUG         | Gesetz zur Vereinheitlichung des Unterhaltsrechts minderjähriger Kinder (Kindesunterhaltsgesetz – KindUG) vom 6.4.1998 (BGBl S 666)   |
| KJHG           | Kinder- und Jugendhilfegesetz idF v 3.5.1993 (BGBl S 638)   |
| Komm           | Kommentar   |
| KonsG          | G über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) v 11.9.1974 (BGBl S 2317)   |
| KostÄndG       | Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften v 26.7.1957  |
| KostO          | G über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung) idF v 26.7.1957 (BGBl S 960)  |
| KostRÄndG 1994 | G zur Änderung von Kostengesetzen und anderen Gesetzen (Kostenrechtsänderungsgesetz 1994) v 24.6.1994 (BGBl S 1325)   |
| KostREuroUG    | Gesetz zur Umstellung des Kostenrechts und der Steuerberatergebührenverordnung auf Euro (KostREuroUG) vom 27. April 2001 (BGBl S 751)   |
| KostRMoG       | Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (Kostenrechtsmodernisierungsgesetz – KostRMoG) vom 5. Mai 2004 (BGBl S 718)  |
| KostRspr       | Kostenrechtsprechung (Entscheidungssammlung)  |
| KostVfg        | Kostenverfügung v 1.3.1976  |
| KRG            | Kontrollratsgesetz  |
| KrG            | Kreisgericht  |
| krit           | kritisch  |
| KStG 1977      | Körperschaftssteuergesetz idF v 31.8.1976 (BGBl S 2597)   |
| KStG 1981      | Körperschaftssteuergesetz 1981 v 10.12.1981 (BGBl S 1357)   |
| KSÜ            | Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern vom 19.10.1996 |
| KSVG           | Gesetz über die Sozialversicherung der Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz) vom 27.7.1981 (BGBl S 705)  |
| KWG            | Kreditwesengesetz, G über das Kreditwesen idF v 3.5.1976 (BGBl S 1121)  |
| LAG            | Landesarbeitsgericht  |
| lfd            | laufend   |
| LFGG           | Landesgesetz für die Freiwillige Gerichtsbarkeit  |

## Abkürzungsverzeichnis

|             |   |
|-------------|---|
| LG          | Landgericht   |
| LM          | Nachschlagwerk des BGH (Loseblatt), Hrsg Lindenmaier, Möhring ua (1951 ff)  |
| LPachtVG    | Landpachtverkehrsgesetz v 8.11.1985 (BGBl S 2075)   |
| LPartG      | G über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG), Art 1 des G zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartnerschaften v 16.2.2001 (BGBl S 266) |
| LS          | Leitsatz  |
| LSA         | Land Sachsen-Anhalt   |
| lt          | laut  |
| LV          | Literaturverzeichnis, Schrifttumsverzeichnis  |
| LVO         | Verfahrensordnung für Landwirtschaftssachen – LVO – v 2.12.1947 VOBl für die brit Zone S 157  |
| LwVG        | G über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen (LandwirtschaftsverfG) v 21.7.1953 (BGBl S 667)  |
| LZ          | Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (1907–1933: für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht)  |
| m krit Anm  | mit kritischer Anmerkung (von)  |
| m zust Anm  | mit zustimmender Anmerkung  |
| maW         | mit anderen Worten  |
| MDR         | Monatsschrift für Deutsches Recht (1947 ff)   |
| MinBl       | Ministerialblatt  |
| MitbestG    | Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (MitbestG) v 4.5.1976 (BGBl S 1153)  |
| MittBayNotV | Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins (hervorgegangen aus BayNotZ)  |
| MittRhNotK  | Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (seit 1961; vorher: Niederschriften über die Notarkammersitzungen der Rheinischen Notarkammer)   |
| MiZi        | Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen v 1.10.67  |
| Mot         | Motive zum BGB  |
| MRK         | siehe EMRK  |
| MSA         | Übereinkommen über die Zuständigkeit und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen v 5.10.1961 (BGBl 71 II S 217)   |
| MV          | Mecklenburg-Vorpommern  |
| MVAGGerStrG | MV G zur Ausführung des GerichtsstrukturG v 10.6.1992 (GVBl S 314)  |
| mwN         | mit weiteren Nachweisen   |
| NachlG      | Bayerisches G, das Nachlasswesen betreffend, vom 9.8.1962 (BayBS III, 114); auch Nachlassgericht  |
| Nachw       | Nachweis(e)   |
| NamÄndG     | Gesetz über die Änderung von Familien- und Vornamen v 5.1.1938 (RGBl I S 9; BGBl III 4 Nr 401-1)  |
| Nds         | Niedersachsen   |
| NdsAGBGB    | Nds Ausführungsg zum BGB v 4.3.1971 (GVBl S 73)   |
| NdsAGGVG    | Nds Ausführungsg zum GVG v. 5.4.1963 (GVBl S 225) idF d G v 1.4.1969 (GVBl 99)  |
| NdsFGG      | Nds G über die freiwillige Gerichtsbarkeit v 14.5.1958 (GVBl S 475)   |
| NdsPsychKG  | Nds G über Hilfen für psychisch Kranke u Schutzmaßnahmen v 30.5.1978  |

## Abkürzungsverzeichnis

|              |  |
|--------------|--|
| NdsRpfl      | Niedersächsische Rechtspflege (1947 ff)  |
| NDV          | Nachrichtendienst des Deutschen Vereins f öffentliche u private Fürsorge (1920–1944; 1946 ff)  |
| NEhelG       | G über die Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder v 19.8.1969 (BGBl S 1243)  |
| nF           | neue Fassung   |
| NiemeyersZ   | Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht  |
| NJ           | Neue Justiz (1947 ff)  |
| NJOW         | Neue juristische Online-Zeitschrift (Internetangebot des Verlages C. H. Beck; URL: <a href="http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?">http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?</a> ) |
| NJW          | Neue Juristische Wochenschrift (1947/48 ff)  |
| NJWE-FER     | NJW-Entscheidungsdienst Familien- und Erbrecht   |
| NJW-RR       | NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (1986 ff)  |
| NotBZ        | Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis   |
| NotG         | G der DDR über das Staatliche Notariat – Notariatsgesetz – v 5.2.1976 (GVBl I S 93)  |
| NotK         | Notarkammer  |
| NotMaßnG     | G über Maßnahmen auf die Gebiete des Notarrechts v 16.2.1961 (BGBl S 77)   |
| NotO         | Notarordnung für Rheinland-Pfalz v 3.9.1949 (GVBl I S 391)   |
| Nov          | Novelle  |
| Nr           | Nummer   |
| NRW          | Nordrhein-Westfalen  |
| NRWPsychKG   | NRW G über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Nordrhein-Westfalen) v 2.12.1969  |
| NVO          | Verordnung über die Tätigkeit von Notaren in eigener Praxis v 24.6.1990 (GBl I Nr 37 S 475)  |
| NVO-Notar    | Notar im Bereich der NVO   |
| NZG          | Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht  |
| o            | oben   |
| O            | Ordnung  |
| oä           | oder ähnlich   |
| OG           | Oberstes Gericht d DDR   |
| oJ           | ohne Jahr  |
| OLG(e)       | Oberlandesgericht(e)   |
| OLGR         | OLG-Report (nach OLG getrennt); auch: die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts, Bd 1 bis 46, 1900 bis 1928  |
| OLGVertrÄndG | Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten (OLG-Vertretungsänderungsgesetz – OLGVertrÄndG) vom 23.7.2002 (BGBl S 2850)            |
| OLGZ         | Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschließlich der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, Hrsg Deisenhöfer, Jansen (s 1965)  |
| oV           | ohne Verfasser   |
| PachtKredG   | Pachtkreditgesetz v 5.8.1951 (BGBl S 494)  |
| PartG        | Parteiengesetz idF v 3.3.1989 (BGBl S 328)   |
| PartGG       | G über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe v 25.7.1995 (BGBl S 1744)  |
| PatAO        | Patentanwaltsordnung v 7.9.1966 (BGBl I 557)   |
| PatG         | Patentgesetz v 16.12.1980 (BGBl 1981 I S 2)  |
| PersStdGAV   | VO zur Ausführung des Personenstandsgesetzes v 12.8.1957 (BGBl S 1139) idF d Bek v 25.2.1977 (BGBl S 377)  |
| phG          | persönlich haftender Gesellschafter  |



## Abkürzungsverzeichnis

|                   |   |
|-------------------|---|
| PKH               | Prozesskostenhilfe  |
| PKHÄndG           | G zur Änderung von Vorschriften über die Prozesskostenhilfe v 10.10.1994 (BGBl S 2954)  |
| PKHBegrenzGE      | Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Aufwendungen für die Prozesskostenhilfe (Prozesskostenhilfebegrenzungsgesetz-PKHBegrenzG) BRDrs 250/06 v 10.4.2006  |
| PKHG              | G über die Prozesskostenhilfe v 13.6.1980 (BGBl S 677)  |
| PrAGBGB           | Preußisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch v 20.9.1899 (PrGS 177)  |
| PrAGGVG           | Preußisches Ausführungsg zum GVG v 24.4.1878 (PrGS 230)   |
| PrFVG             | Preußisches G über die freiwillige Gerichtsbarkeit v 21.9.1899 (PrGS 249)   |
| PrGS              | Preußische Gesetzsammlung   |
| Prot              | Protokoll   |
| PStG              | Personenstandsgesetz v 8.8.1957 (BGBl S 1125)   |
| PStV              | VO zur Ausführung d Personenstandsgesetzes idF v 25.2.1977 (BGBl S 377)   |
| RA                | Rechtsanwalt  |
| RabelsZ           | Zeitschrift für ausländisches u internationales Privatrecht (bis 1961: ZAIP; ab 26.1.1961: Rabels Zeitschrift für ...) (1927 ff)  |
| RAG               | G (DDR) über die Anwendung des Rechts auf internationale zivil-, familien- und arbeitsrechtliche Beziehungen sowie auf internationale Wirtschaftsverträge – Rechtsanwendungsgesetz – v 5.12.1975 (GBl I S 748; Berlin/Ost: VOB I 1976, S 9) |
| RAussch           | Rechtsausschuss   |
| RBerG             | Rechtsberatungsgesetz v 13.12.1935 (RGBl I S 1478)  |
| RdA               | Recht der Arbeit (Zeitschrift)  |
| RdErl             | Runderlass  |
| RdL               | Recht der Landwirtschaft (1949 ff)  |
| Rdschr            | Rundschreiben   |
| Recht             | Das Recht (1897–1944; 1928–1933: Beilage zum Zentralblatt für Handelsrecht, seit 1939: Beilage zu DJ)   |
| RefE FGG-ReformG  | Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz) v Juni 2005 in der ergänzten Fassung v 14.2.2006                                |
| RegVBG            | G zur Vereinfachung und Beschleunigung registerrechtlicher und anderer Verfahren – Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz – v 20.12.1993 (BGBl S 2182)   |
| ReichssiedLG      | Reichssiedlungsgesetz v 11.8.1919 (RGBl S 1429)   |
| REinhG            | G zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts v 12.9.1950 (BGBl S 455)  |
| RelKEG, auch RKEG | Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15.7.1921 (RGBl S 939; BGBl III 4 Nr 404-9)   |
| REWG              | G zur Wiederherstellung der Gesetzesinheit auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts v 5.3.1953 (BGBl S 33)   |
| RG                | Reichsgericht, auch Reichsgesetz  |
| RGBl              | Reichsgesetzblatt   |
| RGSt              | Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (1880–1944)  |
| RGZ               | Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (1880–1945)  |
| RHeimstG          | Reichsheimstättengesetz v 25.11.1937 (RGBl I S 1291) aufgehoben durch G v 23.6.1993 (BGBl S 912)  |
| RhPf              | Rheinland-Pfalz   |

## Abkürzungsverzeichnis

|                |   |
|----------------|---|
| RhPfAGBGB      | RhPf AusführungsG zum BGB v 18.11.1976 (GVBl S 259)   |
| RhPfAGGVG      | RhPf AusführungsG zum GVG v 6.11.1989 (GVBl S 225)  |
| RhPFLFGG       | RhPf Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit v 24.10.1995 (GVBl S 426)  |
| RhPfUntG       | Landesgesetz über die Unterbringung von Geisteskranken und Suchtkranken v 19.2.1959   |
| Ri             | Richter, Richtlinie   |
| RiA            | Recht im Amt (1954 ff)  |
| RIW            | Recht der internationalen Wirtschaft (seit 1954 und 1975)   |
| RJA            | Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts, zusammengestellt vom Reichsjustizamt (1900–1922)  |
| RMBI           | Reichsministerialblatt  |
| Rn             | Randnummer (-ziffer)  |
| RNotO          | Reichsnotarordnung v 13.2.1937 (RGBl I S 191)   |
| RNotZ          | Rheinische Notar-Zeitschrift  |
| ROW            | Recht in Ost und West (1957 ff)   |
| Rpflerger      | Der deutsche Rechtspfleger (1948 ff; vorher: Deutsche Rechtspflege; davor Zeitschrift des Bundes deutscher Justizamtänner)  |
| RPfG           | Rechtspflegergesetz v 5.11.1969 (BGBl S 2065)   |
| RpflJb         | Rechtspfleger-Jahrbuch (1936–1943; 1953 ff)   |
| RpflStud       | Rechtspfleger-Studienhefte (1977 ff)  |
| RpflVereinfG   | Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz v 17.12.1990 (BGBl S 2847)  |
| Rspr           | Rechtsprechung  |
| RStBl          | Reichssteuerblatt (bis 1945)  |
| RuStAG         | Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz v 22.7.1913 (RGBl I S 583 = BGBl III unter 102-1) gilt durch am 1.1.2000 in Kraft getretene Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15.7.1999 (BGBl S 1618) mit einigen Änderungen im wesentlichen als Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) fort |
| RuStAÄndG      | Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigengesetzes v 20.12.1974 (BGBl I S 374)   |
| RVG            | Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – RVG), Art 3 des Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (Kostenrechtsmodernisierungsgesetz – KostRMoG), vom 5.5.2004 (BGBl S 718)   |
| RVGreport      | Zeitschrift ehemals BRAGOreport   |
| RzW            | Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht   |
| S              | Seite, Satz   |
| s              | siehe   |
| sa             | siehe auch  |
| Saarl          | Saarland  |
| SaarlAGGVG     | Saarl AusführungsG zum GVG v 4.10.1972 (ABl 601)  |
| SaarlAGJusG    | G z Ausführung bundesrechtlicher Justizgesetze (AGJusG) v 5.2.1997 (Amtbl S 258)  |
| SachenRÄndG    | G zur Änderung sachenrechtlicher Bestimmungen – Sachenrechtsänderungsgesetz – v 21.9.1994 (BGBl S 2457)   |
| SachenRBerG    | G zur Sachenrechtsbereinigung im Beitrittsgebiet – Sachenrechtsbereinigungsgesetz – v 21.9.1994 (BGBl S 2457)   |
| Sachsen-Anhalt | siehe LSA   |
| Sächs          | Sächsisches, Sachsen  |
| SächsGerOrgG   | G über die Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Freistaat Sachsen (Sächsisches GerichtsorganisationsG – SächsGerOrgG) v 24.5.1994(GVBl 1009)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|               |   |
|---------------|---|
| SächsJG       | G über die Justiz im Freistaat Sachsen (Sächsisches Justizgesetz – SächsJG) v 24.11.2000 (SächsGVBl 482; 2001 S 704)  |
| SchiffsbankG  | Schiffsbankgesetz idF v 8.5.1963  |
| SchiffsRegDVO | Verordnung zur Durchführung der Schiffsregisterordnung v 24.11.1980   |
| SchiffsRegO   | Schiffsregisterordnung v 26.5.1951 (BGBl S 359) idF v 4.7.1980  |
| SchiffsRG     | G über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffbauwerken v 15.11.1940 (RGBl I S 1499, BGBl III Nr 403-4)   |
| SchlH         | Schleswig-Holstein  |
| SchlHA        | Schleswig-Holsteinische Anzeigen, Justizministerialblatt für SchlH (N F seit 1837)  |
| SchlHAGBGB    | SchlH AusführungsG zum BGB v 27.9.1974 (GVBl S 357)   |
| SchlHOLG      | Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht  |
| SchlHPsychKG  | SchlH G für psychisch Kranke v 26.3.1979  |
| SchuldRModG   | Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts v 26.11.2001 (BGBl S 3138)   |
| SdH           | Sonderheft  |
| SeuffA        | Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten (1847–1944)  |
| SGB           | Sozialgesetzbuch  |
| SGB-VwVf      | Sozialgesetzbuch, Teil X: Verwaltungsverfahren v 18.8.1980 (BGBl S 1469)  |
| SGG           | Sozialgerichtsgesetz idF v 23.9.1975 (BGBl S 2535)  |
| SJZ           | Süddeutsche Juristenzeitung (1946–1950, dann mit DRZ vereinigt zu JZ)   |
| Slg           | Sammlung  |
| so            | siehe oben  |
| sog           | so genannt(e)   |
| SorgeRG       | G zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge v 18.7.1979 (BGBl S 1061)  |
| SorgeRÜbkAG   | Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung und des Europäischen Übereinkommens vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgereverhältnisses (Sorgerechtsübereinkommens-Ausführungsgesetz – SorgeRÜbkAG) vom 5. April 1990 (BGBl S 701) |
| SpruchG       | Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (Spruchverfahrensgesetz – SpruchG) v 12.6.2003 (BGBl S 838)   |
| StA           | Standesamt, auch Staatsanwaltschaft   |
| StaatsGH      | Staatsgerichtshof   |
| Städtetag     | Der Städtetag (1948 ff)   |
| StAG          | siehe RuStAG  |
| StAZ          | Das Standesamt, Zeitschrift für Standesamtswesen, Personenstandsrecht, Ehe- und Kindschaftsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht (1948/49 ff; vorher 1921–1944; Zeitschrift für Standesamtswesen, Das Standesamt, Der Standesbeamte)   |
| StBauFG       | Städtebauförderungsgesetz idF v 18.8.1976 (BGBl S 2318)   |
| StenB         | Stenografische Berichte   |
| StBerG        | Steuerberatungsgesetz   |
| str           | strittig, streitig  |
| stRspr        | ständige Rechtsprechung   |
| su            | siehe unten   |
| TestG         | G über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen v 31.7.1938 (RGBl I 973)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|            |  |
|------------|--|
| Thür       | Thüringen  |
| ThürAGGVG  | Thür AusführungsG zum GVG v. 12.10.1993 (GVBl S 612)   |
| tlw        | teilweise  |
| TSG        | G über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz) v 10.9.1980 (BGBl S 1654)   |
| TV         | Testamentsvollstrecker   |
| Tz         | Textziffer   |
| u          | unten  |
| ua         | unter anderem, und andere  |
| uä         | und ähnliche   |
| uam        | und anderes mehr   |
| UÄndG      | G zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften v 20.2.1986 (BGBl S 301)  |
| Überbl     | Überblick  |
| Übk        | Übereinkommen  |
| UdG        | Urkundsbeamter der Geschäftsstelle   |
| üM         | überwiegende Meinung   |
| UmstG      | Drittes G zur Neuordnung des Geldwesens v 20.6.1948 (Umwandlungsgesetz)  |
| UmwG       | Umwandlungsgesetz v 28.10.1994 (BGBl S 3210, ber 1995 S 428)   |
| unstr      | unstrittig   |
| unv        | unveröffentlicht   |
| UR         | Urkundenrolle  |
| UrhG       | G über Urheberrechte und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) v 9.9.1965 (BGBl 1273)   |
| UrhWG      | G über die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten v 9.9.1965  |
| UStG       | Umsatzsteuergesetz idF v 27.4.1993 (BGBl S 566)  |
| uU         | unter Umständen  |
| v          | vom, von   |
| VA         | Versorgungsausgleich   |
| VAG        | G über die Beaufsichtigung d privaten Versicherungsunternehmen u Bausparkassen (Versicherungsaufsichtsgesetz) idF v 17.12.1992 (BGBl S 93,3)   |
| VAHRG      | Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21.2.1983 (BGBl S 105)  |
| VAÜG       | Gesetz zur Überleitung des Versorgungsausgleichs auf das Beitrittsgebiet (Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetz – VAÜG), Art 31 des Gesetzes zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung (Renten-Überleitungsgesetz – RÜG) vom 25.7.1991 (BGBl S 1606) |
| VereinfNov | G zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren – Vereinfachungsnovelle – v 3.12.1976   |
| VereinsG   | G zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts v 5.8.1964 (BGBl S 593)  |
| VerlG      | G über das Verlagsrecht v 19.6.1901 (RGBl S 217, BGBl III 4 Nr 441-1)  |
| VermG      | Vermögensgesetz  |
| Vers       | Versicherung   |
| VerschÄndG | G zur Änd v Vorschriften d Verschollenheitsrechts v 15.1.1951 (BGBl S 59)  |
| VerschG    | Verschollenheitsgesetz idF v 15.1.1951 (BGBl S 63)   |

## Abkürzungsverzeichnis

|           |  |
|-----------|--|
| VersR     | Versicherungsrecht (Jahr und Seite)  |
| VFGüG     | G über den ehelichen Güterstand v Vertriebenen und Flüchtlingen v 4.8.1969 (BGBl S 1067)   |
| vgl       | vergleiche   |
| VHG       | VertragshilfeG v 26.3.1952 (BGBl S 198)  |
| VO        | Verordnung   |
| VoraufI   | Vorauslage   |
| Vorbem    | Vorbemerkung   |
| VormG     | Vormundschaftsgericht  |
| VStG      | Vermögenssteuergesetz v 17.4.1974 (BGBl S 949)   |
| VVAG      | Verordnung über die Versicherungsnummer, die Kontoführung und den Versicherungsverlauf in der gesetzlichen Rentenversicherung (Versicherungsnummern-, Kontoführungs- und Versicherungsverlaufsverordnung vom 30.3.2001 (BGBl S 475))   |
| VVaG      | Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  |
| VVG       | G über den Versicherungsvertrag v 30.5.1908 (RGBl S 263)   |
| VV RVG    | Vergütungsverzeichnis zu § 2 Abs 2 RVG   |
| VW        | Versicherungswirtschaft (1946ff)   |
| VwGO      | Verwaltungsgerichtsordnung idF der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl S 686)   |
| VwVfG     | Verwaltungsverfahrensgesetz i d seit dem 1. Februar 2003 geltenden Fassung der Neufassungsbekanntmachung vom 23.2.2003 (BGBl S 102)  |
| VZOG      | Vermögenszuordnungsgesetz v 22.3.1991 (BGBl 766, 784)  |
| WährG     | Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) v 20.6.1948 (WiGBl Beil 5 S 1, BGBl III 7600-1-a)   |
| Warn      | Rechtsprechung des Reichsgerichts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts abgedruckt ist, hrsg von Warneyer (1908–1941; seit 1961: Warneyers Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, soweit nicht in der amtlichen Sammlung abgedruckt, abgekürzt auch als BGHWarn) |
| WEG       | G über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz) v 15.3.1951 (BGBl S 175, ber S 209)   |
| WGV       | Verordnung über die Anlegung und Führung der Wohnungs- und Teileigentumsgrundbücher (Wohnungsgrundbuchverordnung – WGV) v 24.1.1995 (BGBl S 134)   |
| WiGBl     | Gesetzblatt zur Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1947–1949; 1947: Gesetz- und Verordnungsblatt des Zweizonen-Wirtschaftsrates, bis 1948: Gesetz- und Verordnungsblatt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes)  |
| WiR       | Wirtschaftsrecht (seit 1972)   |
| WM        | Wertpapier-Mitteilungen (1947 ff)  |
| WPM       | Wertpapier-Mitteilungen  |
| WPO       | Wirtschaftsprüferordnung   |
| WRP       | Wettbewerb in Recht und Praxis   |
| WStG      | Wechselsteuergesetz idF v 24.7.1959 (BGBl S 536)   |
| WuB       | Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (seit 1985)   |
| WÜD       | Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen v 18.4.1961 (BGBl 1964 II S 959)   |
| WÜK       | Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen v 24.4.1964 (BGBl II S 1589)   |
| Württ     | Württemberg  |
| WürttJB   | Jahrbücher der württembergischen Rechtspflege  |
| WürttNotV | Zeitschrift des WürttNotarvereins  |

## Abkürzungsverzeichnis

|               |   |
|---------------|---|
| WürttZ        | Zeitschrift für die Freiwillige Gerichtsbarkeit in Württemberg  |
| Z             | Zeitschrift   |
| zB            | zum Beispiel  |
| ZBIFG         | Zentralblatt für freiwillige Gerichtsbarkeit und Notarrecht (ab 1911)   |
| ZBJR auch Zfj | Zentralblatt für Jugendrecht u Jugendwohlfahrt (1924/25 ff, bis 1936; 1950 ff)  |
| ZEV           | Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge   |
| ZfgG          | Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen (1951ff)   |
| ZfRV          | Zeitschrift für Rechtsvergleichung (ab 1991); vorher: Zeitschrift für Internationales Privatrecht u Europarecht (seit 1960)                 |
| ZGB           | Zivilgesetzbuch der DDR v 19.6.1975 (GBl I S 465; Berlin/Ost: VOB I S 77)   |
| ZGR           | Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht  |
| ZHR           | Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht (seit 1907) und Konkursrecht, begr von Goldschmidt (1858 bis 1944; 1946 ff)                        |
| ZIP           | Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (seit 1983, vorher: Zeitschrift für Insolvenzrecht und: Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht)   |
| zit           | zitiert   |
| ZKM           | Zeitschrift für Konfliktmanagement  |
| ZPO           | Zivilprozessordnung v 30.1.1877 (RGBl S 83) idF d Bek v 5.12.2005 (BGBl S 3202 – BGBl III/FNA 310-4)  |
| ZPO-RG        | Gesetz zur Reform des Zivilprozesses (Zivilprozessreformgesetz – ZPO-RG) vom 27.7.2001 (BGBl S 1887)  |
| ZRHÖ          | Rechtshilfeordnung für Zivilsachen v 19.10.1956   |
| ZSEG          | G über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen v 1.10.1969 (BGBl S 1756) – aufgehoben durch Art 6 Nr 2 KostRMoG                   |
| zT            | zum Teil  |
| zust          | zustimmend  |
| ZustRG        | Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellungen im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz – ZustRG) vom 25.6.2001 (BGBl S 1206) |
| zutr          | zutreffend  |
| ZZP           | Zeitschrift für Zivilprozess, begr von Busch (1879–1943, 1950 ff)   |
| ZWE           | Zeitschrift für Wohnungseigentum  |

## Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

- |  |  |
|--|--|
| AK/Bearbeiter/BGB  | Alternativkommentar z BGB, 1970 ff   |
| Alberts/Stähz  | Betreuungsrecht 2001   |
| Andrae   | Internationales Familienrecht, 1998  |
| Ann  | Die Erbengemeinschaft, 2001  |
| AnwK-BGB/Bearbeiter  | Anwaltkommentar BGB (Hrsg: Dauner-Lieb/Heidel/Ring), 2004  |
| Arndt  | Rechtspflegergesetz, 1957  |
| Arndt/Bearbeiter   | Arndt/Lerch/Sandkühler, Bundesnotarordnung, 5. Auflage, Köln 2003  |
| Arnold/Meyer-Stolte/Bearbeiter                             | Rechtspflegergesetz, 6. Auflage, 2002  |
| Assenmacher/Mathias/Mümmeler                               | Kostenordnung, 15. Auflage, 2003<br>(vormals Göttlich/Mümmeler)  |
| Bach/Gildenast   | Internationale Kindesentführung, FamRZ-Buch 12, 1999   |
| Bamberger/Roth   | BGB, Kommentar, 2003   |
| Bärmann  | Freiwillige Gerichtsbarkeit und Notarrecht, Berlin 1968  |
| Bärmann/Pick/Merle, WEG                                    | Wohnungseigentumsgesetz, Kommentar, 9. Auflage 2003  |
| Bärmann/Pick   | Wohnungseigentumsgesetz, Erläuterte Ausgabe, 16. Auflage, 2005   |
| von Bar  | Internationales Privatrecht, Bd 2, Besonderer Teil, 1991   |
| Barnstedt/Steffen  | Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschafts-<br>sachen, 6. Auflage 2001  |
| Bassenge/Herbst/Roth                                       | FGG/RPflG, 10. Auflage, Heidelberg 2004  |
| Bauer/von Oefele/Bearbeiter                                | Kommentar zur Grundbuchordnung München 1999  |
| Baumbach/Bearbeiter  | Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Zivilprozessordnung,<br>64. Auflage, München 2006   |
| Baumbach/Hopt  | Baumbach/Hopt, Handelsgesetzbuch, 32. Auflage, München<br>2006   |
| Baumbach-Hueck   | AktG 13. Auflage, München, 1968  |
| Baumbach/Hueck/Bearbeiter                                  | GmbH Gesetz, 18. Auflage, München 2006   |
| Baur   | Freiwillige Gerichtsbarkeit, 1. Buch: Allgemeines Verfahrens-<br>recht, Tübingen 1955  |
| Baur/Stürner   | Sachenrecht 17. Auflage 1999   |
| Baur/Wolf  | Grundbegriffe der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 2. Auflage, 1980   |
| Beck/Samm  | Gesetz über das Kreditwesen, Loseblattsammlung, (§ 43 Stand:<br>96. Erg-Lfg, März 2003; § 42 Stand: 94. Erg-Lfg, November<br>2002) |
| Beck'sches Notarhandbuch<br>(siehe auch NotHdb/Bearbeiter) | Brambring/Jerschke (Hrsg), 3. Auflage, München 2000  |
| Bengel/Reimann   | Handbuch der Testamentsvollstreckung, 3. Auflage, 2001   |
| Berenbrok  | Internationale Nachlaßabwicklung: Zuständigkeit und Verfah-<br>ren, 1989   |
| Bergerfurth  | Der Ehescheidungsprozess und die anderen Eheverfahren,<br>13. Auflage, 2001  |
| BerlKommGenG/Bearbeiter                                    | Berliner Kommentar zum Genossenschaftsgesetz,<br>Hillebrand/Kessler (Hrsg), Hamburg 2001   |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

- Bettermann  
 Bearbeiter in:  
 Bettermann/Nipperdey/Scheuner  
 Beuthin  
 BFS-KWG/Bearbeiter  
 Bienwald/Bearbeiter  
 Bienwald  
 Verfahrenspflegschaftsrecht  
 Bittis/Kratzenberger/Löhr  
 Blomeyer ZPR  
 Bode  
 Bödicker  
 Bonefeld/Kroiß/Tanck/Bearbeiter  
 Bohnert  
 Böttcher/Ries  
 Brand/Kleef  
 Brehm  
 Brox  
 Brox/Walker  
 Brüggemann  
 Bruns/Kemper  
 BtKomm/Bearbeiter  
 Bünning  
 Bumiller/Winkler  
 Burhoff/Kindermann  
 Büte  
 Coeppius  
 Coeppius, Sachfragen  
 Dallmayer/Eickmann  
 Damrau/Zimmermann  
 Demharter  
 DErbK/Bearbeiter  
 Dodegge/Roth  
 Dölle  
 Dose  
 Ebeling/Geck  
 Ebenroth/Bearbeiter  
 Eberl-Borges  
 Ebert, Einstweiliger Rechtsschutz  
 Rechtshängigkeit und Rechtsschutzform, 1949  
 Die Grundrechte  
 GenG, 14. Auflage, München 2004  
 Boos/Fischer/Schulte-Mattler, Kreditwesengesetz, München 2000  
 Betreuungsrecht, Kommentar, 4. Auflage, 2005  
 Verfahrenspflegschaftsrecht, Bielefeld 2002  
 BauGB, Kommentar, 9. Auflage, 2005  
 Zivilprozessrecht, Erkenntnisverfahren 2. Auflage, 1985  
 Praxishandbuch Anwalt des Kindes, 2004  
 Notwendigkeit einer Reform des Rechts der Erbauseinandersetzung bei Immobilienvermögen, 1988  
 Der Erbprozeß, 2001  
 Unterbringungsrecht, 2000  
 Formularpraxis des Handelsregisterrechts, Köln 2003  
 Die Nachlaßsachen in der gerichtlichen Praxis, 2. Auflage, 1961  
 Freiwillige Gerichtsbarkeit, 3. Auflage, Stuttgart 2002  
 Erbrecht, 20. Auflage, Köln 2003  
 Zwangsvollstreckungsrecht, 7. Auflage 2003  
 Urkundstätigkeit nach §§ 49, 50 JWG, Heidelberg 1983, ab 3. Auflage: Beurkundungen im Kindschaftsrecht, 4. Auflage 1994  
 siehe Hk-LpartG  
 Dodegge/Roth, Betreuungsrecht Systematischer Praxis-kommentar, Köln 2003  
 Nachlaßverwaltung und Nachlaßkonkurs im internationalen Privat- und Verfahrensrecht, 1996  
 Freiwillige Gerichtsbarkeit, 7. Auflage, München 1999  
 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz 2004, 2004  
 Das Umgangsrecht bei Kindern geschiedener oder getrennt lebender Eltern, 2. Auflage 2005  
 Handhabung und Reform des Betreuungsgesetzes, 1995  
 Sachfragen des Betreuungs- und Unterbringungsrechts, 2000  
 Rechtspflegergesetz, Kommentar, München 1996  
 Betreuungsgesetz, Kommentar zum materiellen und formellen Recht, 3. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 2001  
 Grundbuchordnung, Kommentar, 24. Auflage, München 2002 – s auch Horber/Demharter –  
 Deutscher Erbrechtskommentar, Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Erbrechtswissenschaften eV, 2003  
 siehe BtKomm/Bearbeiter  
 Familienrecht, Darstellung des deutschen Familienrechts mit rechtsvergleichenden Hinweisen, Bd. I: 1964, Bd. II: 1965  
 Einstweiliger Rechtsschutz in Familiensachen, 2. Auflage 2005  
 Handbuch der Erbengemeinschaft, Loseblattsammlung  
 Ebenroth/Bouyong/Joost, HGB, Band 1, München 2001  
 Die Erbauseinandersetzung, 2000  
 Einstweiliger Rechtsschutz in Familiensachen, 2002



Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

- Ebert-Dudek-Lindemann  
Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 2. Auflage, Breslau 1908
- Eckebrecht/Große-Boymann/  
Gutjahr/Schael/  
von Swiekowski-Trzaska  
Bearbeiter in: von Eicken/  
Hellstab/Lappe/Madert  
Van Els  
siehe FamVerf/Bearbeiter
- Ensthaler/Bearbeiter  
Die Kostenfestsetzung, 18. Auflage, 2003
- Erman/Bearbeiter  
Handkommentar z BGB, 11. Auflage, Münster 2004
- Eulberg/Ott-Eulberg  
Die Nachlaßpflegschaft, 1999
- Exner  
Die Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft im deutschen und im französischen Recht – ein Rechtsvergleich, 1994
- Eylmann/Vaasen/Bearbeiter  
Eylmann/Vaasen, Bundesnotarordnung Beurkundungsgesetz, München 2000
- FamGb  
Baumeister/Fehmel/Griesche/Hochgräber/Kayser/Wick, Familiengerichtsbarkeit, Kommentar zu den materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Vorschriften, 1992
- FamRefK/Bearbeiter  
Bäumel/Bienwald/Häußermann/Hoffmann/Maurer/  
Meyer-Stolte/Rogner/Sonnenfeld/Wax, Familienrechtsreformkommentar, Bielefeld 1998
- FamVerf/Bearbeiter  
Eckebrecht/Große-Boymann/Gutjahr/Schael/von Swiekowski-Trzaska, Verfahrenshandbuch Familiensachen, 2001
- Feuerich/Braun  
Kommentar zur Bundesrechtsanwaltsordnung, 5. Auflage, 2000
- Fieseler/Schleicher/Busch (Hrsg),  
Finkelnburg  
siehe GK-SGB VIII/Bearbeiter  
Über den Rechtsschutz bei anwaltlichen Zulassungsstreitigkeiten, 1964
- Firsching/Dodegge  
Familienrecht, 2. Halbband: Vormundschafts- und Betreuungsrecht, 6. Auflage, München 1998
- Firsching/Graba, FamR  
Familienrecht: Familiensachen, 6. Auflage, München 1999
- Firsching/Graf, NachlR  
Nachlaßrecht, 8. Auflage, München 2000
- Fitzner  
Deutsches Kolonial-Handbuch Bd I, II, 2. Auflage 1901
- FK-InsO/Bearbeiter  
Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung, Wimmer (Hrsg), 3. Auflage, 2001
- Frank  
Erbrecht, 2. Auflage, 2003
- Frentzel/Jäkel/Junge  
Industrie- und Handelskammergesetz, 6. Auflage, Köln 1999
- Frieser/Sarres/Stückemann/  
Tschichoflos  
Handbuch Erbrecht, 2002
- Geimer  
Internationales Zivilprozessrecht, 5. Auflage, 2005
- Gernhuber/Coester-Waltjen  
Lehrbuch des Familienrechts, 4. Auflage, München 1994
- Gerold/Schmidt/  
BearbeiterBRAGO  
Gerold/Schmidt/v Eicken/Madert, Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung, Kommentar, 15. Auflage, München 2002
- Gerold/Schmidt/  
BearbeiterRVG  
Gerold/Schmidt/v Eicken/Madert, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Kommentar, 16. Auflage, München 2004
- Geßler/Hefermehl/Bearbeiter  
Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff, Aktiengesetz, Band I (1973–1984)
- Gießler  
Vorläufiger Rechtsschutz in Ehe-, Familien- und Kindschaftsachen, NJW-Schriftenreihe Band 46, 3. Auflage, München 2000

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|   |  |
|---|--|
| GK-SGB VIII/Bearbeiter                    | Fieseler/Schleicher/Busch (Hrsg), Kinder- und Jugendhilferecht GK-SGB VIII, 16. Lfg., August 2004                            |
| Godin-Wilhelmi                            | Aktiengesetz, 4. Auflage, Berlin 1971  |
| Göppinger/Wax/Bearbeiter                  | Unterhaltsrecht begründet von Günter Brühl, 8. Auflage, Bielefeld 2003   |
| Goessl                                    | Organstreitigkeiten innerhalb des Bundes, 1961   |
| Göttlich/Mümmmler/BRAGO                   | Göttlich/Mümmmler, Kommentar zur BRAGO fortgeführt von Braun/Rehberg, 20. Auflage, München 2001                              |
| Göttlich/MümmmlerKostO                    | siehe Assenmacher/Mathias/Mümmmler   |
| Göttlich/MümmmlerRVG                      | Göttlich/Mümmmler fortgeführt von Rehberg/Xanke, Kommentar zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 1. Auflage, München 2004       |
| Greßmann                                  | Neues Kindschaftsrecht, 1998   |
| Großkommentar zum Aktiengesetz/Bearbeiter | Großkommentar zum Aktiengesetz 3. Auflage, Berlin 1970ff   |
| Grün                                      | Vaterschaftsfeststellung und - anfechtung für die gerichtliche, anwaltliche und behördliche Praxis, Berlin 2003              |
| Gustavus                                  | Handelsregister-Anmeldungen, 6. Auflage, Köln 2005   |
| Gustavus Handelsrecht Estland             | Handelsrecht der Republik Estland, Tallinn/Berlin 2000   |
| Güthe/Triebel                             | Kommentar zur Grundbuchordnung, 6. Auflage, 1936/37  |
| Habscheid                                 | Freiwillige Gerichtsbarkeit, 7. Auflage, München 1983  |
| Habscheid, Streitgegenstand               | Der Streitgegenstand im Zivilprozess und im Streitverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 1956                           |
| Hachenburg/Bearbeiter                     | Großkommentar zum GmbHG, Hrsg. Ulmer, 8. Auflage, Berlin 1989 ff.  |
| Haegele                                   | Nachlaßpflegschaft und Nachlaßverwaltung, 1955   |
| Haegele/Schöner/Stöber                    | siehe Schöner/Stöber   |
| Haegele/Winkler                           | Der Testamentsvollstrecker nach bürgerlichem, Handels- und Steuerrecht, 15. Auflage, Regensburg 1999                         |
| Haft/Gräfin v. Schlieffen/Bearbeiter      | Handbuch Mediation, 2002   |
| Hahn-Mugdan                               | Die gesamten Materialien zu den Reichsjustizgesetzen, Berlin 1898  |
| Hansens                                   | BRAGO, 8. Auflage, 1995  |
| Hartmann, KostG                           | Hartmann, Kostengesetze, Kurz-Kommentar, 34. Auflage, München 2005   |
| Bearbeiter in Hauck/Noftz                 | Sozialgesetzbuch SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe Kommentar, 29. Lfg, August 2003  |
| HB-VP/Bearbeiter                          | Salgo/Zenz/Fegert/Bauer/Weber/Zitelmann, Verfahrenspflegschaft für Kinder und Jugendliche, Köln 2002                         |
| Hecker/Müller-Chorus/Bearbeiter           | Handbuch der konsularischen Praxis, Loseblattausgabe, Stand: 2. Ergänzungslieferung 11/2002                                  |
| Heidel                                    | Aktienrecht, Bonn 2003   |
| HeidelbergerKommInsO/Bearbeiter           | Eickmann/Flessner/Irschlinger, Heidelberger Kommentar zur Insolvenzordnung, 3. Auflage, 2003                                 |
| Henrich                                   | Internationales Familienrecht, 2. Auflage, 2001  |
| Henssler/Koch                             | Mediation, 2000  |
| Hepting/Gaaz                              | Kommentar zum PersonenstandsG mit Eherecht und Internationalem Privatrecht 1963 ff (Loseblatt Stand 38. Lieferung Juni 2003) |
| Herbst                                    | siehe Bassenge/Herbst  |
| Hess/Bearbeiter                           | Hess/Weis/Wienberg, Kommentar zur Insolvenzordnung mit EGInsO, 2. Auflage, Heidelberg 2001                                   |
| Hettrich/Bearbeiter                       | Hettrich/Pöhlmann/Gräser/Rohrich, GenG, 2. Auflage, München 2001   |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|   |  |
|---|--|
| Heymann/Bearbeiter                            | HGB, Band 1, 2. Auflage, 1995, Band 2, 2. Auflage, 1996, Berlin  |
| von Hippel                                    | Untersuchungen zum Problem des fehlerhaften Staatsaktes, Beiträge zur Methode einer teleologischen Rechtsauslegung, 2. Auflage, 1960           |
| HK-BUR/Bearbeiter                             | Bauer/Birk/Klie/Rink, Heidelberger Kommentar zum Betreuungs- und Unterbringungsrecht, 40. Ergänzungslieferung Stand: März 2004                 |
| HK-GmbH-Recht/Bearbeiter                      | Bartl/Fichtelmann/Schlarb/Schulze, GmbH-Recht, 5. Auflage, 2002  |
| HK-InsO/Bearbeiter                            | Eickmann/Flessner/Irschlinger/Kirchof/Kreft/Landfermann/Marotzke/Stephan, Insolvenzordnung, 3. Auflage, Heidelberg 2003                        |
| Hk-LPartG                                     | Bruns/Kemper (Hrsg) LPartG, Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften, 2001                              |
| Hoffmann                                      | Konsularrecht, Loseblattausgabe 69. Lieferung 2005   |
| von Hoffmann/Thorn                            | Internationales Privatrecht, 8. Auflage, 2005  |
| Holzhauser/Reinicke                           | Betreuungsrecht, Kommentar 1993  |
| Honig   | HwO, 2. Auflage, München 1999  |
| Horber/Demharter                              | Grundbuchrecht, 20 Auflage, München 1995; ab 21. Auflage 1995 Demharter, Grundbuchordnung  |
| Hüffer  | AktG, 6. Auflage, München 2004   |
| Bearbeiter in Huhn/<br>von Schuckmann, BeurkG | Beurkundungsgesetz sowie Dienstordnung für Notare, Kommentar, 4. Auflage, Berlin 2003  |
| Hüfstege                                      | Internationales Privatrecht einschließlich Grundzüge des Internationalen Verfahrensrechts, 3. Auflage, 1999                                    |
| Bearbeiter in Jans/Happe/Saurbier             | Jans/Happe/Saurbier/Maas, Kinder- und Jugendhilferecht, 3. Auflage, 26. Lfg, Stand August 2003   |
| Jansen/Köpfel                                 | Das neue Unehelichengesetz, 1967   |
| Jauernig                                      | Das fehlerhafte Zivilurteil, 1958  |
| Jauernig ZPR                                  | Zivilprozeßrecht, 28. Auflage, München 2003 (fr. Lent/Jauernig)  |
| Jauernig/Bearbeiter                           | Jauernig/Schlechtriem/Stürner/Teichmann/Vollkommer Kommentar zum BGB, 10. Auflage, München 2003  |
| Jayme/Hausmann                                | Internationales Privat- und Verfahrensrecht, 11. Auflage, 2002   |
| Jessnitzer                                    | Ein Handbuch für die Praxis der Dolmetscher, Übersetzer und ihrer Auftraggeber in Gerichts-, Beurkundungs- und Verwaltungsverfahren, Köln 1982 |
| JheringJ                                      | Jherings Jahrbücher der Dogmatik des bürgerlichen Rechts   |
| J/M/K/W                                       | Jürgens/Kröger/Marschner/Winterstein, Das neue Betreuungsrecht, 5. Auflage, 2002   |
| Jochum/Pohl                                   | Nachlaßpflegschaft, 2. Auflage, 2003   |
| Johannsen/Henrich/ Bearbeiter                 | Eherecht, Kommentar, 4. Auflage, München 2003  |
| Johansson/Sachse                              | Anweisungs- und Berichtigungsverfahren in Personenstands-sachen, Frankfurt/M – Berlin, 1996  |
| Josef   | Das Reichsgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und das Preuß. Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit, 2. Auflage 1906              |
| Jürgens/Bearbeiter                            | Betreuungsrecht, Kommentar zum materiellen Betreuungsrecht, zum Verfahrensrecht und zum Betreuungsbehörden-gesetz, 2. Auflage, 2001            |
| Junker  | Internationales Privatrecht, 1998  |
| Kahl  | Beschwerdeberechtigung und Beschwer in der freiwilligen Gerichtsbarkeit 1981   |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| Kalthoener/Büttner                  | Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs, Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe, NJW-Schriftenreihe Band 47, 4. Auflage, München 2005   |
| Kegel/Schurig<br>KEHE               | Internationales Privatrecht, 9. Auflage, München 2004<br>Kuntze/Ertl/Herrmann/Eickmann, Grundbuchrecht, Kommentar, 6. Auflage, Berlin 2006                           |
| Keidel/Bearbeiter                   | Keidel/Kuntze/Winkler ua, Freiwillige Gerichtsbarkeit, Teil A, Kommentar zum FGG, 15. Auflage, München 2003  |
| Keidel/Krafka/Willer                | Registerrecht, 6. Auflage, München 2003  |
| Kierig/Kretz                        | Formularbuch Betreuungsrecht, 2. Auflage, 2004   |
| Kindermann                          | Die Abrechnung in Ehe- und Familiensachen, 2005  |
| Kissel/Mayer                        | Kommentar zum Gerichtsverfassungsgesetz, 4. Auflage, 2005  |
| Kleinknecht                         | Kleinknecht/Meyer-Goßner, Strafprozeßordnung, 44. Auflage, 1999  |
| Klüsener                            | Freiwillige Gerichtsbarkeit, 1987  |
| Knittel                             | Betreuungsgesetz, Kommentar (Loseblatt), Stand 1.11.2004   |
| Bearbeiter in KölnerKomm            | Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, Band 1, 2. Auflage, Köln 1986–1988  |
| Koller/Bearbeiter                   | Koller/Roth/Morck, HGB, 5. Auflage, München 2005   |
| Kollhosser                          | Zur Stellung und zum Begriff des Verfahrensbeteiligten im Erkenntnisverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, 1970   |
| Kollhosser, FG                      | Freiwillige Gerichtsbarkeit, München 1992  |
| von König                           | Zivilprozess- und Kostenrecht, Bielefeld 2002  |
| Korintenberg/Bearbeiter             | Korintenberg/Lappe/Bengel/Reimann, Kommentar zur KostO, 16. Auflage, München 2005  |
| KostRspr                            | Kostenrechtsprechung, Nachschlagewerk wichtiger Kostenentscheidungen bearbeitet und mit Anm. von Lappe, von Eicken, Noll, Herget und N. Schneider. 4. Auflage., Köln |
| Krieger-Lenz                        | Firma und Handelsregister, Berlin 1938   |
| Kropholler, IPR                     | Internationales Privatrecht, 5. Auflage, 2004  |
| Krug/Rudolf/Kroiß/Bearbeiter        | Erbrecht, 2000   |
| Krug/Grüner/Dalichau/<br>Bearbeiter | Kinder- und Jugendhilfe, Sozialgesetzbuch (SGB), Aches Buch (VIII), Kommentar, Stand Januar 2005   |
| Kübler/Prütting                     | InsO, Loseblatt, Stand Februar 2005, Köln  |
| Kunkel (Hrsg)                       | siehe Bearbeiter, LPK-SGB VIII   |
| Labuhn/Veldtrup/Labuhn              | Familiengericht und Vormundschaftsgericht, Genehmigung und Verfahren in der Praxis, 1999   |
| Lang/Bearbeiter                     | Lang/Weidmüller/Metz/Schaffland, GenG, 33. Auflage, Berlin 1997  |
| Lange/Wulff/HöfeO                   | Lange/Wulff/Lüdtke-Handjery, Höfeordnung für die Länder Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen u. Schleswig-Holstein, 10. Auflage, 2001                         |
| Lange/Wulff/Landpacht               | Lange/Wulff/Lüdtke-Handjery, Landpachtrecht, Kommentar, 4. Auflage, 1997   |
| Lappe                               | Kosten in Familiensachen, 5. Auflage, 1994   |
| Lappe, Justizkostenrecht            | Justizkostenrecht, 2. Auflage, München 1995  |
| Leipold                             | Erbrecht, 15. Auflage, 2004  |
| Lemp                                | Lemp/von Braunbehrens/Eichner/Röcker, Die Anhörung des Kindes gemäß § 50b FGG, 1987  |
| Lent                                | Freiwillige Gerichtsbarkeit, 3. Auflage, 1958  |
| Lerche                              | Ordentlicher Rechtsweg und Verwaltungsrechtsweg, 1953  |
| Linke                               | Internationales Zivilprozessrecht, 2. Auflage 1995   |
| LM                                  | Nachschlagewerk des BGH (Loseblatt), Hrsg. Lindenmaier, Möhring ua (1951 ff.)  |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|                           |  |
|---------------------------|--|
| Löhnig                    | Zivilrechtlicher Gewaltschutz, 2. Auflage 2004   |
| Löwe/Rosenberg/Bearbeiter | Die Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, Großkommentar, 25. Auflage, 2001  |
| Looschelders              | Internationales Privatrecht, Art. 3–46, 2003   |
| Bearbeiter, LPK-SGB VIII  | Kunkel (Hrsg) Kinder- und Jugendhilfe Lehr- und Praxiskommentar, 2. Auflage, 2003  |
| Lüderitz                  | Familienrecht, 27. Auflage, München 1999   |
| Lutter/Hommelhoff         | GmbH Gesetz, 15. Auflage, Köln 2000  |
| Marschner/Volckart        | Freiheitsentziehung und Unterbringung, 4. Auflage, 2001  |
| Maßfeller/Hoffmann, PStG  | Kommentar zum Personenstandsgesetz, 1980 ff (jetzt: Hepting/Gaaz)  |
| Maunz-Dürig               | Grundgesetz, Loseblatt-Kommentar, Stand: Februar 2005  |
| Meier                     | Handbuch Betreuungsrecht, 2001   |
| Meikel-Bearbeiter         | Meikel/Bestelmeyer/Böhringer/Göttlinger/Grziwotz/Morvilius/Nowak, Grundbuchrecht Kommentar, 9. Auflage, München 2004                                   |
| Meilicke/Bearbeiter       | Meilicke/Westphalen/Hoffmann/Lenz, Kommentar zum Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 1996   |
| Melchior/Schulte          | HandelsregisterVO, Köln 2003   |
| Meyer                     | Gerichtskostengesetz, 7. Auflage, Berlin 2005  |
| Meyer-Großner             | StPO, 48. Auflage, 2005  |
| Meyer/Höver/Bach, JVEG    | Die Vergütung und Entschädigung von Sachverständigen, Zeugen, Dritten und von ehrenamtlichen Richtern nach dem JVEG, Kommentar, 23. Auflage, Köln 2005 |
| Meyer/Höver/Bach, ZSEG    | Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, Kommentar, 22. Auflage, Köln 2002   |
| Meyer/Mittelstädt         | Das Lebenspartnerschaftsgesetz, 2001   |
| Michalski                 | BGB-Erbrecht, 2. Auflage, 2001   |
| Michalski/Römermann       | Kommentar zum Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, 2. Auflage, 1999  |
| Mosler                    | Das Völkerrecht in der Praxis der deutschen Gerichte, 1957   |
| Mrozynski                 | Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII), 4. Aufl., 2004, München  |
| MünchKomm/Bearbeiter      | Münchener Kommentar zum BGB, Hrsg.: Rebmann, Säcker, Rixecker München 1978 ff, 2. Auflage 1984/1990, 3. Auflage ab 1992; 4. Auflage, 2000              |
| MünchKommAktG/Bearbeiter  | Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, Band 1, 2000   |
| MünchKommHGB/Bearbeiter   | Münchener Kommentar Handelsgesetzbuch, München, Band 1 (1996), Band 2 (2004), Band 3 (2002)  |
| MünchKommZPO/Bearbeiter   | Münchener Kommentar zur ZPO, 2. Auflage, 2000/2001   |
| MünchKommZPO/Bearbeiter-  | Münchener Kommentar zur ZPO-Aktualisierungsband  |
| Aktualisierungsbd         | zur ZPO-Reform 2002  |
| Münder ua                 | Frankfurter Lehr- und Praxiskommentar zum KJHG/SGB VIII, 4. Auflage, Stand 1.1.2003  |
| Musielak/Bearbeiter       | Kommentar zur ZPO, 4. Auflage München 2005   |
| Müther                    | Das Handelsregister in der Praxis, Bonn 2003   |
| Müther Handelsrecht       | Handelsrecht, Bonn 2005  |
| Nothdurft                 | Der Begriff der Beteiligten in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 1925  |
| NotHdb/Bearbeiter         | Beck'sches Notarhandbuch, Brambring/Jerschke (Hrsg), 3. Auflage, München 2000  |
| Oberloskamp/Bearbeiter    | Oberloskamp (Hrsg) Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 2. Auflage 1998  |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|  |  |
|--|--|
| Odersky<br>Olzen   | NichtehelichenG, Kommentar, 4. Auflage 1978<br>Erbrecht, 2001  |
| Palandt/Bearbeiter<br>Pardey   | BGB, Kurz-Kommentar, 65. Auflage 2006<br>Betreuungs- und Unterbringungsrecht in der Praxis, 2. Auflage 2004, Baden-Baden   |
| Pauling  | Rechtsmittel in Familiensachen nach ZPO und FGG, im Verbund-, Haupt- und Nebenverfahren, Berlin 2002   |
| Pawlowski/Smid<br>Peuker/Ruß/Stuhlfelner<br>Pfeiffer/Strickert<br>Pikart/Henn<br>Piller/Hermann<br>Pritsch<br>Proksch                      | Freiwillige Gerichtsbarkeit, Köln 1993<br>HGB, 4. Auflage<br>Personenstandsgesetz, Kommentar, 1961<br>Lehrbuch der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, 1963<br>Justizverwaltungsvorschriften, 2. Auflage, 1976 ff<br>Das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen, 1955<br>Rechtstatsächliche Untersuchung zur Reform des Kindschaftsrechts, 2002 |
| Rahm/Künkel  | Rahm (Hrsg.), Handbuch des Familiengerichtsverfahrens, 4. Auflage, Köln 1994 ff  |
| Rauscher<br>Rauscher EuZPR<br>Rausnitz   | Familienrecht, 2001<br>Europäisches Zivilprozessrecht, 2004<br>Das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Berlin 1900   |
| Reichert<br>RGRK/Bearbeiter  | Handbuch Vereins- und Verbandsrechts, 10. Auflage, 2005<br>Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des RG und des BGH, 12. Auflage, Berlin   |
| Riedel<br>Rimmelspacher<br>Röchling/Bearbeiter   | Das Postulat der Unparteilichkeit des Richters, 1980<br>Zur Prüfung von Amts wegen im Zivilprozeß, 1966<br>Röchling (Hrsg) Handbuch Anwalt des Kindes, Baden-Baden 2001  |
| Röhricht/Graf von Westfalen/<br>Bearbeiter<br>Rohs/Wedewer<br>Rosenberg/Schwab/Gottwald<br>Rowedder/Schmidt-Leithoff<br>RS/BearbeiterBRAGO | HGB, 2. Auflage, Köln 2001<br>Kommentar zur KostO, 3. Auflage, Hamburg 1985 ff<br>Zivilprozessrecht, 16. Auflage, München 2004<br>GmbHG, 4. Auflage, München 2002<br>Riedel/Sußbauer/Fraunholz/Keller/Schneider, BRAGO, Kommentar, 8. Auflage, München 1999  |
| RS/Bearbeiter  | Riedel/Sußbauer/Fraunholz/Keller/Schneider/<br>Schmahl, RVG, Kommentar, 9. Auflage, München 2005   |
| Saage<br>Saage FGG   | Vertragshilfegesetz, 1952<br>In: Das Deutsche Bundesrecht II F 10, Text des FGG mit Erl. 1959  |
| Saage BNotO<br>Saage/Göppinger<br>Salgo ua<br>Schack<br>Sarres<br>Schellhammer<br>Bearbeiter in Schellhorn                                 | Bundesnotarordnung, 1961<br>Freiheitsentziehung und Unterbringung, 4. Auflage, 2001<br>siehe HB-VP<br>Internationales Zivilverfahrensrecht, 3. Auflage, 2002<br>Die Erbengemeinschaft, 1999<br>Erbrecht nach Anspruchsgrundlagen, 2004<br>Schellhorn, Kinder- und Jugendhilfe SGB VIII KJHG Kommentar, 2000  |
| Scherer/MAH/Bearbeiter<br>Schippel/Bearbeiter  | Münchener Anwaltshandbuch, Erbrecht, 2002<br>Bundesnotarordnung, Kommentar von Helmut Schippel ua, begr von Karl Seybold und Erich Hornig, 7. Auflage, 1999  |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|   |   |
|---|---|
| Schlegelberger                                      | Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, 7. Auflage, 1956 mit Nachtrag 1957  |
| Schlegelberger/Bearbeiter                           | HGB, Band I, 5. Auflage, 1973, Band III 1. Halbband, 5. Auflage, 1992, 2. Halbband, 5. Auflage, 1986, München   |
| Schleicher  | Rechtliches Gehör und (persönlich-) mündliche Anhörung in familienrechtlichen Angelegenheiten und im Freiheitsentziehungsverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, 1988 |
| Schlosser   | EU-Zivilprozessrecht, 2. Auflage, 2003  |
| Schmidt, Gerd                                       | Handbuch der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, 2. Auflage, München 1996   |
| Schmidt/Räntsch                                     | Deutsches Richtergesetz, 5. Auflage, 1995   |
| Schneider   | Die Befangenheitsablehnung im Zivilprozess, 2. Auflage, 2001  |
| Scholz/Bearbeiter                                   | GmbH Gesetz, 9. Auflage, Köln 2000  |
| Schöner/Stöber                                      | Handbuch der Rechtspraxis Band 4 Grundbuchrecht, 13. Auflage, München 2004 – vormals Haegele/Schöner/Stöber   |
| Schoreit/Dehn                                       | Beratungshilfe/Prozesskostenhilfe, Kommentar, 8. Auflage, Heidelberg 2004   |
| Schröder  | Familienmediation, 2004   |
| Schröder-Kay/Bearbeiter                             | Das Kostenwesen der Gerichtsvollzieher, Kommentar, 11. Auflage, Heidelberg 2002   |
| Bearbeiter in: Schröder/<br>Bergschneider, FamVerMR | Schröder/Bergschneider (Hrsg.) Familienvermögensrecht Bielefeld 2003  |
| Schwab, FR  | Familienrecht, 12. Auflage 2003   |
| Seewald/Felix                                       | Kommentar zum Kindergeldrecht, Stand Mai 2005   |
| Schrödter   | Baugesetzbuch, 6. Auflage, 1998   |
| Schwab/Bearbeiter                                   | Handbuch des Scheidungsrechts. Bearbeitet von Borth/Hahne/Maurer/Motzer/Schwab; 5. Auflage, München 2004  |
| Schwarz   | AO, Praxiskommentar (Loseblatt), 114. Ergänzungslieferung, August 2005  |
| Sellin/Engels                                       | Qualität, Aufgabenverteilung und Verfahrensaufwand bei rechtlicher Betreuung, Eine rechtstatsächliche Untersuchung, 2003  |
| Seybold/Schippel/Bearbeiter                         | Bundesnotarordnung, erläutert von Seybold, Hornig, O. Weber, Schippel, Reithmann unter Mitwirkung von Kanzleiter, Keidel, 7. Auflage, München 2000                        |
| Soergel/Bearbeiter                                  | BGB Kommentar, begr. von Soergel, 12. Auflage, 1987 ff  |
| Sonnenfeld  | Betreuungs- und Pflegschaftsrecht, 2. Auflage, Bielefeld 2001   |
| Spanl   | Vermögensverwaltung durch Vormund und Betreuer, 2001  |
| Staub/Bearbeiter                                    | HGB, 4. Auflage, Berlin 1995  |
| Staudinger/Bearbeiter                               | Kommentar zum BGB, 12. Auflage, 1978 ff, 13. Bearbeitung 1993 ff  |
| Staudinger/Bearbeiter                               | EGBGB/IPR, Art 19–24, 2002  |
| Stein/Jonas/Bearbeiter                              | Kommentar zur Zivilprozeßordnung, 22. Auflage, Tübingen Stand: 2005   |
| Sternberg-Siehr                                     | Das Registerrecht, Berlin 1930  |
| Stöber  | Vereinsrecht, 9. Auflage, 2004  |
| Szagunn/Bearbeiter                                  | Szagunn/Haug/Ergenzinger, Gesetz über das Kreditwesen, 6. Auflage, Köln 1997  |
| Bearbeiter in Thomas/Putzo                          | Kommentar zur ZPO, 26. Auflage, München 2004  |
| Tipke/Kruse   | Abgabenordnung, Kommentar (Loseblatt), 106. Ergänzungslieferung, April 2005   |
| Uhlenbruck/Bearbeiter                               | Uhlenbruck, Insolvenzordnung, 12. Auflage, München 2003   |

Literaturverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzten zitierten Literatur

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Van Els                            | siehe unter E  |
| Vogel                              | Prozeßkostenhilfe im familiengerichtlichen Verfahren, 1984   |
| Vollkommer                         | Der ablehnbare Richter, 2001   |
| Vortisch/Bemm                      | Binnenschiffahrts- und Flößereirecht, 3. Auflage   |
| Walter                             | Der Prozeß in Familiensachen, 2. Auflage, 1985   |
| Weckbach                           | Die Bindungswirkung von Erbteilungsverboten, 1987  |
| Weike/Tajic                        | Kommentar zum Grundbuchgesetz in Bosnien-Herzegowina, Sarajewo 2005  |
| Weirich                            | Freiwillige Gerichtsbarkeit, 1981  |
| Weitnauer/Bearbeiter               | WEG Kommentar, 9. Auflage, 2005  |
| Wellstein                          | Das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, 2. Auflage 1906  |
| Wick                               | Der Versorgungsausgleich, 2004   |
| Wieczorek/Schütze/Bearbeiter       | ZPO u. Nebengesetze, Kommentar, 3. Auflage, 1994 ff  |
| Wiesner/Bearbeiter                 | Wiesner/Mörsberger/Oberloskamp/Struck, SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe Kommentar, 2. Auflage, 2000  |
| Winkler                            | Die absolute Nichtigkeit von Verwaltungsakten, 1960  |
| Wöhrmann/Stöcker                   | Das Landwirtschaftserbrecht mit ausführlicher Erläuterung der Höfeordnung, 6. Auflage, 1995  |
| Wolff                              | Internationales Privatrecht, 3. Auflage, 1954  |
| Wolff/Bachof/Stober                | Verwaltungsrecht Bd 2, 6. Auflage, 2000  |
| Zimmermann                         | Praktikum der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, 6. Auflage, Heidelberg 2004  |
| Zimmermann Testamentsvollstreckung | Die Testamentsvollstreckung, 2. Auflage, Berlin 2003   |
| Zimmermann Erbschein               | Erbschein und Erbscheinsverfahren, Berlin 2004   |
| Zimmermann Nachlaßpflegschaft      | Die Nachlaßpflegschaft, Bielefeld 2001   |
| Zimmermann PKH                     | Prozeßkostenhilfe in Familiensachen, 2. Auflage 2000   |
| Zimmermann ZPO                     | Zivilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und Nebengesetzen, Kommentar anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung, 6. Auflage 2002 |
| Zöllner/Bearbeiter                 | Zivilprozessordnung, Kommentar, 25. Auflage, Köln 2005   |



## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 (RGBl S 189) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl S 771) wurde wie folgt geändert:

### 2006

Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts vom 14.8.2006, BGBl I 1911  
*Geändert:* §§ 145 Abs 1, 147 Abs 3, 148 Abs 1

### 2005

Gesetz zur Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und zur Schaffung eines Refinanzierungsregisters vom 22.9.2005, BGBl I 2809  
*Geändert:* § 145 Abs 1

Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts (UMAG) vom 22.9.2005, BGBl I 2802  
*Geändert:* § 145 Abs 1

Gesetz zur Neuordnung des Pfandbriefrechts vom 22.5.2005, BGBl I 1373  
*Geändert:* § 145 Abs 1

Zweites Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts (Zweites Betreuungsrechtsänderungsgesetz – 2. BtÄndG) vom 21.4.2005, BGBl I 1073  
*Geändert:* §§ 50 Abs 5, 56g Abs 1 Nr 2 und Abs 5 S 1, 65a Abs 1 S 1 und 2 und Abs 2, 69 Abs 1 Nr 5, 69g Abs 1 S 2, 70 Abs 2 S 2 und Abs 3 S 1, 70b Abs 1 S 3  
*Aufgehoben:* § 67 Abs 3  
*Eingefügt:* §§ 65 Abs 6, 67 Abs 1 S 6, 67a, 68b Abs 1a

Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz (IntFamRVG) vom 26.1.2005, BGBl I S 162  
*Geändert:* § 31 S 2  
*Aufgehoben:* § 64a

### 2004

Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft (SEEG) vom 22.12.2004, BGBl I 3675  
*Geändert:* § 145 Abs 1

Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrügesgesetz) vom 9.12.2004, BGBl I 3220  
*Eingefügt:* § 29a

Erstes Gesetz zur Modernisierung der Justiz (1. Justizmodernisierungsgesetz) vom 24.8.2004, BGBl I 2198  
*Geändert:* § 8

Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Anfechtung der Vaterschaft und das Umgangsrecht von Bezugspersonen des Kindes, zur Registrierung von Vorsorgeverfügungen und zur Einführung von Vordrucken für die Vergütung von Berufsbetreuern vom 23.4.2004, BGBl I 598  
*Eingefügt:* § 69e Abs 2

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien 2002/47/EG vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten und zur Änderung des Hypothekendarlehenbankgesetzes und anderer Gesetze vom 5.4.2004, BGBl I 502  
*Geändert:* § 145 Abs 1

### 2003

Gesetz zur Umsetzung familienrechtlicher Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 13.12.2003, BGBl I 2547  
*Geändert:* § 49a Abs 1 Nr 9

### 2002

Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten (OLG-Vertretungsänderungsgesetz OLGVertÄndG) vom 23.7.2002, BGBl I 2850  
*Geändert:* § 8

### 2001

Siebtes Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen vom 13.12.2001, BGBl I 3638  
*Geändert:* § 33 Abs 3 S 2

Gesetz zur Einführung des Euro in Rechtspflegegesetzen und in Gesetzen des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts, zur Änderung der Mahnvordruckverordnungen sowie zur Änderung weiterer Gesetze vom 13.12.2001, BGBl I 3574  
*Geändert:* §§ 20a Abs 1 S 2 und Abs 2, 56g Abs 5 S 1

Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehemwohnung bei Trennung vom 11.12.2001, BGBl I 3513  
*Eingefügt:* §§ 49a Abs 2, 64b. Bisheriger § 49a Abs 2 wird Abs 3

Gesetz über elektronische Register und Justizkosten für Telekommunikation (ERJuKoG) vom 10.12.2001, BGBl I 3422  
*Eingefügt:* §§ 147 Abs 1 S 1, 159 Abs 1 S 1. Bisheriger § 147 Abs 1 S 1 wird S 2, § 159 Abs 1 S 1 wird S 2

Gesetz zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsrechts vom 5.11.2001, BGBl I 2950  
*Eingefügt:* § 43b Abs 2 S 2

Gesetz zur Reform des Zivilprozesses (Zivilprozessreformgesetz – ZPO-RG) vom 27.7.2001, BGBl I 1887  
*Geändert:* §§ 27 Abs 1 S 1 und 2, 53g Abs 2, 64 Abs 3 S 1, 64a Abs 3 S 3  
*Eingefügt:* § 30 Abs 1 S 3

Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr vom 13.7.2001, BGBl I 1542  
*Eingefügt:* § 21 Abs 2 S 2, Abs 3

Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 19.2.2001, BGBl I 288, berichtigt 436  
*Eingefügt:* §§ 31 S 2, 64a

Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften: Lebenspartner-schaften vom 16.2.2001, BGBl I 266  
*Geändert:* §§ 50 Abs 2 S 1 Nr 3, 50c S 2, 53 Abs 1 S 1, 55b Abs 1 S 1, 68a S 3, 69g Abs 1 S 1  
*Eingefügt:* §§ 6 Abs 1 Nr 2a, 45 Abs 6, 70d Abs 1 S 1 Nr 1a

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

### 2000

Gesetz zur Durchführung der Richtlinien des Rates der Europäischen Union zur Änderung der Bilanz- und der Konzernbilanzrichtlinie hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs (90/605/EWG), zur Verbesserung der Offenlegung von Jahresabschlüssen und zur Änderung anderer handelsrechtlicher Bestimmungen (Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz – KapCoRiLiG) vom 24.2.2000, BGBl I 154

*Geändert:* § 132 Abs 1 S 2

*Eingefügt:* §§ 140a, 185 Abs 3

### 1998

Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzverordnung und anderer Gesetze (EGInsOÄndG) vom 19.12.1998, BGBl I 3836

*Geändert:* § 147 Abs 1

Gesetz zur Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patenanwaltsordnung und anderer Gesetze vom 31.8.1998, BGBl I 2600

*Geändert:* § 57 Abs 2

Gesetz zur Änderung der Haftungsbeschränkung in der Binnenschifffahrt vom 25.8.1998, BGBl I 2489

*Geändert:* § 148 Abs 2 S 1

Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts sowie weiterer Vorschriften (Betreuungsrechtsänderungsgesetz – BtÄndG) vom 25. 6.1998, BGBl I 1580

*Geändert:* §§ 50 Abs 5, 67 Abs 1, 68 Abs 1 S 3, 68a S 3, 69a Abs 3 S 3 und Abs 4, 69d Abs 2 S 1 und 2, Abs 3 S 1, 69e S 1, 69f Abs 1 S 1 Nr 4 S 3 und 4, 69g Abs 5 S 2, 69i Abs 1 S 2, Abs 7 S 2 und Abs 8, 70 Abs 1 S 2 Nr 1 b und Abs 5 S 2, 70b Abs 1 S 2, 70g Abs 3 S 3

*Eingefügt:* §§ 56g, 67 Abs 3, 69d Abs 3 S 5, 69g Abs 1 S 2, 70b Abs 1 S 3 und Abs 3

*Aufgehoben:* §§ 69c Abs 1, 69d Abs 1 S 2. Bisheriger § 69c Abs 2 und 3 werden Abs 1 und 2, 69d Abs 1 S 3 und 4 werden S 2 und 3, 70b Abs 3 wird Abs 4

Gesetz zur Neuregelung des Kaufmanns- und Firmenrechts und zur Änderung anderer handels- und gesellschaftsrechtlicher Vorschriften (Handelsrechtsreformgesetz – HRefG) vom 22.6.1998, BGBl I 1474

*Geändert:* §§ 125 Abs 1, Abs 2 S 1 Nr 1, 132 Abs 1 S 1

*Eingefügt:* 125 Abs 3 S 2. Bisheriger § 125 Abs 3 S 2 wird S 3

Gesetz zur Neuordnung des Eheschließungsrechts (Eheschließungsrechtsgesetz – EheschlRG) vom 4.5.1998, BGBl I 833

*Geändert:* §§ 44a Abs 1, 49 Abs 1 und Abs 2 S 2, 49a Abs 1, 52a Abs 5 S 3

Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27.4.1998, BGBl I 786

*Geändert:* § 145 Abs 1

### 1997

Zweites Gesetz zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (2. Zwangsvollstreckungsnovelle) vom 17.12.1997, BGBl I 3039

*Geändert:* § 33 Abs 3 S 5

Gesetz zur erbrechtlichen Gleichstellung nichtehelicher Kinder (Erbrechtsgleichstellungsgesetz – ErbgleichG) vom 16.12.1997, BGBl I 2968

*Geändert:* §§ 53a Abs 1 S 1, 83a

Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz – KindRG) vom 16.12.1997, BGBl I 2942

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

*Geändert:* §§ 46a, 48, 49 Abs 1 Nr 1 und 2a, 49a Abs 1, 50a Abs 2, 51, 53 Abs 1 S 2, 55b Abs 1 S 1, Abs 2 und 3, 55c, 56c Abs 1, 57 Abs 1 Nr 8, 59 Abs 1, 64 Abs 2 S 1 und Abs 3 S 1, 70 Abs 1 S 2 Nr 1a und S 3

*Eingefügt:* §§ 33 Abs 2 S 2, 49 Abs 4 S 2, 50, 50c S 2, 52, 52a, 56f Abs 2 S 2

*Aufgehoben:* §§ 43a, 55 Abs 2, 55b Abs 1 S 2, 56a, 56b, 63a. Bisheriger § 33 Abs 2 S 2 bis 5 werden S 3 bis 6, § 55b Abs 1 S 3 wird S 2

Gesetz zur Abschaffung der gesetzlichen Amtspflegschaft und Neuordnung des Rechts der Beistandschaft (BeistandschaftsG) vom 4.12.1997, BGBl I 2846

*Geändert:* §§ 35b, Abs 1 und 2, 36a S 1, 36b S 1, 37 Abs 1 S 1, 40, 43 Abs 1 und 2, 44 Ss 2, 46 Abs 3, 47 Abs 3, 48, 57 Abs 1 Nr 7, 58 Abs 1, 60 Abs 1 Nr 1 bis 3,

*Aufgehoben:* §§ 36 Abs 5, 49 Abs 1 Nr 1j

Justizmitteilungsgesetz und Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze (JuMiG) vom 18.6.1997, BGBl I 1430

*Geändert:* §§ 69l Abs 1 S 1, 70n, 147 Abs 1

*Eingefügt:* §§ 35a S 2 bis 4, 69n, 69o, 159 Abs 2

*Aufgehoben:* §§ 69k Abs 5 und 6, 69l Abs 3, 69m Abs 2

### 1996

Gesetz zur Abschaffung der Gerichtsferien vom 28.10.1998, BGBl I 1546

*Geändert:* § 194 Abs 3

*Aufgehoben:* § 10

### 1995

Gesetz zur Ausführung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 sowie des Übereinkommens vom 28. Juli 1994 zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens (Ausführungsgesetz Seerechtsübereinkommen 1982/1994) vom 6.6.1995, BGBl I 778

*Geändert:* § 160b Abs 1 S 2

### 1994

Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts (UmwBerG) vom 28.10.1994, BGBl I 3210

*Geändert:* § 132 Abs 1 S 1, 145 Abs 1

Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO) vom 5.10.1994, BGBl I 2911

*Geändert:* §§ 147 Abs 1 und Abs 5 (neu)

*Eingefügt:* § 141a, 147 Abs 2. Bisheriger § 147 Abs 2 bis 4 werden Abs 3 bis 5

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen und anderer Vorschriften über Kreditinstitute vom 28.9.1994, BGBl I 2735

*Geändert:* § 145 Abs 1

Gesetz zur Schaffung von Partnerschaftsgesellschaften und zur Änderung anderer Gesetze vom 25.7.1994, BGBl I 1744

*Geändert:* Achter Abschnitt (Überschrift)

*Eingefügt:* § 160b

Drittes Gesetz zur Durchführung versicherungsrechtlicher Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Drittes Durchführungsgesetz/EWG zum VAG) vom 21.7.1994, BGBl I 1630, ber 3134

*Geändert:* § 145 Abs 1

Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über den Jahresabschluß und den konsolidierten Abschluß von Versicherungsunternehmen (Versicherungsbilanzrichtlinien-Gesetz – VersRiLiG) vom 24.6.1994, BGBl I 1377

*Geändert:* § 132 Abs 1 S 1

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

### 1993

Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung registerrechtlicher und anderer Verfahren (Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz – RegVVBG) vom 20.12.1993, BGBl I 2182

*Geändert:* § 125 Abs 2 und 3

*Eingefügt:* § 125 Abs 4 und 5

Gesetz zur Neuordnung des Familiennamensrechts (FamNamRG) vom 16.12.1993, BGBl I 2054

*Eingefügt:* § 46a

Gesetz zur Durchführung der Elften gesellschaftsrechtlichen Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften und über Gebäudeversicherungsverhältnisse vom 22.7.1993, BGBl I 1282

*Geändert:* § 148 Abs 1

### 1992

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen und anderer Vorschriften über Kreditinstitute vom 21.12.1992, BGBl I 2211

*Geändert:* § 145 Abs 1

### 1991

Gesetz zur Durchführung der zwölften Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter vom 18.12.1991, BGBl I 2206

*Geändert:* § 144b S 1

### 1990

Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz vom 17.12.1990. BGBl I 2847

*Geändert:* § 20a Abs 1 S 2 und Abs 2

*Eingefügt:* § 27 Abs 2

Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (Bankbilanzrichtlinien-Gesetz) vom 30.11.1990, BGBl I 2570

*Geändert:* § 132 Abs 1 S 1

Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz – BtG) vom 12.9.1990, BGBl I 2002

*Geändert:* §§ 10 S 2, 13a Abs 2. Überschrift des Zweiten Abschnitts, 43, 57 Abs 1 Nr 1, 3 und 8, 97 Abs 2, 199 Abs 2 S 1

*Eingefügt:* §§ 13a Abs 3, 20a Abs 1 S 2, Überschriften I., II. und III. zum Zweiten Abschnitt (§§ 65 bis 70n)

*Aufgehoben:* §§ 38, 46a, 52, 54, 57 Abs 1 Nr 2, 60 Abs 1 Nr 5, 61, 64a bis 64i. Bisheriger § 13a Abs 3 wird Abs 4, § 50 Abs 1 wird § 35a, § 35a wird § 35b, § 50 Abs 2 wird § 74a, § 64k wird § 64

Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) vom 26.6.1990, BGBl I 1163

*Eingefügt:* §§ 49, 49a

Gesetz zur Ausführung von Sorgerechtsübereinkommen und zur Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie anderer Gesetze vom 5.4.1990, BGBl I 701

*Geändert:* § 33 Abs 1 S 2, Abs 2 S 1 und 5 (neu),

*Eingefügt:* 24 Abs 1 S 2, 33 Abs 1 S 3, Abs 2 S 1 und Abs 3 S 3 bis 5

*Aufgehoben:* § 33 Abs 2 S 4 und Abs 3 S 2, bisheriger § 33 Abs 2 S 5 und 6 werden S 4 und 5, Abs 3 S 3 wird S 6

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

### 1989

Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992 – RRG 1992) vom 18.12.1989, BGBl 2261

*Geändert:* § 53e Abs 1, Abs 2 S 1, Abs 3

### 1988

Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV-Ausführungsgesetz) vom 14.4.1988, BGBl I 514

*Geändert:* § 132 Abs 1

### 1986

Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts vom 25.7.1986, BGBl I 1142

*Geändert:* §§ 43 Abs 1, 43b, 44 S 1, 47 Abs 1 und 2, 185 Abs 2,

*Eingefügt:* 16a, 35a, 36 Abs 3, 43a Abs 1 und 3 (neu) S 3; Bisheriger § 36 Abs 3 und 4 wird Abs 4 und 5, bisheriger § 43a Abs 1 bis 3 werden Abs 2 bis 4

Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuchs und anderer Gesetze (Zweites Seerechtsänderungsgesetz) vom 25.7.1986, BGBl I 1120

*Eingefügt:* §§ 145a, 149 S 2

Gesetz zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften (UÄndG) vom 20.2.1986, BGBl I 301

*Geändert:* §§ 59 Abs 3, 60 Abs 2

*Eingefügt:* §§ 46a, 59 Abs 2, 64g Abs 1 S 2, 64k Abs 3 S 4

### 1985

Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinie-Gesetz – BiRiLiG) vom 19.12.1985, BGBl I 2355

*Geändert:* §§ 132 Abs 1 S 1, 144 Abs 2, 145 Abs 1

*Eingefügt:* § 132 Abs 1 S 2

### 1983

Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 29.3.1983, BGBl I 377

*Geändert:* § 145 Abs 1

### 1982

Gesetz zur Durchführung der Dritten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Verschmelzungsrichtlinie-Gesetz) vom 25.10.1982, BGBl I 1425

*Geändert:* § 145 Abs 1

### 1980

Gesetz zur Änderung des Gesetzes betr die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und anderer handelsrechtlicher Vorschriften vom 4.7.1980, BGBl I 836

*Geändert:* §§ 132 Abs 1, 145 Abs 1

*Eingefügt:* § 144b

Gesetz über die Prozesskostenhilfe vom 13.6.1980, BGBl I 677

*Geändert:* § 14

### 1979

Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18.7.1979, BGBl I 1061

*Geändert:* §§ 55c, 57 Abs 1 Nr 8, 59 Abs 1 S 2, 60 Abs 1 Nr 1,

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

*Eingefügt:* §§ 50 Abs 2, 50a bis 50d, 59 Abs 2, 64a bis 64i

*Aufgehoben:* §§ 55a, 57 Abs 1 Nr 4, 60 Abs 1 Nr 4, 64, 190, bisheriger § 64a wird § 64k

### 1978

Gesetz zur Durchführung der zweiten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts vom 13.12.1978, BGBl I 1959

*Geändert:* § 144a Abs 1 S 1

### 1976

Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Verfahren (Vereinfachungsnovelle) vom 3.12.1976, BGBl I 3182

*Geändert:* § 64a Abs 2 S 2

Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften (Adoptionsgesetz) vom 2.7.1976, BGBl I 1749

*Geändert:* §§ 6 Abs 1 Nr 3, 52, 53 Abs 1 S 2, 56d

*Eingefügt:* §§ 34 Abs 2, 43b, 55c, 56e, 56f

*Aufgehoben:* §§ 65–68c

Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts (1. EheRG) vom 14.6.1976, BGBl I 1421

*Geändert:* §§ 43a Abs 3, 44a Abs 1 S 1, 45 Abs 1, 53 Abs 1 S 1, 56b Abs 1, 63a

*Eingefügt:* §§ 53b bis 53g, 64a

*Aufgehoben:* §§ 44b, 57a

Gesetz über die Kaufmannseigenschaft von Land- und Forstwirten und den Ausgleichsansprüchen des Handelsvertreters vom 13.5.1976, BGBl I 1197

*Geändert:* § 126

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen vom 24. 3.1976, BGBl I 725

*Geändert:* § 145 Abs 1

### 1974

Gesetz zur Entlastung der Landgerichte und zur Vereinfachung des gerichtlichen Protokolls vom 20.12.1974, BGBl I 3651

*Geändert:* § 20a Abs 2

Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters vom 31.7.1974, BGBl I 1713

*Aufgehoben:* §§ 56, 196

Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2.3.1974, BGBl I 469

*Geändert:* §§ 24 Abs 1, 33 Abs 1 und 3, 46 Abs 1 S 2, 83 Abs 1, 132 Abs 1, 133 Abs 1, 135 Abs 2, 136, 138, 139, 140 Nr 1 und 2, 151, 159

### 1972

Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuchs und anderer Gesetze (Seerechtsänderungsgesetz) vom 21.6.1972, BGBl I 966

*Geändert:* §§ 145 Abs 1 und 2, 146 Abs 3

### 1970

Gesetz zur Änderung des Rechtspflegergesetzes, des Beurkundungsgesetzes und zur Umwandlung des Offenbarungseides in eine eidesstattliche Versicherung vom 27.6.1970, BGBl I 911

*Geändert:* §§ 33 Abs 2, 78 Abs 1 S 2, 79, 83 Abs 2, 163

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

### 1969

Beurkundungsgesetz vom 28.8.1969, BGBl I 1513

*Geändert:* §§ 34 S 2, 43a Abs 1, 66 Abs 1

*Aufgehoben:* §§ 128, 167 bis 184, 191, 198, 200 Abs 2

Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder vom 19.8.1969, BGBl I 1243

*Geändert:* §§ 36 Abs 1 S 1, 37 Abs 1 S 1, 40, 43 Abs 1 S 1, 43a Abs 1 S 1, 46 Abs 1 S 1 und Abs 3, 47 Abs 1, 2 S 1 und Abs 3, 53 Abs 1 S 2, 53a Abs 1 S 1, 55 Abs 2, 56a Abs 2, 56c (neugefasst), 57 Abs 1 Nr 6 und 7, 58 Abs 1, 60 Abs 1 Nr 1, 68a Abs 1 S 1, 191 Abs 1 S 1, 191 Abs 1

*Eingefügt:* §§ 36 Abs 4, 36a, 36b, 43a Abs 3, 55b, 56b, 57a S 2, 63a, 83a, 49, 167 Abs 2 S 2. § 56b wurde zu § 56c, 56c wurde zu 56d.

Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15.8.1969, BGBl I 1189

*Geändert:* §§ 132 Abs 1, 145 Abs 1, 146 Abs 2 S 2

Gesetz zur Durchführung der Ersten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts vom 15.8.1969, BGBl I 1146

*Eingefügt:* § 144a

### 1967

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 8.2.1967, BGBl I 502

*Nichtig:* § 6 Abs 2 S 2

### 1965

Einführungsgesetz zum Aktiengesetz vom 6.9.1965, BGBl I 1185

*Geändert:* §§ 132 Abs 1, 144 Abs 1 S 1, 145 Abs 1, 146 Abs 2 und 3

Gesetz über den Fristablauf am Sonnabend vom 10.8.1965, BGB. I 753

*Geändert:* § 17 Abs 2

### 1964

Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5.8.1964, BGBl I 593

*Eingefügt:* § 160a

### 1961

Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) vom 11.8.1961, BGBl I 1221

*Geändert:* §§ 36 Abs 2, 65, 66 Abs 2, 67, 68, 73 Abs 2

*Eingefügt:* §§ 43a, 44a, 44b, 55a, 56a bis 56c, 68a bis 68c

*Aufgehoben:* § 66a

### 1957

Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26.7.1957, BGBl I 861

*Eingefügt:* § 13a

Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) vom 18.6.1957, BGBl I 609

*Geändert:* §§ 43 Abs 2, 44, 45, 48, 50, 51, 53, 57 Abs 1, 58 Abs 2, 60 Abs 1 Nr 1, 99

*Eingefügt:* §§ 53a, 57a

Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes vom 18.5.1957, BGBl I 518

*Geändert:* § 167 Abs 2 S 2



## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

### 1956

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 7.8.1956, BGBl I 707

*Geändert:* § 145 Abs 1

### 1953

Gesetz über die Kaufmannseigenschaft von Handwerkern vom 31.3.1953 BGBl I 106

*Geändert:* § 126

### 1950

Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts vom 12.9.1950, BGBl 455

*Geändert:* §§ 15 Abs 1 S 1, 199 Abs 2 S 2

*Eingefügt:* § 20a

### 1948

VO über die Annahme an Kindes Statt (Britische Zone) vom 12.3.1948, VOBIBZ 71

*Geändert:* §§ 67, 68

*Aufgehoben:* § 66a

### 1940

VO zur Durchführung des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 21.12.1940, RGBl I 1609

*Geändert:* § 54 Abs 2

*Aufgehoben:* §§ 100 bis 124

### 1937

Erste Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 29.9.1937, RGBl I 1026

*Aufgehoben:* § 131

VO zur Änderung und Ergänzung des § 125 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 10.8.1937, RGBl I 900

*Geändert:* § 125

*Eingefügt:* § 125a

Gesetz über die Eintragung von Handelsniederlassungen und das Verfahren in Handelsregister-sachen vom 10.8.1937, RGBl I 897

*Geändert:* § 126

Einführungsgesetz zum Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30.1.1937, RGBl I 166

*Geändert:* §§ 132 Abs 1, 144 Abs 1 S 1, 145 Abs 1, 146 Abs 3

### 1935

VO zur Änderung des Verfahrens in Grundbuchsachen vom 5.8.1935, RGBl I 1065

*Geändert:* § 33

### 1934

Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit und anderer Rechtsangelegenheiten in der Wehrmacht vom 24.4.1934, RGBl I 335, ber 352

*Aufgehoben:* § 184

## Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften

1933

Gesetz gegen Missbräuche bei der Eheschließung und der Annahme an Kindes Statt vom 23.11.1933, RGBI I 1979

*Geändert:* §§ 67, 68

*Eingefügt:* § 66a

1927

VO über die Abänderung des Wortlauts verschiedener Gesetze und Verordnungen aus Anlaß des Fortfalls der Bezeichnung „Gerichtsschreiberei“ und „Gerichtsschreiber“ vom 30.11.1927, RGBI I 334

*Geändert:* § 31

1923

Jugendgerichtsgesetz vom 16.2.1923, RGBI I 135

*Eingefügt:* § 46 Abs 1 S 2

1922

Gesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege vom 11.7.1922, RGBI I 573

*Geändert:* § 6 Abs 1 Nr 2

1910

Gesetz betr die Zuständigkeit des Reichsgerichts vom 22.5.1910, RGBI 767

*Geändert:* §§ 5 Abs 1 S 1, 46 Abs 2 S 1

1906

Gesetz betr Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 5.3.1906, RGBI 387

*Eingefügt:* § 3 Abs 2

## KOMMENTAR

### Einleitung

#### Literatur

*Arnold* Der Kommissionsentwurf einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, Rpfleger 1979, 161 u 241; *ders* Zum Kommissionsentwurf einer Verfahrensordnung für die freiwillige Gerichtsbarkeit, DRiZ 1980, 321; *Bader* Zur Geschichte der Vormundschaft, FS zum 50-jährigen Bestehen der Vereinigung schweizerischer Amtsvormünder, Zürich 1963, 9 ff; *Blaesing* L'Allegement des taches du juge par le Rechtspfleger, Diss Bordeaux I, 1972; *ders* Die Anwendbarkeit des deutschen Rechtspflegermodells in Frankreich, RpfBl 1973, 51; *Böhringer/Hintzen* Lasst das Bayerische Oberste Landesgericht bestehen, Rpfleger 2004, 189; *Bork* Die Erneuerung der Freiwilligen Gerichtsbarkeit aus deutscher Sicht, ZZP 117, 399; *Bosch* Familiengerichtsbarkeit – Bewährung und weiterer Ausbau?, FamRZ 1980, 1; *Bumiller* Zur Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Rpfleger 1973, 3; *Denk* Das Grundbuchverfahren in den französischen Departements Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle und das deutsche Grundbuchverfahren, BWNotZ 1976, 153; *Dichgans* Zur Rechtsnatur des mitteldeutschen Regimes, NJW 1966, 2255; *Döring* Freiwillige Gerichtsbarkeit, in HRG (Bd I 1971) S 1252; *Dolkowska/Teichmann/Angermann* Immobilienerwerb und neues Grundbuchverfahren in Polen, NotBZ 2005, 393; *Eickmann* Allgemeine Lehren des Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit und ihre Anwendung im Grundbuchverfahren, in Beiträgen zum Familienrecht und zur Freiwilligen Gerichtsbarkeit für Hans Winter zum 60. Geburtstag, Publikationen der FHVR Berlin 1982 Nr 35, Europäische Union der Rechtspfleger (*EUR*), Rechtsstellung und Aufgaben des Rechtspflegers/Greffiers – Vergleichsstudie, 3. Aufl 2001; *Firsching* Zum Entwurf einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, FS für Beitzke, 1979; *Flik* Der Wert der freiwilligen Gerichtsbarkeit für die Rechtssuchenden, RpfStud 2006, 65; *ders* Die notarielle Beurkundung – Zweck und Rechtswirklichkeit, Diss Dresden 2003; *Flotho* Neue Impulse für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, Vergleiche mit dem Recht der ehemaligen DDR, Rpfleger 1993, 481; *Fröblich/Grimml/Spät/Wittmann* Das Grundbuch in Polen, RpfStud 2000, 119; *Frohn* Übertragung von Aufgaben der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf außergerichtliche Institutionen? Rpfleger 1993, 265; *ders* Wieder ein Angriff auf das gerichtliche Nachlassverfahren, Rpfleger 2006, 178; *Gustavus* Handelsregister – quo vadis? GmbHR 1987, 253; *ders* Sollte das Handelsregister von Industrie- und Handelskammern geführt werden? BlnAnwBl 1992, 149; *Habscheid* Procédure en matière gracieuse und Freiwillige Gerichtsbarkeit, ZZP 91 S 267; *Harm* Die freiwillige Gerichtsbarkeit. Eine Standortbestimmung vor der Reform, RpfBl 2003, 3; *Hähnlein* Der Vorbescheid im Erkenntnisverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Diss Münster, 1990; *Hennig* Gesetz über das Verfahren des staatlichen Notariats, NJ 1956, 723; *Hirsch* Was bedeutet sozialistische Gesetzlichkeit? JZ 1962, 149; *Kerwer* Bericht über die Diskussion zum Thema „Die Erneuerung der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Außerstreitverfahren) aus deutscher, österreichischer und schweizerischer Sicht“, ZZP 117, 445; *Kissel* Der Rechtspfleger im Wandel der Zeiten, Rpfleger 1984, 445; *Klässel* Stellungnahme zu dem Entwurf einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, Der Justizbeamte 1979, 10; *Klüsener/Rausch/Walter* Richtervorbehalt in Nachlasssachen noch sachgerecht?, Rpfleger 2001, 215; *König* Probleme eines „Allgemeinen Teils einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, ZZP 1980, 312; *Kollhoser* Entwicklungstendenzen im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, FamRZ 1970, 235; *ders* Zur Problematik eines „Allgemeinen Teils“ in einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, ZZP 1980, 265; *Kunath* Aus der Tätigkeit der staatlichen Notariate, NJ 1953, 462; *Kuntze* Referentenentwurf eines FGG-Reformgesetzes, FGPrax 2005, 185; *Lorbacher* Das BayObLG in der Auflösungsphase, Rpfleger 2006, 119; *Lukoschek* Der Umgang mit dem Vorbescheid, ZEV 1999, 1; *Martiny* Nichtstreitige Verfahren in Frankreich (Ein Vergleich der freiwilligen Gerichtsbar-

keit mit der *procédure en matière gracieuse* und dem Verfahren des „juge des tutelles“), Diss München 1976; *Meyer-Seitz/Kröger/Heiter* Auf dem Weg zu einem modernen Familienverfahrensrecht – die familienverfahrensrechtlichen Regelungen im Entwurf eines FamFG, FamRZ 2005 1430; *Ott* Freiwillige Gerichtsbarkeit in Europa – Ökonomische Analysen und Perspektiven, notar 2003, 159; *Pfeuffer* Zur Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Rpfleger 1973, 233; *Reiß* Rechtspfleger, Griffiger und Clerk to the Justices, RpfBl 1973, 58; *Roggemann* Entwicklungstendenzen in der Zivilrechtspflege der „DDR“ und der Einfluss des sowjetrussischen Rechts, JR 1966, 201; 1967, 9; *Rosenthal* Gerichtsverfassung in der DDR, ROW 1963, 112; *Schaumann* Schriften zur Rechtslage des zweigeteilten Staates, JZ 1961, 315; *Schneider* Vorbescheid in jedem Fall? RpfStud 2004, 169; *von Schuckmann* Der Vorbescheid in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Beiträgen zum Familienrecht und zur Freiwilligen Gerichtsbarkeit für Hans Winter zum 60. Geburtstag, Publikationen der FHVR Berlin Nr 35; *ders* Das Registerverfahrenbeschleunigungsgesetz – Eine verpasste Gelegenheit zur Grundbuchreform, RpfStud 1997, 97; *ders* Noch eine Reform? Erste Schritte auf dem Weg zu einem neuen FGG, RpfStud 2002, 169; *Schulz* Das Notariat in der Sowjetzone, DNotZ 1965, 275; *Stein* Ist die „DDR“ ein Staat? AcP Bd 85 1961, S 363 ff; *Steffen* Entwurf einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, RdL 1979,1; *Szostak* Rettung und Rettungsrecht in der SBZ, JR 1960, 208; *Szorc* Die Gerichtsbarkeit in Polen unter Berücksichtigung des Rechtspflegers, RpfStud 1998, 173; *Tiivel* Das Grundbuch im Estland, RpfStud 2001, 65; *Türke* Staat, Verfassung und Verwaltung in der DDR, VerwArch Bd 51 1960, 283–315; *Wacke* Zur Geschichte der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, DNotZ 1988, 732; *Walther* Die aktuelle Situation der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach schweizerischem Recht, ZZP 117, 421; *Weike* Möglichkeiten des erweiterten Einsatzes von Rechtspflegern in der Republik Estland, RpfStud 2002, 39; *ders* Situation des Grundbuchrechts in Bosnien und Herzegowina, RpfStud 2003, 139; *Winkler* Der Entwurf einer Verfahrensordnung für die freiwillige Gerichtsbarkeit, DNotZ 1979, 452; *Winter* Die Beweisaufnahme im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, JurA 1971, 113; *Zimmermann* Das Kodifikationsprinzip bei der Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Rpfleger 1982, 85.

Übersicht

|  | Rdn |   | Rdn |
|--|-----|---|-----|
| <b>I. Ursprung der freiwilligen Gerichtsbarkeit</b>  |     | <b>VI. Besondere Fälle</b>  | 31  |
| 1. Wortprägung   | 1   | 1. Ehemalige deutsche Schutz- und Pachtgebiete                              | 31  |
| 2. Begriff   | 2   | 2. Konsulargerichtsbarkeit  | 32  |
| <b>II. Entstehung des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit</b> | 3   | 3. Konsularisches Notariat  | 33  |
| 1. Entwicklung und Veränderung der Verhältnisse  | 3   | 4. Militärgerichtsbarkeit   | 37  |
| 2. Saarland  | 10  | <b>VII. Reformvorhaben</b>  | 38  |
| <b>III. Rechtsentwicklung in der ehemaligen DDR und dem ehemaligen Ostsektor Berlins</b>           | 13  | 1. Planung seit 1937  | 38  |
| 1. Gerichtsverfassung  | 13  | 2. Ziele einer Verfahrensordnung für die freiwillige Gerichtsbarkeit (FrGO) | 39  |
| 2. Freiwillige Gerichtsbarkeit   | 14  | 3. Praxistest   | 47  |
| a) Gerichte  | 15  | 4. Justizreform   | 59  |
| b) Verwaltungsbehörden   | 16  | 5. Problemerkatalog   | 61  |
| c) Staatliche Notariate  | 17  | 6. Referentenentwurf  | 63  |
| 3. Wiedereinführung des FGG  | 18  | 7. Leitlinien des Entwurfs  | 67  |
| <b>IV. Das Verhältnis des FGG zum Reichsrecht/Bundesrecht</b>                                      | 19  | 8. Kritik   | 69  |
| <b>V. Landesrecht</b>  | 24  | 9. Der Gesetzentwurf sieht fünf Bücher vor                                  | 71  |
| 1. Landesgesetze   | 24  | <b>VIII. Inhaltsübersicht des Refe FamFG</b>                                | 72  |
| 2. Preußisches FGG   | 25  | <b>IX. Änderungen des FGG noch vor der Reform</b>                           | 627 |
| 3. Auflösung Preußens  | 29  | <b>X. Ausgliederung von Aufgaben aus der Justiz</b>                         | 632 |
| 4. Gebiete früherer deutscher Gerichtsbarkeit  | 30  | 1. Bestrebungen seit 1991   | 632 |
|  |     | 2. Nachlasssachen   | 635 |
|  |     | 3. Handelsregister  | 637 |
|  |     | 4. Grundbuch  | 638 |

|   | Rdn |                                  | Rdn |
|---|-----|----------------------------------|-----|
| XI. Aufhebung des BayOBLG . . . . .   | 642 | 2. Frankreich . . . . .          | 649 |
| XII. Verlagerung von Aufgaben der Richter/<br>Staatsanwälte auf den Rechtspfleger . . . | 643 | 3. Österreich . . . . .          | 650 |
| XIII. Reformen der freiwilligen Gerichts-<br>barkeit in Europa . . . . .                | 648 | 4. Schweiz . . . . .             | 651 |
| 1. Freiwillige Gerichtsbarkeit als Aus-<br>übung hoheitlicher Gewalt . . . . .          | 648 | 5. Estland . . . . .             | 652 |
|   |     | 6. Polen . . . . .               | 653 |
|   |     | 7. Bosnien-Herzegowina . . . . . | 654 |

## I. Ursprung der freiwilligen Gerichtsbarkeit

### 1. Wortprägung

„Die einer begnadeten Eingebung entsprungene Wortprägung hat Geschichte gemacht.“<sup>1</sup> Mit diesem Satz beschließt *Wacke*<sup>1</sup> seine Darstellung über den Grundbegriff Freiwillige Gerichtsbarkeit. Er ist aus dem römischen Recht übernommen und lehnübersetzt worden aus dem Latein unter der Bezeichnung *jurisdictio voluntaria* oder frz. *jurisdiction gracieuse*.<sup>2</sup> Wörtlich befindet sich die Unterscheidung zwischen streitiger und nichtstreitiger Gerichtsbarkeit nur in den *Digesten*<sup>3</sup> bei dem Spätklassiker *Marcian*. Zur nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zählte er die Emanzipation von Hauskindern, Sklavenfreilassung und Adoption. Später rechnete man dazu auch die Bestellung von Kuratoren für Pflegekinder, die Kontrolle und etwaige Abberufung unzuverlässiger Vormünder, die Genehmigungspflicht für den Alimentenvergleich, die Einweisung in den Erbschaftsbesitz, die Testamentseröffnung und das öffentliche Urkundenwesen.<sup>4</sup> Vom 12. Jahrhundert an ging man dazu über, Grundstücksübereignungen und Verpfändungen zur Verlautbarung in die behördlich angelegten Kauf-, Pfand- und Schuldbücher einzutragen. Die Eintragungen erlangten volle Beweiskraft und genossen öffentlichen Glauben.<sup>5</sup> Gegen Ende des Mittelalters war die gesamte Rechtsvorsorge eine Angelegenheit des Landesherrn. So wurden die landesherrliche Gerichtsbarkeit und die Stadt-, Guts- und Dorferichte im Bereich der Freiwilligen Gerichtsbarkeit tätig. In Preußen wurde allerdings den Dorferichten durch die Allgemeine Gerichtsordnung (AGO) II, 2 § 8 diese Kompetenz fast ganz entzogen.<sup>6</sup> Daneben betätigten sich auch das Lehnsgeschicht, die kirchliche Gerichtsbarkeit und andere Sondergerichte im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit.<sup>7</sup> Die Erarbeitung eines besonderen Verfahrensrechts für die Freiwillige Gerichtsbarkeit ging nur langsam voran.<sup>8</sup> Erst die preußische AGO II 1–6 brachte wenigstens eine Teillösung. Die Rechtswissenschaft widmete sich dieser Materie nur im geringeren Maße.<sup>9</sup> Für das Grundbuchwesen wurde das Edikt vom 28.9.1693 in Preußen eingeführt. Später wurde dann die preußische Hypothekenordnung vom 20.12.1783 in fast allen Landesteilen eingeführt. Im 20. Jahrhundert hat der Gesetzgeber der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht nur Angelegenheiten nichtstreitiger Art zugewiesen sondern auch Angelegenheiten der verschiedensten Art, wenn ihm für eine bestimmte Materie das bewegliche, dem Richter große Freiheit einräumende, Verfahren angemessener erschien als der Zivilprozess.<sup>10</sup>

<sup>1</sup> *Wacke* DNotZ 1988, 732, 750.

<sup>2</sup> *Wacke* DNotZ 1988, 732, 750.

<sup>3</sup> D. 1. 16, 2 pr. zitiert bei *Wacke* ebd S 733  
Fn 7.

<sup>4</sup> *Wacke* DNotZ 1988, 743–745; *Döbring* HRG  
(Bd 1, 1971) Sp 1252 mwN Sp 1262.

<sup>5</sup> *Döbring* HRG Bd. 1, 1971, Sp 1255.

<sup>6</sup> *Döbring* ebd Sp 1256.

<sup>7</sup> *Döbring* ebd Sp 1257.

<sup>8</sup> *Döbring* ebd Sp 1259.

<sup>9</sup> *Döbring* ebd Sp 1260.

<sup>10</sup> *Döbring* ebd Sp 1261.

## 2. Begriff

- 2** Der Begriff der „freiwilligen Gerichtsbarkeit“ ist im FGG ebenso wenig definiert worden<sup>11</sup> wie der Begriff der streitigen Gerichtsbarkeit in der ZPO. Angesichts der vielen Amtsverfahren, für die das FGG anwendbar ist, kann von Freiwilligkeit keine Rede sein. Auch die Auslegung, diese Verfahren als nichtstreitige Verfahren zu bezeichnen entsprechend den österreichischen „Außerstreitsachen“ führt nicht weiter, wenn man nur an die besonders streitigen Verfahren nach der HausratsVO oder nach § 43 WEG denkt. Die Zuordnung einzelner Verfahren zur freiwilligen Gerichtsbarkeit erscheint zunächst beliebig und willkürlich.<sup>12</sup> *Flik* meint, es müsse doch übergeordnete Gesichtspunkte geben, die das Abweichen von Verfahrensgrundsätzen der ZPO rechtfertigen könnten. Möglicherweise könnte die Entscheidung mit dem Regelwerk des FGG schonender, unmittelbarer, einfacher, kostengünstiger und passgenauer vorbereitet und durchgeführt werden als mit den Regeln der ZPO.<sup>13</sup> Er schlägt deshalb vor, vor der Novellierung von Verfahrensgesetzen eine Qualitätsprüfung nach den Regeln der Betriebswirtschaftslehre bei ZPO und FGG durch eine Systemprüfung und eine Funktionsprüfung vorzunehmen.<sup>14</sup> *Flik* kann dabei auf seine Untersuchungen zur Tätigkeit der Notare verweisen.<sup>15</sup>

## II. Entstehung des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

### 1. Entwicklung und Veränderung der Verhältnisse

- 3** Von alters her sind in Deutschland den Gerichten gewisse Gegenstände zugewiesen worden, die keine Prozesse und doch auch keine reinen Verwaltungsangelegenheiten darstellen und demgemäß von den Gerichten nicht als Organen der Verwaltung, sondern als solchen der Rechtspflege und deshalb in Formen geordneter Justizausübung erledigt werden. Gemeinrechtlich fasste man diese – in sich sehr verschieden gearteten Sachen – unter dem Begriff der **Extrajudizialien** zusammen. Das vorliegende Gesetz nennt sie „Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“, wengleich zahlreiche Tätigkeiten hierher gehören, die durchaus nicht das Wesen der Freiwilligkeit in sich tragen, wie zB das Vormundchaftswesen. Entgegen einer auch jüngst wieder in Erscheinung getretenen Strömung, welche alle diese Gegenstände den Gerichten abgenommen wissen will, hat die Gesetzgebung die Zuständigkeit der Gerichte vielmehr bestätigt und noch weiter ausgedehnt. Das BGB ist dieser Anschauung gefolgt.
- 4** Mit der einheitlichen Regelung des sachlichen Rechts ergab sich die Notwendigkeit, auch an ein einheitliches Verfahren in diesen Angelegenheiten zu denken, zumal auf diesem Gebiet sachliches Recht und Verfahren besonders eng miteinander zusammenhängen und das BGB einzelne Vorschriften über das Verfahren bereits selbst in sich aufgenommen hat. Deshalb hatte man schon in den verschiedenen Abschnitten der Beratung des BGB<sup>16</sup> sowie des HGB<sup>17</sup> ein Gesetz wegen des Verfahrens in den Extrajudizialsachen in

<sup>11</sup> Vgl hierzu *Nussbaum; Siehr; Flik* RpfStud 2006, 65; *Harm* RpfBl 2003, 3.

<sup>12</sup> *Flik* aaO.

<sup>13</sup> *Ders* aaO.

<sup>14</sup> *Ders* aaO.

<sup>15</sup> *Flik* Diss S 65 ff.

<sup>16</sup> Vgl Entwurf I BGB Anm zum Text des

Familienrechts (Amtliche Ausgabe 279); Entwurf II in Gruchots Beitr, Beilagehefte, betr den Entwurf d BGB, 5 Anm 1 und von *Jecklin* ebd 35, 836; Drucksachen des Reichstags 1895/97, D zu Nr 87 Einl 4.

<sup>17</sup> Drucksachen aaO, D zu Nr 362 Vorbem 4.

## II. Entstehung des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit **Einl**

Aussicht genommen, bald mit weitergehenden, bald mit enger begrenzten Vorstellungen über seinen Umfang, und das EGBGB (Art 1) machte das Inkrafttreten des BGB von dem Erlass eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit abhängig.

Das FGG hat den Kreis der zu regelnden Angelegenheiten möglichst weit gezogen, seine kodifizierende Natur gegenüber dem Landesrecht dagegen möglichst eng begrenzt (siehe unten zu III). Der Entwurf des Gesetzes wurde mit einer erläuternden **Denkschrift** unter dem 26.11.1897 dem Reichstag vorgelegt.<sup>18</sup> Die erste Lesung fand am 3.12.1897<sup>19</sup>, die zweite nach voraufgegangener Kommissionsberatung<sup>20</sup> am 15.2.1898, die dritte am 8. und 10.3.1898 statt.<sup>21</sup> Nach Zustimmung des Bundesrates wurde der Entwurf als Gesetz vom 17.5.1898 in Nr 21 des RGBl verkündet. Gleichzeitig hiermit hatte einer Reihe anderer, in dem Gesetz angeführter Reichsgesetze, namentlich die ZPO, das GenG, das GmbHG und das BinSchG eine neue Paragraphierung erhalten. Um die Hinweise des Gesetzes mit der Paragraphierung in Einklang zu bringen, wurde der Reichskanzler durch G vom 17.5.1898 zur Herstellung eines neuen Gesetzestextes ermächtigt. Der neue Text ist vom 20.5.1898 und in Nr 25 des RGBl bekannt gemacht.

Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Gesetzes hatte der Reichstag beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

- a) das **Kostenwesen** in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit grundsätzlich einheitlich zu gestalten
- b) einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das **Notariatswesen** tunlichst einheitlich ordnet.

Diese Beschlüsse haben Jahrzehnte keine Folgen gehabt. Erst die **KostO** vom 25.11.1935 (RGBl I 1371) brachte eine einheitliche Regelung des Kostenwesens der Gerichte und Notare. Für die Gebühren der Rechtsanwälte in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit blieb im wesentlichen weiter das Landesrecht maßgebend, bis die **BRAGO** vom 26.7.1957 (BGBl I S 907) auch diese Materie in den §§ 63, 64, 112, 118, 120 bundeseinheitlich ordnete. Auf dem Gebiete des Notariatswesens brachte die **RNotO** vom 13.2.1937 (RGBl I S 191), jetzt idF der **BNotO**, eine gewisse Rechtseinheit, die allerdings durch Ausnahmen zu Gunsten des Anwaltsnotariats und des Behördennotariats durchbrochen ist.

Das Gesetz hat vielfach **Veränderungen** erfahren, auf welche im Verzeichnis der Änderungsgesetze und geänderten Vorschriften sowie im Text an zutreffender Stelle verwiesen wird, und nicht unerheblich an Bedeutung dadurch gewonnen, dass zahlreiche **neue Gesetze** seine Anwendung auf weitere Verfahren anordneten.

Nach dem Zusammenbruch des Reiches im Zweiten Weltkrieg hatte sich beim Fehlen einer Regierung und gesetzgebender Organe des Reiches neben den in erster Linie maßgebenden Gesetzen, Ordnungen und sonstigen Anordnungen der von den Besatzungsmächten eingesetzten Organe, wie des Kontrollrats für ganz Deutschland, der Militärregierungen für einzelne Zonen ua, eine umfassende, auch zonenmäßige **Rechtsetzung der deutschen Länder** entwickelt, die entgegen dem bis dahin anerkannten Grundsatz: Reichsrecht bricht Landesrecht (vgl Art 55 EGBGB), unter Beschränkung der Wirkung auf ihr Gebiet auch reichsrechtliche Bestimmungen abändern und aufheben konnten. Diese Vorschriften sind ebenso wie die das Verfahren beschränkenden Bestimmungen der Kriegsgesetzgebung durch das Rechtseinheitsgesetz vom 12.9.1950 (BGBl S 455) Art 8

<sup>18</sup> Drucksachen des Reichstags 1897/98 Nr 21.

<sup>19</sup> Sten B von 1897/98 14–24.

<sup>20</sup> Drucksachen aaO, 100.

<sup>21</sup> Sten B aaO 1060f, 1402–1407, 1442–1460, dazu die Abänderungsanträge Nr 149 der Drucksachen.

und Art 7 Berliner Rechtseinheitsgesetz vom 9.1.1951 (VOBl I 91) aufgehoben worden, von einigen in der Nachkriegszeit in der ehemals französischen und der britischen Zone erlassenen Einzelvorschriften abgesehen, die insbesondere die Ersatzzuständigkeit des Amtsgerichts Berlin betrafen. Im Übrigen vgl VoraufI Rn 7–12.

## 2. Saarland

- 10** Im Saarland galt das FGG zunächst mit einer Ausnahme in derselben Fassung wie im übrigen Bundesgebiet. Durch Art 4 Abs 1 Nr 1 bis 3 Rechtsangleichungsgesetz vom 22.12.1956 (ABl 1667) wurde das Gesetz durch Änderung des § 15 Abs 1 und des § 199 Abs 2 sowie durch Einfügung des § 20a der im übrigen Bundesgebiet auf Grund des Art 5 REinhG vom 12.9.1950 (BGBl S 455) geltenden Fassung angepasst. § 13a FGG wurde im Saarland durch das Gesetz Nr 637 vom 18.6.1958 (ABl Saar 1039) eingeführt. Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland vom 30.6.1959 (BGBl S 313) – EinfG – bestimmte in § 1 als Grundsatz, dass mit dem Ende der Übergangszeit nach Art 3 des Vertrages vom 27.10.1956 (BGBl II S 1587) im Saarland das im gesamten übrigen Bundesgebiet geltende Bundesrecht in Kraft tritt, so weit nicht etwas anderes bestimmt wird. Unberührt blieben das während der Übergangszeit und das durch besondere Regelung mit dem Ende der Übergangszeit für das Saarland gesetzte Bundesrecht. Entgegenstehendes Recht trat außer Kraft. Die Beendigung der Übergangszeit ist nach der Bekanntmachung vom 30.6.1959 (BGBl S 401) auf den 5.7.1959, 24:00 Uhr, festgesetzt worden.<sup>22</sup>
- 11** Die im Saarland geltende Fassung des FGG wurde hierdurch nicht unmittelbar berührt, da das FGG schon vordem der im übrigen Bundesgebiet geltenden Fassung angepasst worden war. Die **Abweichungen** im Adoptionsrecht (§§ 66a, 67, 68 FGG), die durch das Familienrechtsanpassungsgesetz vom 27.1.1951 (ABl Saar S 23) eingeführt worden waren galten zunächst als partielles Bundesrecht fort, da insoweit das FGG nicht im gesamten übrigen Bundesgebiet einheitlich galt, sind aber inzwischen infolge Änderung des Dritten Abschnitts des FGG durch Art 4 Nr 6 bis 10 FamRÄndG vom 11.8.1961 (BGBl S 1221) beseitigt worden.
- 12** Wegen der Abweichungen durch Überleitungs- und Anpassungsvorschriften für die Geltung von Gesetzen, die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit regeln, vgl VoraufI.

## III. Rechtsentwicklung in der ehem DDR und im ehem Ostsektor Berlins

### 1. Gerichtsverfassung

- 13** Die Rechtsentwicklung in dem Teilgebiet Deutschlands, welches die sowjetisch besetzte Zone bildete und auf welchem sich die DDR mit der Verfassung vom 7.10.1949 und 6.4.1968 (GBl DDR I S 199) konstituiert hatte, sowie im ehemals sowjetisch besetzten Sektor Berlins stand im Zeichen einer fortschreitenden Rezeption des sowjetischen Rechts.<sup>23</sup> Näheres vgl VoraufI Einleitung Rn 33.

<sup>22</sup> Vgl dazu *Widhofer* Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland, 1960.

<sup>23</sup> S insbes *Türke* VerwArch Bd 51 1960, S 283–315; *Mampel* Die Verfassung der SBZ,

1962; *Münch* Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reichs, der BRD und der DDR, 1968; *Stein* AcP Bd 85 1961, S 363–391; *Dichgans* NJW 1966, 2255; *Scheuner*



## 2. Freiwillige Gerichtsbarkeit

Die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit waren in weitem Umfange den Gerichten entzogen worden und teils auf staatliche Notariate, teils auf Verwaltungsbehörden übertragen worden, abgesehen von einigen Ausnahmen zu Gunsten der Gerichte. Hierzu war die VO über die Übertragung der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 15.10.1952 (GBl DDR S 1057), in Berlin (Ost) die Verordnung vom 19.3.1953 (VOBl I S 99) – FGVO –, (abgedr in der Voraufll unter D III) erlassen worden.

Danach ist die **Zuständigkeit** wie folgt geregelt gewesen:

- a) Die **Gerichte** waren nach § Nr 2 und 4 FGVO zuständig für das Verfahren nach der Stundungsverordnung vom 4.7.1946 (ZVOBl S 78) und das Todeserklärungsverfahren sowie die Prozessgerichte in einigen familienrechtlichen Angelegenheiten. 15
- b) **Verwaltungsbehörden** waren zuständig für 16
  - aa) die Grundbuchführung,
  - bb) die gerichtlichen Aufgaben bei der Dispache,
  - cc) die Schiffsregisterführung
  - dd) die Vereinsregisterführung
  - ee) die Geschmacksmusterregisterführung
  - ff) die Genossenschaftsregisterführung
  - gg) die Handelsregisterführung
- c) **Staatliche Notariate** waren nach § 2 G ü d Verfahren des Staatlichen Notariats (Not-VerfO) zuständig für Beurkundungen und Beglaubigungen, für Nachlasssachen und alle im Zusammenhang mit der Errichtung, Verwahrung und Eröffnung eines Testaments oder Erbvertrages stehenden Angelegenheiten, für Vormundschaften und Pflegschaften im Interesse Volljähriger, für Hinterlegungen und Verwahrungen, für die Abnahme des Offenbarungseides außerhalb der ZPO, für die Entgegennahme von Erklärungen über den Austritt aus der Religionsgemeinschaft, für die Verwahrung der Akten, Bücher und Urkunden eines Notars, für die Aufnahme von Wechsel- u Scheckprotesten, für die Ersetzung zerstörter oder abhanden gekommener notarieller Urkunden, für die Bestellung von Verwahrern und Sachverständigen, für die Erteilung weiterer vollstreckbarer Ausfertigungen notarieller Urkunden sowie für alle anderen Handlungen, die dem Notar gesetzlich zugewiesen waren.<sup>24</sup> 17

## 3. Wiedereinführung des FGG

Das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit war nicht förmlich aufgehoben worden. § 91 Abs 4 NotVerfO bestimmte jedoch, dass es von staatlichen und freiberuflichen Notaren nicht mehr anzuwenden war. Das Gesetz war mithin in gewissem Umfang noch die Grundlage für das Verfahren der mit Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit befassten Verwaltungsbehörden, soweit die FGVO nicht Abweichendes bestimmt hatte. Vorschriften über die Tätigkeit von Ortsgerichten waren 18

---

Die Rechtslage im geteilten Deutschland, 1960; *Schaumann* JZ 1961, 315; *Doehring* Die Teilung Deutschlands als Problem des völker- und staatsrechtlichen Fremdenrechts, 1968; *Szostak* JR 1960, 208; *Hirsch* JZ 1962, 149; *Rosenthal* Die Justiz in der Sowjetzone,

1962; *Roggemann* JR 1966, 201; 1967, 9; *Mampel* Der Sowjetsektor von Berlin, 1963; *Rosenthal* ROW 1963, 112.

<sup>24</sup> *Kunath* NJ 1953, 462; *Hennig* NJ 1956, 723; *Schulz* DNotZ 1965, 275.

durch die Anordnung vom 15.7.1954 (GBl DDR 629) aufgehoben worden. Auf Grund des Einigungsvertrages gilt das FGG seit dem 3.10.1990 wieder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einschl Berlin Ost. Die Einführung erfolgte mit den Maßgaben der Anlage 1 B Kapitel. III Nr 13 Unterabschnitt IV Nr 3d. Die Aufgaben der Verwaltungsbehörden wurden wieder auf die Gerichte zurückgeführt. An Stelle der Staatlichen Notariate traten die Notare in eigener Praxis und in Nachlasssachen die Gerichte.

#### IV. Das Verhältnis des FGG zum Reichsrecht/Bundesrecht

- 19** Während das BGB das gesamte Landesprivatrecht außer Kraft gesetzt hat, soweit nicht Vorbehalte zu seinen Gunsten gemacht wurden, gibt das FGG dem **Landesrecht** die Befugnis zum Erlass von **Ergänzungs- und Ausführungsvorschriften** (§ 200). Es regelt nur eine Reihe von Punkten; die **nicht geregelten** Punkte können durch Landesgesetz geordnet werden. Hierfür kommt namentlich in Betracht: die Form der gerichtlichen Protokolle bei anderen Handlungen als der Beurkundung von Rechtsgeschäften (Erbeslegitimationen, Zeugenvernehmungen und dergl). Diese Gegenstände sind im Gesetz überhaupt nicht geregelt und deshalb allgemein dem Landesrecht überlassen. Bei Fragen, welche im Gesetz geregelt sind, kommt es darauf an, ob die **Regelung** nach dem Sinn und Zusammenhang der Vorschriften als **erschöpfend** anzusehen ist oder nicht. Ist die Regelung als erschöpfend gedacht, wie zB bei der örtlichen Zuständigkeit der Vormundschaftsgerichte (§§ 36 bis 45), dann sind ergänzende Bestimmungen durch das Landesrecht unzulässig; etwaige Lücken müssen vielmehr aus dem Sinn und Geist des Reichs/Bundesrechts ergänzt werden. Diesem Falle steht es auch gleich, wenn eine Frage im Gesetz zwar keine ausdrückliche Entscheidung gefunden hat, wenn aber aus dem Sinn und Zusammenhang sich ergibt, dass das Reichs/Bundesrechts die Frage in bestimmten Sinne hat entschieden sehen wollen, wie zB beim Grundsatz der freien Beweiswürdigung, welcher dem Gesetz, wenn auch unausgesprochen, zugrunde liegt. Hier darf das Landesrecht den Gerichten keine Beweisregeln vorschreiben.
- 20** Wo aber die **Regelung nicht** als **erschöpfend** anzusehen ist, wie zB bei der Anzeigepflicht gem § 48, kann die Landesgesetzgebung ergänzend eingreifen, insbesondere also den Kreis der Anzeigepflichten erweitern und auch Nachteile an die Nichterfüllung der Anzeigepflicht knüpfen. Soweit das Landesrecht zu Ergänzungen befugt ist, kann es seine Vorschriften sowohl als Soll- wie auch als Mussvorschriften treffen.
- 21** Für die Handhabung des Gesetzes ergibt sich, dass für jede Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die **Vorschriften** über das Verfahren sich zusammensetzen:
1. aus den Bestimmungen des **FGG**,
  2. aus den auf das betreffende Institut bezüglichen Bestimmungen des **BGB**, des **HGB** sowie der **sonstigen**, das Institut behandelnden **Reichs-/Bundesgesetze**,
  3. aus den etwa zur Ergänzung und Ausführung des FGG erlassenen **landesrechtlichen Vorschriften**.
- 22** Für einzelne Angelegenheiten der FG wurde die Zuständigkeit vom Reichsgesetzgeber so geregelt, dass **grundsätzlich** die **Gerichte** für zuständig erklärt sind, dem **Landesrecht** aber **freigestellt** ist, die Verrichtungen anderen als gerichtlichen **Behörden** zu übertragen. Es sind dies: die Vormundschafts- und die Nachlasssachen (Art 147 EGBGB), die bei § 1 Rn 93 bemerkten Angelegenheiten (Reichsschuldbuchgesetz); vgl hierzu § 35 Rn 3, § 72 Rn 2. Diese Angelegenheiten gehören, soweit das Landesrecht von seiner Befugnis keinen Gebrauch macht, zu den durch Reichsgesetz den Gerichten übertragenen Angelegenheiten, so dass die allgemeinen Vorschriften des Gesetzes auf sie uneingeschränkte Anwen-

dung finden. Für den Fall dass die Landesgesetzgebung von dem Vorbehalt Gebrauch gemacht hat, sind grundsätzlich diese allgemeinen Vorschriften gleichfalls für anwendbar erklärt, jedoch enthalten für diesen Fall die §§ 194 u 195 einige Einschränkungen. Die besonderen Vorschriften des zweiten und fünften Abschnittes des Gesetzes finden auf die Vormundschafts- und Nachlasssachen auch dann Anwendung, wenn die Geschäfte durch das Landesrecht anderen Behörden zugewiesen sind. Nach der VO über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Vormundschafts- und Nachlasssachen vom 10.6.1936 (RGBl I 488) sollten diese Sachen, soweit die Länder für sie andere als gerichtliche Behörden für zuständig erklärt haben, auf die Amtsgerichte übergehen (§ 1). Den Zeitpunkt des Übergangs sollte der Reichsjustizminister bestimmen (§ 2), was aber nicht geschehen ist. Die VO wurde durch das FamRÄndG aufgehoben. Vgl § 35 Anm 3.

Für die **Beurkundung** von Rechtsgeschäften (früher Abschnitt X des Gesetzes) hatte die Landesgesetzgebung zwar die Befugnis, die Zuständigkeit der Gerichte zu Gunsten der Notare auszuschließen (Art 141 EGBGB), nicht aber die Befugnis, die Verrichtungen der Gerichte auf andere Behörden zu übertragen. Die Zuständigkeit der Gerichte wurde auf Grund des Art 141 EGBGB ausgeschlossen in Bayern (Art 10 BayAGGVG), Bremen (§ 6 BremAGBGB) und Hamburg (§ 9 HmbFGG). Diese Bestimmungen sind durch § 60 BeurkG aufgehoben worden. **23**

## V. Landesrecht

### 1. Landesgesetze

In den Ländern der Bundesrepublik Deutschland gelten auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit die im Anhang zu Bd 3 aufgeführten Vorschriften. **24**

### 2. Preußisches FGG

Das PrFGG verfolgt ein dreifaches Ziel. Einmal trifft es gem § 200 FGG die zur **Ergänzung und Ausführung** dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften. Sodann ordnet es diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die nicht durch FGG, sondern durch Landesgesetz den **Gerichten** zugewiesen sind (vgl Anh zu Bd 3). Endlich regelte es die Verhältnisse des **Notariats**, ist aber insoweit durch die RNotO außer Kraft gesetzt worden. **25**

In der **Einteilung** lehnt sich das PrFGG an das FGG an; es entspricht: **26**

Abschnitt I dem ersten Abschnitt,

Abschnitt II dem fünften Abschnitt,

Abschnitt III dem sechsten<sup>25</sup> bis achten Abschnitt,

Abschnitt IV dem zehnten Abschnitt des FGG.

Zum zweiten, dritten, vierten und neunten Abschnitt sind Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen nicht erlassen. Abschnitt V des PrFGG betrifft das Verfahren bei der freiwilligen gerichtlichen Versteigerung von Grundstücken, Abschnitt VI die Amtsstellung der Notare (jetzt bedeutungslos). Die Abschnitte VII und VIII (Besondere Gerichte, Mitwirkung der Gemeindebeamten und Schlussbestimmungen) enthalten teils eine Ausführung der §§ 189 ff des FGG, teils auch selbstständige Bestimmungen, namentlich über Änderungen des bisherigen Rechts. **27**

<sup>25</sup> Der sechste Abschnitt (Schiffspfandrecht) ist aufgehoben.

- 28** Für die landesgesetzlichen Angelegenheiten erstrebt das Gesetz (Art 1 bis 7) die tunlichste Übereinstimmung mit dem FGG. Im Übrigen ist es so gefasst, dass seine Vorschriften, wo nichts anderes ersichtlich ist, Anwendung auf die reichs/bundesgesetzlichen sowie auf die landesgesetzlichen Angelegenheiten finden. Für die Angelegenheiten des Landesrechtes enthält indessen der erste Abschnitt („Allgemeinen Vorschriften“) keine völlig erschöpfende Regelung. Einzelne hierher gehörende Punkte sind nämlich im AGGVG geordnet, wie namentlich die Bestimmung des zuständigen Gerichts, die Rechts-hilfe, die Sitzungspolizei, die Beratung und Abstimmung. Eine Aufnahme dieser Bestimmungen in das Gesetz ist unterblieben, weil die Vorschriften des AGGVG einen weiteren Wirkungsbereich haben als das PrFGG; sie gelten nämlich auch zugleich für diejenigen streitigen Sachen, welche dem Landesrecht überlassen sind, namentlich für die vor gewisse besondere Gerichte gehörigen Prozesse.

### 3. Auflösung Preußens

- 29** Gem Art II Kontrollratsgesetz Nr 46 vom 25.2.1947 (ABIKontrR 81) über die **Auflösung Preußens** erhielten diejenigen Gebiete, die ein Teil Preußens waren und der Oberhoheit des Kontrollrats unterstanden, die Rechtsstellung von deutschen Ländern oder wurden solchen einverleibt. Das in den ehem preußischen Gebieten geltende Recht wurde damit nicht ohne weiteres außer Kraft gesetzt. Seine Abänderung oder Aufhebung ist Sache der Länder, denen diese Gebiete nunmehr angehören. Dies gilt auch für die Vorschriften des PrFGG. Von dieser Befugnis haben Gebrauch gemacht das Land Hessen durch den Erlass des HessFGG und das HessOrtsGerG sowie das Land Niedersachsen durch den Erlass des NdsFGG.

### 4. Gebiete früherer deutscher Gerichtsbarkeit

- 30** In Bezug auf Gerichte, an deren Sitz **deutsche Gerichtsbarkeit** infolge des Zusammenbruchs **nicht mehr ausgeübt** wird, nämlich Gerichte
1. im Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31.12.1937 östlich der Oder-Neiße-Linie,
  2. in Danzig, in den ehemaligen eingegliederten Ostgebieten und im Memelland,
  3. im Elsass, in Lothringen und in Luxemburg,
  4. in Eupen, Malmedy und Moresnet,
  5. im ehemaligen Sudetendeutschen Gebiet,
  6. im ehemaligen Protektorat Böhmen und Mähren, im ehemaligen Generalgouvernement und in den ehemaligen Reichskommissariaten Ostland und Ukraine,
- ist das ZustErgG zu beachten. Vgl § 1 Rn 123.

## VI. Besondere Fälle

### 1. Ehemalige Deutsche Schutz- und Pachtgebiete<sup>26</sup>

- 31** Auf Grund des **Schutzgebietsgesetzes** v 17.4.1886 galt das **Konsulargerichtsgesetz** und damit auch zunächst das PrFGG und später das FGG des Reiches für die im Schutzgebiet

<sup>26</sup> *Kolisch* Die Kolonialgesetzgebung des Deutschen Reichs mit dem Gesetze über die Konsulargerichtsbarkeit, Hannover 1896.

wohnenden oder sich aufhaltenden Reichsangehörigen.<sup>27</sup> Der Konsul wurde durch einen Beauftragten und das Konsulargericht durch das Schutzgebietsgericht ersetzt.<sup>28</sup>

## 2. Konsulargerichtsbarkeit

Nach § 22 Abs 1 Konsulargesetz von 1867<sup>29</sup> stand deutschen Bundeskonsuln die volle Konsulargerichtsbarkeit in den Ländern zu, in denen ihre Ausübung durch Herkommen oder durch Staatsverträge gestattet war. Der Konsulargerichtsbarkeit waren alle in dem Konsulargerichtsbezirke wohnenden oder sich aufhaltenden Reichsangehörigen und Schutzgenossen unterworfen. Das Nähere wurde durch das Konsulargerichtsgesetz v 1879<sup>30</sup> geregelt. Das FGG galt auch in den Konsulargerichtsbezirken. Der Konsul trat an die Stelle des Amtsgerichts (§ 7 Nr 2, § 18, § 19 Nr 1 KonsulargerichtsG). Dieses Abhängigkeitsverhältnis aller Reichsangehörigen als „integrierender Teil der Amtsgewalt des Konsuls entspricht nicht mehr der heutigen Auffassung von den Aufgaben der Konsularbeamten“.<sup>31</sup> **32**

## 3. Konsularisches Notariat

Der Konsularbeamte wird nach dem Konsulargesetz von 1974 (KonsG) auch in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit tätig (§ 2 KonsG). Nach § 10 KonsG ist auch das BeurkG mit gewissen Ausnahmen, die sich aus der besonderen Situation im Ausland ergeben, anwendbar. **33**

Bedeutsam ist auch die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Mitwirkung von Konsularbeamten bei der Bestellung und Beaufsichtigung von Vormündern, Pflegern und Beiständen“ vom 22.2.1983 (GMBL 1983 S 135). Die Vorschrift gilt auch für Betreuer gem Art 9 § 1 BtG vom 12.9.1990 (BGBl S 2002). Darin wurde den Konsularbeamten die Aufgabe übertragen, auf Ersuchen der Vormundschaftsgerichte Vormünder, Pfleger und Beistände (Betreuer) durch Verpflichtung zu bestellen und bei deren Beaufsichtigung mitzuwirken. Zum Amt der Konsularbeamten gehört nach der genannten Verwaltungsvorschrift also lediglich die Bestellung und Beaufsichtigung der Betreuer. Ausgeschlossen oder eingeschränkt werden könnte die Zulässigkeit des Tätigwerdens der Betreuer allerdings dann, wenn der Aufenthaltsstaat gem Art 54 WÜK einschränkende Vorschriften in diesem Bereich erlassen hat. **34**

Nach deutschem Kollisionsrecht (Art 24 Abs 1 und 3 EGBGB) unterliegt die Entstehung, Änderung und Beendigung der Betreuung dem materiellen Heimatrecht des zu betreuenden und seine inhaltliche Gestaltung dem Recht des anordnenden Staates.<sup>32</sup> **35**

Nach Art 16 FGG-ReformG-E wird die sachliche Zuständigkeit (§ 2 KonsG) um den Begriff „Familiensachen“ infolge der Neustrukturierung dieses Bereichs neu gefasst,<sup>33</sup> also nicht erweitert. Die Definition der Familiensachen ergibt sich aus § 125 FamFG-E. Auch in § 11 Abs 2 KonsG werden die zitierten Vorschriften der Neustrukturierung der Nachlasssachen angepasst. **36**

<sup>27</sup> *Fitzner* Bd 1 S 269.

<sup>28</sup> *Sack* in *Hiery*, *Die deutsche Südsee* 1884–1914, S 325.

<sup>29</sup> Gesetz, betreffend die Organisation der Bundeskonsulate, sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsulate vom 8.11.1867 (BGBl d Nordd Bundes 1867 S 137).

<sup>30</sup> Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10.07.1879 (RGBl S 197).

<sup>31</sup> *Hoffmann* *Konsularrecht* § 1 Rn 3.

<sup>32</sup> *Hecker/Müller-Chorus/Einhäuser* § 5 C Rn 6; *Hoffmann* *KonsularR* § 2 Rn 4.1.

<sup>33</sup> *Begr RefE FGG-ReformG* 2006 S 666.

#### 4. Militärgerichtsbarkeit

- 37** Das Gesetz betreffend die Freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in Heer und Marine vom 8.5.1901 (RGBl S 185) wurde aufgehoben durch das Gesetz über die Freiwillige Gerichtsbarkeit und anderer Rechtsangelegenheiten in der Wehrmacht vom 24.4.1934 (RGBl I S 335, 352). Dieses Wehrmachts-FGG ist wiederum geändert worden durch VO vom 30.9.1940 (RGBl I S 1327), v 27.8.1942 (RGBl I S 541) und v 6.9.1943 (RGBl I S 537). Außerdem ergingen dazu die 1. DVO vom 3.2.1936 (RGBl I S 99), geändert durch VO v 30.9.1940 (RGBl I S 1327), v 27.8.1942 (RGBl I S 541), 2. DVO v 13.9.1939 (RGBl I S 1823), 3. DVO v 30.9.1940 (RGBl I S 1327) geändert durch VO v 6.9.1943 (RGBl I S 537), 4 DVO v 27.8.1942 (RGBl I S 541) und die 5. DVO v 6.9.1943 (RGBl I S 537). Durch Art III KRG Nr 34 (KR ABl S 172) sind sie gegenstandslos geworden.<sup>34</sup>

### VII. Reformvorhaben

#### 1. Planung seit 1937

- 38** Eine „Reform des gesamten Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ war schon 1937 geplant.<sup>35</sup> Krieg und Nachkriegsverhältnisse ließen eine Weiterverfolgung des Vorhabens nicht zu. Erst 1964 wurde eine **Kommission** für das Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit einberufen. Der Auftrag war, „Vorschläge zur Verbesserung des Verfahrens in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu entwickeln“.<sup>36</sup> Die Kommission hielt es für geboten, das Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit „auf eine sichere, übersichtliche, den Erfordernissen des sozialen Rechtsstaats entsprechende Grundlage zu stellen“.<sup>37</sup> Eine durchgreifende Abhilfe sei nur durch eine geschlossene Verfahrensordnung möglich. Der Entwurf beschränkte sich allerdings auf die bisher schon im FGG selbst geregelten Verfahren. Der historische Gesetzgeber hatte sich wegen verfassungsrechtlicher Zweifel an der als Kompetenz und fehlender ausreichender wissenschaftlicher Vorarbeiten Zurückhaltung auferlegt und sich mit einer Art Rahmengesetzgebung begnügt.<sup>38</sup> Die rechtsstaatlichen Garantien der Beteiligten waren nur schwach ausgebildet, weil das Gesetz an der hoheitlichen Verwaltungstätigkeit ausgerichtet war.

#### 2. Ziele einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit (FrGO)

- 39** Seit 1950 hat sich die Rechtswissenschaft zunehmend der Probleme der freiwilligen Gerichtsbarkeit angenommen.<sup>39</sup> Die ebenfalls eingerichtete Kommission zur Vorberei-

<sup>34</sup> Keidel/Winkler, 10. Aufl, Einl Rn 5.

<sup>35</sup> Vgl Schlegelberger, Vorwort zur 5. Aufl (zitiert n d 6. Aufl 1952, VII). Schlegelberger war 1931–1942 Staatssekretär im Reichsjustizministerium.

<sup>36</sup> Bericht der Kommission für das Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit, hrsg v Bundesministerium der Justiz, Dezember 1977, Vorwort Vogel S 3; vgl auch Arnold Rpfleger 1979, 161, 241; ders DRiZ 1980, 321; Bumiller Rpfleger 1973, 3; Firsching FS Beitzke, S 981; Klässel Der Justizbeamte 1979, 10/25; von König ZZP 1980, 312; Kollhosser ZZP

1980, 265; Pfeuffer Rpfleger 1973, 233; Steffen Entwurf einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit, RdL 1979, 1; Winkler DNotZ 1979, 452.

<sup>37</sup> Bericht Vorwort Vogel S 3.

<sup>38</sup> Bericht 1977, S 90.

<sup>39</sup> Vogel Bericht S 91; vgl insb Kollhosser Zur Erstellung und zum Begriff der Verfahrensbeteiligten im Erkenntnisverfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit, München, 1960; dazu Winter Jura 1971, 113; auch Eickmann in FS für Hans Winter, S 9; Schleicher Rechtliches Gehör und mündliche Anhörung in familien-

tung einer Reform der Zivilgerichtsbarkeit hat in ihrem Bericht (**Weißbuch**) eine Reihe von Empfehlungen für eine Reform der freiwilligen Gerichtsbarkeit gegeben:

- a) Kodifizierung des Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit
- b) Ausbau der lückenhaften Regelung des FGG zu einer zusammenhängenden Verfahrensordnung
- c) rechtsstaatliche Ausgestaltung des Verfahrens
- d) Koordinierung mit den anderen Verfahrensordnungen.<sup>40</sup>

Erstes **Ziel** war die Kodifizierung des Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Damit sollte das Nebeneinander von **Bundes- und Landesrecht** beseitigt werden. Zweites Ziel war der Ausbau der gegenwärtig lückenhaften Regelung des FGG zu einer **zusammenhängenden Verfahrensordnung**.<sup>41</sup> Allerdings wurde überlegt, für die Registersachen in Anlehnung an die Grundbuchordnung eine eigene Registerordnung zu schaffen wie man es auch für das Beurkundungsverfahren mit dem BeurkG gemacht hatte.<sup>42</sup> Auch das Verfahren in Schiffsregister- und Schiffsbauregistersachen sollte wegen der Ähnlichkeit mit dem Grundbuchsachen weiterhin durch ein Sondergesetz geregelt werden. Dagegen rechtfertigen weder die Verfahrensvorschriften des LwVG noch der Hinweis auf das BeurkG die Schaffung einer besonderen Registerordnung.<sup>43</sup> *Bosch* hatte sogar die Forderung erhoben, eine große Familiengerichtsbarkeit zu schaffen.<sup>44</sup> Für jedes der anderen Verfahren hatte *Kollbosser* ein eigenes Verfahrensrecht gefordert.<sup>45</sup> *Arnold* wollte ein Verfahren für alle Familiensachen im Rahmen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.<sup>46</sup> *Zimmermann* forderte dagegen, bei einer Reform der Freiwilligen Gerichtsbarkeit keine verfahrensrechtlichen Sondervorschriften außer für das Verfahren in Beurkundungs-, Grundbuch-, Schiffs- und Schiffsbauregistersachen zu schaffen.<sup>47</sup> Auch *Kollbosser* sprach sich dafür aus, die Registersachen in die FrGO zu integrieren.<sup>48</sup>

Die vom Bundesministerium der Justiz eingesetzte Kommission für das Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit hatte 1977 ihre Beratungen beendet und einen **Entwurf einer Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit (FrGO)** vorgelegt, die das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 (FGG) ablösen sollte.

Der Kommissionsentwurf wollte eine **Ablösung** der bisherigen bundes- und landesrechtlichen **Normenvielfalt**, die Sicherstellung der notwendigen **rechtsstaatlichen** Garantien, die Beibehaltung der bisherigen Verfahrenselastizität und eine **Anpassung** an die anderen **Verfahrensordnungen**. Einschneidende Änderungen ergaben sich für die **Rechtsstellung der Beteiligten**.

Der bisherige zweifache Beteiligtenbegriff wurde zu Gunsten eines **formellen Beteiligtenbegriffs** aufgehoben. Beteiligte waren nur noch die durch den Antrag gekennzeichneten Antragsteller und Antragsgegner sowie die für jedes Verfahren besonders bestimmten Personen. Im Übrigen war Beteiligter nur, wer vom Gericht durch besonderen formellen Akt hinzugezogen wurde. Es bedurfte der Untersuchung, inwieweit die automatische

rechtlichen Angelegenheiten und im Freiheitsentziehungsverfahren der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, Bielefeld 1988.

<sup>40</sup> Bericht, S 91, unter Hinweis auf den 1961 erschienen Bericht der Kommission für Zivilgerichtsbarkeit (Weißbuch).

<sup>41</sup> Bericht S 91.

<sup>42</sup> Bericht S 92.

<sup>43</sup> *Zimmermann* Rpfleger 1982, 85.

<sup>44</sup> *Bosch* FamRZ 1980, 1, 9.

<sup>45</sup> *Kollbosser* ZZZ 93, 271.

<sup>46</sup> *Arnold* Rpfleger 1979, 166.

<sup>47</sup> *Zimmermann* Rpfleger 1982 S 85, 87.

<sup>48</sup> *Kollbosser* ZZZ 93, 271.

oder auf Antrag erzwungene Beteiligung den Verfahrensablauf fördert oder hemmt zB bei Erteilung eines gemeinschaftlichen Erbscheins.

- 44** Die Gestaltung des Verfahrens wurde durch die **förmliche Einleitung des Verfahrens**, die **obligatorische mündliche Verhandlung** vor verfahrenserledigenden Entscheidungen insbesondere hinsichtlich des neuen Beteiligtenbegriffs, die Einführung der **Strengbeweises**, wenn dies für die Wahrheitsfindung erforderlich ist, gekennzeichnet. Diese Vorschriften geboten es zu prüfen, inwiefern die nach dem geltenden Verfahrensrecht bewährte Elastizität des Verfahrens noch gewährleistet würde.
- 45** Die Vorschriften über **Form, Bekanntmachung und Wirksamkeit der Entscheidungen** sollten gegenüber dem geltenden Recht erheblich strenger gefasst werden. Für die Erteilung des Erbscheins wurde zB durch Beschluss entschieden. Der Erbschein selbst wurde daraufhin vom UdG erlassen. Dies durfte erst nach Rechtskraft des Beschlusses erfolgen, es sei denn, die sofortige Wirksamkeit wurde angeordnet. Die Beschlüsse mussten allen Beteiligten zugestellt werden. Es musste deshalb festgestellt werden, inwieweit dem gesetzgeberischen Zweck durch die erheblichen Zeitverluste bis zur Rechtsverwirklichung entgegengewirkt wird zB durch die Notwendigkeit ständiger Anordnungen sofortiger Wirksamkeit.
- 46** Auch die Beschränkung der **Abänderungsmöglichkeiten** durch das entscheidende Gericht, der Ausschluss der **Abhilfemöglichkeit**, Beschränkung der **Anfechtbarkeit** von Entscheidungen und die Befristung der Rechtsmittel bedurfte eingehender Überprüfung auf ihre Praktikabilität hin.

### 3. Praxistest

- 47** Auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum 1975 hatte eine Arbeitsgruppe vorgeschlagen, die Praktikabilität des Entwurfs durch Überarbeitung erledigter Fälle aus der Praxis festzustellen. Die Aufgaben der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die in erster Instanz den Amtsgerichten obliegen, werden zu mehr als 80 vH von Rechtspflegern wahrgenommen. Es lag nahe, die wohl einmalige Chance zu nutzen, den Kommissionsentwurf, bevor er über einen Referentenentwurf und eine verabschiedungsreife Kabinettsvorlage in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren eingebracht wird, durch diese **Praktiker** in den Familien-, Vormundschafts- und Nachlassgerichten zu **testen**. Die Wirksamkeit des geplanten Gesetzes könnte sowohl auf die Zielvorgabe der Regelungen als auch auf die Rationalität der vorgesehenen Verfahrensregelungen geprüft werden.
- 48** Der **Praxistest** sollte dazu beitragen, dass der Kommissionsentwurf erst dann als Referentenentwurf in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wird, wenn ausreichende Erfahrungen mit den beabsichtigten Regelungen vorliegen. Das Ergebnis der Arbeiten sollte Aufschluss darüber geben, inwieweit ein Testverfahren nur für Gesetze über gerichtliche Verfahren problemadäquat ist und auch auf andere Verfahrensordnungen anwendbar ist. Ferner könnte das Projekt Erkenntnisse über Kriterien eines **verallgemeinerungsfähigen Testverfahrens** liefern.
- 49** Die Untersuchung sollte darüber hinaus einen Beitrag leisten zur Entwicklung eines **Berechnungsverfahrens** für die Voraussetzung des Arbeitsaufwandes für die Durchführung eines neuen Gesetzes in Gerichten und Verwaltungen des Bundes, der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Stellen sowie bei betroffenen Unternehmen und Bürgern.
- 50** Die Untersuchung sollte in Form eines **Praxistests** durchgeführt werden. Die Erprobung des Gesetzentwurfs der Kommission sollte in optimaler Annäherung und Anpas-



sung an die spätere reale Situation erfolgen. Dazu wurde der Entwurf unter Annahme seiner Geltung als Gesetz in einem realistischen Ereignisfeld – jedoch ohne Rechtsfolgen – angewandt.

Die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin – Fachbereich Rechtspflege – hat in einem **Forschungsauftrag** des BMJ den Entwurf einer Praxisanalyse<sup>49</sup> unterzogen. **51**

An dem Praxistext waren zu beteiligen:

1. das Bundesministerium der Justiz, das der Erkenntnisse der gerichtlichen Anwendbarkeit und Durchführbarkeit des Gesetzes zur Erreichung des Gesetzeszwecks für den Referentenentwurf bedurfte,

2. die Amtsgerichte (Familien-, Vormundschaft-, Nachlassgerichte), die „Betroffene“ des Gesetzes sind,

3. die Forschungsgruppe.

Das Verhalten der „Verfahrensbeteiligten“ iS des Entwurfs musste dabei **simuliert** werden, weil der Bürger einen Anspruch auf gerichtliche Entscheidung nach geltendem Recht hat und nicht durch hypothetische Verfahrensweisen verunsichert werden durfte.

Die Erprobung des Entwurfs konnte anhand **erledigter Akten**, aber auch **verfahrensbegleitend** in Zusammenarbeit mit interessierten Richtern und Rechtspflegern parallel zu laufenden Verfahren in mehreren Varianten erfolgen. Neben der Fallbearbeitung waren durch **Fragebogen** weitere Informationen zum Kommissionsentwurf einzuholen.<sup>50</sup> **52**

Wünschenswert war die Beteiligung von mindestens zwei Amtsgerichten je Bundesland, um die unterschiedlichen Bedingungen in **Flächen- und Stadtstaaten** und der jeweiligen Notariatsform (Anwaltsnotariat, Nur-Notariat, Behördennotariat in Baden-Württemberg) angemessen berücksichtigen zu können. **53**

Die **Anzahl der Fallbearbeitungen** je Gericht sollte ein Dutzend nicht überschreiten, um bei Wahrung des notwendigen repräsentativen Ausschnitts die Arbeitsmöglichkeiten der Gerichte nicht allzu sehr zu belasten. **54**

Die **Verbände** (Bund Deutscher Rechtspfleger, Deutscher Richterbund, Notarkammern usw) wurden von dem Testverfahren unterrichtet, um die Beteiligungsbereitschaft bei den Gerichten zu stärken und Aufschlüsse über die zu testenden Bestimmungen des Entwurfs zu erhalten. **55**

Der Test wurde auf die tragenden Neuerungen des Entwurfs beschränkt. Deshalb war die **Auswahl der zu testende Bestimmungen** von besonderer Bedeutung. Sie war abhängig von der für den Test zur Verfügung stehenden Zeit (Beginn der Ausarbeitung des Referentenentwurfs). Dasselbe galt für die Methodenvariationen. **56**

Der Test wurde in mehreren Phasen durchgeführt. Der Vorbereitung des **Vortests** dienten die Feststellung der testrelevanten Gesetzesbestimmungen, Kontaktaufnahme zu den Gerichten (Verifizierung der Testbedürftigkeit, Ermittlung von Gerichtsakten), die Entwicklung der Testkonzepte, Testvarianten, Fragebogen). Nach der Vor-Test-Durchführung und -auswertung erfolgte dann der **Haupttest**, dessen ausgewertete Ergebnisse zunächst in einem **Bericht**<sup>51</sup> zusammengefasst wurden. **57**

<sup>49</sup> AK/Huhn/BGB 1. Aufl 1981, § 1910 Rn 3, 7.

<sup>50</sup> S hierzu von *Schuckmann* RpfStud 2002, 169.

<sup>51</sup> Praxistest einer Verfahrensordnung für die

freiwillige Gerichtsbarkeit (FrGO), Zwischenbericht April 1980 mit Anlageband 1 u 2.

- 58 Dem Entwurf war kein Erfolg beschieden, wie *Kollbosser* bereits 1980 befürchtet hatte.<sup>52</sup> Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18.7.1979 (BGBl I S 1061) wurde ein Referentenentwurf für ein neues FGG offenbar nicht mehr als dringlich angesehen, zumal das Beurkundungsrecht bereits durch ein besonderes Gesetz geregelt worden war.<sup>53</sup>

#### 4. Justizreform

- 59 Auf dem 63. Deutschen Juristentag 2000 in Leipzig erklärte die damalige Bundesjustizministerin *Herta Däubler-Gmelin*, eine umfassende **Justizreform** müsse auch die Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf den Prüfstand stellen.<sup>54</sup> Die Reform befinde sich noch im Stadium des Problemaufrisses und seiner Analyse durch Wissenschaft und Praxis.
- 60 Zunächst erfolgte eine **Anhörung** der Landesjustizverwaltungen durch das BMJ. Dabei wurden umfangreiche Vorschläge gemacht. Im April 2001 fand der erste **Workshop** mit Praktikern und Wissenschaftlern statt.

#### 5. Problemkatalog

- 61 Danach wurde vom BMJ ein **Problemkatalog** zur Reform des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit<sup>55</sup> zusammengestellt. Dazu haben ua der Deutsche Anwaltsverein<sup>56</sup>, die Bundesrechtsanwaltskammer<sup>57</sup>, der Bund Deutscher Rechtspfleger<sup>58</sup> Stellung genommen. Im Juni 2002 wurde ein weiterer Workshop „Grundzüge eines neuen FGG und privatrechtliche Streitverfahren abgehalten“. Insgesamt wurden drei Workshops durchgeführt.<sup>59</sup>
- 62 Im Frühjahr 2003 wurden zwei **Expertengruppen** gebildet,<sup>60</sup> die sich mit dem Verfahrensrecht der freiwilligen Gerichtsbarkeit bzw mit dem familiengerichtlichen Verfahren beschäftigten.

#### 6. Referentenentwurf

- 63 Anfang Juni 2005 wurde der **Referentenentwurf** des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (**FGG-Reformgesetz**) den Landesjustizverwaltungen und in den Verbänden zur Stellungnahme übersandt.<sup>61</sup> Der Entwurf war jedoch zunächst unvollständig, da die Regelungen der Nachlass- und Teilungssachen fehlten. Die Bundestagswahl 2005 mit der Bildung einer neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat an dem Reformvorhaben nichts geändert.
- 64 Der **vollständige** und gegenüber dem ersten Entwurf teilweise geänderte Entwurf eines FGG-Reformgesetzes wurde am 14.2.2006 vom BMJ an die Verbände zur Stellungnahme übersandt. Es handelt sich um ein sog **Artikel-Gesetz**, da zugleich **85 andere Gesetze** zB das GVG und die ZPO **geändert** werden müssen. In der Neufassung des GVG

<sup>52</sup> *Kollbosser* ZZP 93, 311.

<sup>53</sup> BeurkG v 28.8.1969 (BGBl S 1513).

<sup>54</sup> Das entsprach auch der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/die Grünen vom 16.10.2002.

<sup>55</sup> Vgl *von Schuckmann* RpfLStud 2002, 169.

<sup>56</sup> FuR 2003, 354–357.

<sup>57</sup> Internet: [www.brak.de/seite/pdf/famrechtstellung2.12.pdf](http://www.brak.de/seite/pdf/famrechtstellung2.12.pdf) (November 2002).

<sup>58</sup> RpfBl 2002, 25.

<sup>59</sup> *Meyer-Seitz/Kröger/Heiter* FamRZ 2005, 1430.

<sup>60</sup> *Dies* aaO, S 1431 mit Angabe der jeweils 7 Mitglieder aus Wissenschaft und Praxis.

<sup>61</sup> *Dies* aaO S 1431.

wird die Freiwillige Gerichtsbarkeit neben der streitigen Zivilgerichtsbarkeit und der Strafgerichtsbarkeit Bestandteil der ordentlichen Gerichtsbarkeit sein. Die Vorschriften des GVG werden künftig für die Freiwillige Gerichtsbarkeit **unmittelbar** gelten. Besondere Regelungen und Verweisungsvorschriften auf das GVG sind deshalb in dem Entwurf nicht mehr enthalten.<sup>62</sup>

Art 1 enthält das „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)“. Zu Recht wird dieser irreführende Titel kritisiert.<sup>63</sup> Es handelt sich wie beim bisherigen FGG um ein Verfahrensgesetz mit einem allgemeinen Teil (Buch 1) und besonderen Vorschriften für eine Reihe von Verfahren (Bücher 2 bis 5). Die „**unsystematische**“<sup>64</sup> nur aus politischen Motiven erfolgte Hervorhebung des Verfahrens in Familiensachen ist nicht gerechtfertigt. Man sollte zu dem von der Kommission für das Recht der freiwilligen Gerichtsbarkeit seinerzeit gewählten Titel „Verfahrensordnung für die Freiwillige Gerichtsbarkeit – FrGO“ zurückkehren. *Kuntze* hat vorgeschlagen, allenfalls hinzuzufügen „einschließlich des Verfahrens in Familiensachen“.<sup>65</sup> Begrüßt wird jedoch die Zusammenfassung des Verfahrens in Familiensachen und den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in einem Gesetz.<sup>66</sup>

Art 2 enthält das neue Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen (FamGKG). Vgl dazu Vorbem § 13a Rn 42 ff. **66**

### 7. Leitlinien des Entwurfes

**Leitlinien des Entwurfes**<sup>67</sup> eines Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) sind die vollständige Neuregelung des Rechts der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des familiengerichtlichen Verfahrens, „damit auch für die freiwillige Gerichtsbarkeit eine vollständige, modernen rechtsstaatlichen Anforderungen genügende Ordnung des Verfahrens geschaffen“ wird. Die Reform ist an folgenden Zielen ausgerichtet: **67**

- a) Ausbau der gegenwärtig lückenhaften Regelung des FGG zu einer **zusammenhängenden Verfahrensordnung**
- b) **rechtsstaatliche** Ausgestaltung des Verfahrens
- c) **Koordinierung** mit den anderen Verfahrensordnungen
- d) anwenderfreundlicher Gesetzaufbau; **anwenderfreundliche** Gesetzessprache
- e) Stärkung der **konfliktvermeidenden** und **konfliktlösenden** Elemente im familiengerichtlichen Verfahren.

Die Neukodifizierung des familiengerichtlichen Verfahrensrechts soll die Bedeutung des personalen Grundkonfliktes aller familiengerichtlichen Verfahren betonen und konfliktvermeidende sowie konfliktlösende Elemente stärken, zB durch **68**

- Förderung der gerichtlichen und außergerichtlichen **Streitschlichtung**
- Erleichterung der einverständlichen Scheidung bei kinderloser Ehe

<sup>62</sup> RefE-FGG-ReformG S 232 = E 2006 S 338.

<sup>63</sup> ZB *Kuntze* FGPrax 2005, 185.

<sup>64</sup> *Kuntze* aaO.

<sup>65</sup> *Kuntze* aaO.

<sup>66</sup> ZB durch den *Deutschen Verein* für öffentliche und private Fürsorge, www.deutscher-verein.de/stellungnahme, S 2.

<sup>67</sup> Referentenentwurf des BMJ eines Gesetzes

zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz) S 229 ff bzw ergänzter Referentenentwurf (14. Februar 2006) S 334 ff. Im Internet zB unter: [www.famrb.de/FGG\\_RG\\_2006\\_02\\_14.pdf](http://www.famrb.de/FGG_RG_2006_02_14.pdf) sowie von *Jörn Hauß* benutzerfreundlich aufbereitet unter: FamFG RefE 14 02 2006 pdf.

- Beschleunigung von Verfahren über das Umgangs- und Sorgerecht durch Einführung von Elementen des sog **Cochemer Modells**
- Verstärkung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte betroffener Kinder durch Präzisierung der Funktionen des Verfahrenspflegers (künftig: **Verfahrensbeistand**)
- effizientere Gestaltung der Durchsetzung von Entscheidungen zum **Sorgerecht**, zur **Herausgabe** und zu **Umgangsregelungen**
- Einführung eines **einstweiligen Rechtsschutzes**, der hauptsacheunabhängig ist und einverständliche Lösungen erleichtert, sowie
- Zuständigkeit des „**Großen Familiengericht**“ insbesondere für alle Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung

### 8. Kritik

- 69** Kritisiert wird bereits, dass der Entwurf diese Ziele nur zum Teil umsetze und an vielen Stellen noch nicht ausgereift sei. Obwohl die Aufteilung in einen allgemeinen und einen besonderen Teil begrüßt wird, beanstanden manche, dass sie nicht durchgehend befolgt sei. Viele Regelungen im besonderen Teil stünden im Widerspruch zum allgemeinen Teil, ohne dass auf die Abweichung hingewiesen werde zB bei der örtlichen Zuständigkeit, Verfahrensfähigkeit, Beteiligung oder den Kosten.<sup>68</sup> **Bemängelt** wird auch, der Text sei nicht anwenderfreundlich genug, es würden zu häufig unbestimmte Rechtsbegriffe wie „in geeigneten Fällen“ verwandt, bei Verweisen die gemeinten Vorschriften zu selten genannt. Der E sei unübersichtlich und **zu ausführlich**, weil viele Selbstverständlichkeiten kodifiziert würden. Der Entwurf enthalte eine Reihe redaktioneller Fehler, Wiederholungen von Satzteilen, fehlerhafte Verweise und sprachliche Ungenauigkeiten.<sup>69</sup>
- 70** Wenn auch die Zusammenfassung von Vormundschafts-, Adoptions- und Familiensachen begrüßt wird, sehen Kritiker die Gefahr, dass die **Famliengerichte überfrachtet** werden und sich nicht mehr auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Deshalb sollten die in § 278 Abs 1 Nr 3 und 5 genannten Ansprüche auf Auseinandersetzung einer Miteigentümergeinschaft oder Innengesellschaft, Streitigkeiten wegen Gesamtschuldnerausgleichs oder Aufteilung von Steuerguthaben sowie Streitigkeiten aus der Rückabwicklung von Zuwendungen der Schwiegereltern bei den Zivilgerichten verbleiben.<sup>70</sup>

## VIII. Inhaltsübersicht des FamFG-E

- 71** Der Referentenentwurf enthält an vielen Stellen bedeutsame Änderungen gegenüber dem bisherigen FGG. Darauf wird bei der Kommentierung des FGG jeweils unter dem Stichwort **Reformvorhaben** eingegangen. Dies gilt leider nicht für Band 3, da der ergänzte Gesetzentwurf mit den Vorschriften des 4. Buchs (Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen) vom BMJ erst nach Drucklegung von Band 3 bekannt gemacht wurde.
- 72** In der nachfolgenden **Übersicht der Vorschriften des FamFG-E** wird nur auf die Kommentierung der entsprechenden Vorschrift des FGG mit dem Stichwort „Reformvorhaben“ **verwiesen**, um Wiederholungen zu vermeiden. Lediglich in den Fällen, in denen

<sup>68</sup> *Deutscher Verein* aaO, S 2.

<sup>70</sup> *Ders* aaO S 4.

<sup>69</sup> *Ders* aaO S 3; Stellungnahme der BRAK Nr 22/2006 – im Internet unter [www.brak.de](http://www.brak.de) (Stellungnahmen) S 37.

Stellungnahmen der Verbände bekannt geworden sind oder der ergänzte Entwurf (Stand 14.2.2006) von dem ersten Entwurf (Stand 5.6.2005) **abweicht**, wird hier darauf eingegangen. Dagegen sind die Informationen über die Regelungen zum 4. Buch (§§ 354 bis 381) aus den oben genannten Gründen (Rn 64) nur **hier** zu finden.

Mit dieser Übersicht ist keine Kommentierung eines erst im Entstehen befindlichen Gesetzes beabsichtigt. Verlag, Herausgeber und Autoren wollen jedoch der interessierten (Fach)öffentlichkeit die Möglichkeit eines Vergleichs *de lege lata/de lege ferenda* erleichtern. **73**

## BUCH 1 ALLGEMEINER TEIL

Der Gesetzentwurf sieht fünf Bücher vor: **74**

Buch 1 Allgemeiner Teil

Buch 2 Verfahren in Familiensachen

Buch 3 Verfahren in Betreuungssachen, Unterbringungssachen und betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen

Buch 4 Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen

Buch 5 Verfahren in Registersachen, unternehmensrechtliche Verfahren

An die Stelle der §§ 1 bis 34 FGG sollen die §§ 1–124 FamFG-E treten, damit ist die Regelung jedoch wesentlich dichter. Der Geltungsbereich dieses Buches erstreckt sich über den besonderen Teil der Verfahrensordnung hinaus auf alle Angelegenheiten, die durch Bundes- oder Landesgesetz den Gerichten der freiwilligen Gerichtsbarkeit übertragen sind.<sup>71</sup> **75**

Eine wesentliche Neuerung ist die gesetzliche **Definition der Beteiligung** durch eine Generalklausel im allgemeinen Teil (§ 8 FamFG-E), die durch Beteiligtenkataloge im Besonderen Teil ergänzt wird. Damit soll nicht nur klargestellt werden, wem rechtliches Gehör zu gewähren ist sondern auch die umfassende Aufklärung der Tatsachen bereits im erstinstanzlichen Verfahren gefördert werden.<sup>72</sup> **76**

Der **Freibeweis** in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird erhalten (§ 29 FamFG-E). Jedoch ist das Gericht zur förmlichen Beweisaufnahme verpflichtet, wenn eine Tatsache im Freibeweisverfahren streitig geblieben ist (§ 30 Abs 3 FamFG-E). **77**

Über die Form der Bekanntgabe von Schriftstücken entweder durch förmliche **Zustellung** nach den Vorschriften der ZPO oder durch Aufgabe zur Post entscheidet das Gericht künftig nach pflichtgemäßem Ermessen. Eine förmliche Zustellung der Entscheidung ist dagegen in den Verfahren erforderlich, in denen der Beschluss dem erklärten Willen eines Beteiligten nicht entspricht.<sup>73</sup> **78**

Neu ist auch die Einführung der Möglichkeit der Vertragsbeendigung durch einen **Vergleich** der Beteiligten (§ 36 FamFG-E). **79**

Ferner sieht der Entwurf eine **Rechtsmittelbelehrung** für alle Entscheidungen im Rahmen des FamFG vor (§ 39 FamFG-E). Die Beschwerde ist künftig stets **befristet**. Das Gericht, dessen Entscheidung angefochten wird, kann jedoch der Beschwerde **abhelfen**. **80**

<sup>71</sup> RefE FGG-ReformG S 338.

<sup>73</sup> RefE FGG-ReformG S 340.

<sup>72</sup> RefE FGG-ReformG (2005) S 233 = RefE FGG-ReformG S 339.

ner wird die **Zulassungsbeschwerde** in vermögensrechtlichen Streitigkeiten eingeführt.<sup>74</sup> An Stelle der zulassungsfreien weiteren Beschwerde wird die zulassungsgebundene **Rechtsbeschwerde** eingeführt (§ 73 FamFG-E). Dem Bundesgerichtshof wird eine Annahmekompetenz eingeräumt, um seiner Überlastung entgegenzuwirken.<sup>75</sup>

- 81** Die Regelungen über **einstweilige Anordnungen** haben diese aus der Abhängigkeit von einer Hauptsache gelöst. Damit soll die ungeschriebene „vorläufige Anordnung“ des FG-Rechts ersetzt werden. Der Entwurf sieht auch eigenständige Vorschriften für die Bewilligung von **Verfahrenskostenhilfe** vor (§ 79 FamFG-E). Umfassend geregelt wird die **Vollstreckung** in Rechtsfürsorgeangelegenheiten (§ 90 FamFG-E):

#### Abschnitt 1

#### Allgemeine Vorschriften

#### Anwendungsbereich (§ 1)

- 82** Näheres vgl § 1 FGG Rn 192.
- 83** Der allgemeine Teil des FamFG ist auch in Familiensachen anwendbar, die weder Familienstreitsachen noch Ehe- oder Lebenspartnerschaftsachen sind. Dagegen richten sich die Familienstreitsachen weitestgehend nach den Vorschriften der ZPO. Dazu zählen insbesondere die Unterhaltssachen und Güterrechtssachen.
- 84** Um den Eindruck zu vermeiden, dass durch die derzeitige Formulierung das FGG-Verfahren fortan für „jede Familiensache“ anwendbar sei, wurde vom *Deutschen Verein* vorgeschlagen § 1 wie folgt zu fassen:
- „(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für das Verfahren in Familiensachen sowie in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, so weit sie durch Bundesgesetz den Gerichten zugewiesen sind. Für Verfahren in Familienstreitsachen findet dieses Gesetz nur in dem von § 106 umschriebenen Umfang Anwendung.
- (2) Nr 1 Verfahren in Familiensachen sind (Definition aus § 125 einfügen).
- Nr 2 Verfahren in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind (Definition aus § 23a Abs 2 GVG einfügen)
- Nr 3 Verfahren in Familienstreitsachen sind (Definition aus § 105 einfügen).“<sup>76</sup>

#### Örtliche Zuständigkeit (§ 2)

- 85** Näheres vgl § 3 Rn 10; 4 Rn 13; 43 FGG Rn 44 ff.
- 86** Beanstandet wird, dass es an einer einheitlichen Regelung der örtlichen Zuständigkeit für Fälle mit Auslandsbezug fehle. Der *Deutsche Verein* hält es für sinnvoller, eine zentrale Auffangzuständigkeit für alle Verfahren nach dem FamFG mit Auslandsbezug beim Amtsgericht Schöneberg festzuschreiben sowie zur Klarstellung in § 2 einzufügen: „§ 2 bezieht sich nicht auf konkurrierende internationale Gesetzgebung.“<sup>77</sup>

#### Verweisung bei Unzuständigkeit (§ 3)

- 87** Näheres vgl § 5 FGG Rn 35.

#### Abgabe an ein anderes Gericht (§ 4)

- 88** Näheres vgl § 43b FGG Rn 78 ff, § 46 FGG Rn 60 ff, § 65a FGG Rn 40.

<sup>74</sup> RefE FGG-ReformG S 340.

<sup>75</sup> RefE FGG-ReformG S 340 ff.

<sup>76</sup> *Deutscher Verein* aaO, S 5.

<sup>77</sup> *Ders* aaO S 5.

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit (§ 5)</b>   |           |
| Näheres vgl § 5 FGG Rn 35.   | <b>89</b> |
| <b>Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen (§ 6)</b>  |           |
| Näheres vgl § 6 FGG Rn 38.   | <b>90</b> |
| <b>Akteneinsicht (§ 7)</b>   |           |
| Näheres vgl § 34 FGG Rn 32.  | <b>91</b> |
| <b>Beteiligte (§ 8)</b>  |           |
| Näheres vgl § 6 Rn 38, § 13 Rn 59, § 15 Rn 92, § 46 FGG Rn 60 ff, § 64 FGG Rn 307, § 68a FGG Rn 30.  | <b>92</b> |
| Neu ist, dass das Kind in Kindschaftssachen selbst <b>Verfahrensbeteiligter</b> ist, das allerdings in der Regel durch seine gesetzlichen Vertreter handelt. <sup>78</sup>   | <b>93</b> |
| Der <i>Bund Deutscher Rechtspfleger</i> hält die Absätze 1 und 2 für ausreichend und schlägt deshalb die <b>Streichung</b> der Absätze 3 und 4 vor. Soweit sich in einem Verfahren weitere Beteiligte im Sinne des Absatzes 2 ergeben sollten, seien sie bereits nach diesem Absatz hinzuzuziehen. Es müsse auch aus rechtsstaatlicher Sicht ausreichend seien, nur die als Verfahrensbeteiligte zu bestimmen, deren Rechte selbst unmittelbar von dem Verfahren betroffen werden, während jene, die zum Zwecke der Ermittlungen hinzugezogen werden und sachdienliche Aussagen und Erklärungen abgeben, nicht selbst Beteiligte werden. <sup>79</sup> | <b>94</b> |
| Die <i>Bundesrechtsanwaltskammer</i> fordert, dass der Entscheidung über den Hinzuziehungsantrag generell durch Beschluss erfolgen sollte.   |           |
| <b>Beteiligungsfähigkeit (§ 9)</b>   |           |
| Näheres vgl § 13 FGG Rn 59 ff.   | <b>95</b> |
| In § 9 soll nach Meinung des <i>Deutschen Vereins</i> das Merkmal der <b>Rechtsfähigkeit</b> aufgenommen werden, da Konstellationen denkbar seien, in denen Vereinigungen, Personengruppen oder Einrichtungen nicht rechtsfähig und somit auch nicht beteiligungsfähig seien. Außerdem müsste Nr 3 dahingehend beschränkt werden, dass Behörden nur dann beteiligungsfähig sind, wenn ihnen ein Antrags- oder Beschwerderecht zusteht. <sup>80</sup> Der Deutsche Verein berücksichtigt dabei nicht, dass im FG-Verfahren die Rechtsfähigkeit <i>keine</i> Voraussetzung ist (s § 13 Rn 1, 9, 11).   | <b>96</b> |
| <b>Verfahrensfähigkeit (§ 10)</b>  |           |
| Näheres vgl § 13 FGG Rn 67.  | <b>97</b> |
| <b>Bevollmächtigte (§ 11)</b>  |           |
| Näheres vgl § 13 FGG Rn 72 ff, § 29 FGG Rn 45.   | <b>98</b> |
| Nach Meinung des <i>Deutschen Vereins</i> sollte die <b>Befreiung vom Anwaltszwang</b> einer einstweiligen Anordnungen in Abs 5 Nr 3 nur dann gegeben sein, wenn es der Vertretung durch einen Rechtsanwalt auch im Hauptsacheverfahren nicht bedürfte, weil einstweilige Anordnungen im FGG-Verfahren häufig sehr lange gelten und ein Hauptsacheverfahren oft nicht mehr angestrebt wird. <sup>81</sup>  | <b>99</b> |

<sup>78</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1435.

Internet: [www.bdr.online.de/base/bin/download-phpo=0](http://www.bdr.online.de/base/bin/download-phpo=0).

<sup>79</sup> Schreiben des *Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR)* vom 30.6.2006 an das BMJ – im

<sup>80</sup> *Deutscher Verein* aaO S 6.

<sup>81</sup> *Ders* aaO S 7.

**Verfahrensvollmacht (§ 12)**

- 100** Näheres vgl § 13 FGG Rn 75, 76.

**Beistand (§ 13)**

- 101** Näheres vgl § 13 FGG Rn 75, 77.

## Abschnitt 2

**Verfahren im ersten Rechtszug****Ermittlung von Amts wegen (§ 14)**

- 102** Näheres vgl § 12 FGG Rn 146, § 64 FGG Rn 307, § 68 FGG Rn 67, § 70c FGG Rn 33.

**Einleitung des Verfahrens (§ 15)**

- 103** Näheres vgl Vorbem zu §§ 8–18 FGG Rn 90, 91.

**Anträge und Erklärungen zu Protokoll der Geschäftsstelle (§ 16)**

- 104** Näheres vgl § 11 FGG Rn 35, 36.

**Elektronische Akte; elektronisches Dokument (§ 17)**

- 105** Näheres vgl § 11 FGG Rn 37, 38.

- 106** Nach Art 1 des E eines Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 20.3.2006 soll § 130a Abs 3 ZPO, der im E 2006 für entsprechend anwendbar erklärt wird, ein neuer S 2 angefügt werden: „Elektronisch eingereichte Dokumente können vorrangig bearbeitet werden, so weit nicht gesetzliche Regelungen, Eilbedürftigkeit oder sonstige Gründe entgegenstehen.“<sup>82</sup> Eine Änderung des FGG ist nicht beabsichtigt. Bestimmungen über elektronische Dokumente sollen dem FamFG vorbehalten werden.<sup>83</sup> Da § 17 FamFG-E in der jetzigen Fassung ohnehin auf § 130 Abs 3 ZPO verweist, wird die neue Vorschrift im Falle der Gesetzwerdung des Entwurfes eines Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs auch diese Vorschrift für die Freiwillige Gerichtsbarkeit gelten. Der Gesetzgeber will mit dieser „weichen“ Vorrangklausel (Kann-Bestimmung) dem elektronischen Rechtsverkehr Priorität einräumen. Es werde jedoch dadurch nicht in die verfassungsrechtliche Unabhängigkeitsgarantie der Richter bzw. einfachgesetzliche Unabhängigkeit der Rechtspfleger eingegriffen. Der Gesetzesvorbehalt berücksichtigt darüber hinaus die Vorschriften zum Grundbuchverfahren (§§ 13, 17 GBO iVm § 879 BGB), nach denen der Zeitpunkt des Antragsengangs über die Rangfolge entscheidet. Damit wird auch nicht die nur in den Neuen Ländern geltende Grundbuchvorrangverordnung (GBVorV) berührt.

**Verfahren von Amts wegen (§ 18)**

- 107** Näheres vgl Vorbem §§ 8–18 FGG Rn 91.

- 108** Nach Abs 2 hat das Gericht den Antragsteller unter Angabe von Gründen zu bescheiden, wenn es trotz des Antrags das Verfahren nicht einleitet. Der *Deutsche Verein* hat deshalb eine Änderung dahingehend angeregt, dass nur derjenige Antragsteller zu bescheiden ist, der über ein **Beschwerde- bzw Antragsrecht** verfügt. Eine weitergehende Regelung trifft auch der in der Begründung zitierte § 171 S 1 EStG nicht.<sup>84</sup>

<sup>82</sup> Art 1 Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs des BMJ v 20.3.2006 – RA 3 – 3700/19 – 3 – R4 112/2006. [www.brak.de/seiten/pdf/Gesetzesentwürfe.pdf](http://www.brak.de/seiten/pdf/Gesetzesentwürfe.pdf).

<sup>83</sup> *Ders* aaO S 7.

<sup>84</sup> *Deutscher Verein* aaO S 7.



|  |            |
|--|------------|
| <b>Bekanntgabe (§ 19)</b>  |            |
| Näheres vgl § 16 FGG Rn 72–74, § 64 FGG Rn 307.  | <b>109</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> hält es im Interesse der Beteiligten und zur Rechtssicherheit für erforderlich, das zum In-Lauf-Setzen von Fristen immer <b>förmlich</b> nach den Vorschriften der ZPO <b>zugestellt</b> werden soll. Dann sei die Alternative in Abs 2 Nr 2 entbehrlich. <sup>85</sup>             | <b>110</b> |
| <b>Formlose Mitteilung (§ 20)</b>  |            |
| Näheres vgl § 16 FGG Rn 74.  | <b>111</b> |
| Wenn auch der Versand von formlosen Mitteilungen per E-Mail begrüßt wird, hält der <i>Deutsche Verein</i> es dennoch für erforderlich, eine dem § 130a ZPO entsprechende Regelung einzufügen. <sup>86</sup> Die Anregung ist abzulehnen, weil mit der Regelung keine vorbereitenden Schriftsätze gemeint sind. | <b>112</b> |
| <b>Verfahrensverbinding und -trennung (§ 21)</b>   |            |
| Näheres vgl Vorbem §§ 8–18 FGG Rn 93, 113.   | <b>113</b> |
| <b>Fristberechnung (§ 22)</b>  |            |
| Näheres vgl § 17 FGG Rn 88.  | <b>114</b> |
| <b>Aussetzung des Verfahrens (§ 23)</b>  |            |
| Näheres vgl Vorbem §§ 8–18 FGG Rn 94.  | <b>115</b> |
| <b>Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 24)</b>  |            |
| Näheres vgl § 22 FGG Rn 53.  | <b>116</b> |
| <b>Antrag auf Wiedereinsetzung (§ 25)</b>  |            |
| Näheres vgl § 22 FGG Rn 53.  | <b>117</b> |
| <b>Entscheidung über Wiedereinsetzung (§ 26)</b>   |            |
| Näheres vgl § 22 FGG Rn 53.  | <b>118</b> |
| <b>Mitwirkungspflicht der Beteiligten (§ 27)</b>   |            |
| Näheres vgl § 12 FGG Rn 146.   | <b>119</b> |
| <b>Verfahrensleitung (§ 28)</b>  |            |
| Näheres vgl § 12 FGG Rn 146.   | <b>120</b> |
| Der E 2006 hat einen neuen S 2 eingefügt, wonach die Herstellung des Vermerks über Termine und persönliche Anhörungen durch Aufzeichnung auf <b>Datenträger</b> in Form des § 17 Abs 3 möglich ist.  | <b>121</b> |
| <b>Beweiserhebung (§ 29)</b>   |            |
| Näheres vgl § 12 FGG Rn 146, § 15 FGG Rn 88 ff.  | <b>122</b> |
| <b>Förmliche Beweisaufnahme (§ 30)</b>   |            |
| Näheres vgl § 12 FGG Rn 146, § 15 FGG Rn 89.   | <b>123</b> |
| <b>Glaubhaftmachung (§ 31)</b>   |            |
| Näheres vgl § 15 FGG Rn 91.  | <b>124</b> |
| <b>Termine; Ladung (§ 32)</b>  |            |
|  | <b>125</b> |

<sup>85</sup> Ders aaO S 7.

<sup>86</sup> Ders aaO S 8.

**Persönliches Erscheinen der Beteiligten (§ 33)**

**126** Näheres vgl § 12 FGG Rn 146, § 15 FGG Rn 92.

**Persönliche Anhörung (§ 34)**

**127** Näheres vgl § 12 FGG Rn 146, § 15 FGG Rn 93, § 46a FGG Rn 18 ff.

**Antragsrücknahme; Beendigungserklärung (§ 35)**

**128** Näheres vgl Vorbem §§ 8–18 FGG Rn 92.

**Vergleich (§ 36)**

**129** Näheres vgl Vorbem §§ 8–18 FGG Rn 95.

**Grundlage der Entscheidung (§ 37)**

**130** Näheres vgl Vorbem §§ 8–18 FGG Rn 96, 97, § 12 FGG Rn 146.

## Abschnitt 3

**Beschluss****Entscheidung durch Beschluss (§ 38)**

**132** Näheres vgl § 69 FGG Rn 32, § 70 f FGG Rn 22.

**Rechtsbehelfsbelehrung (§ 39)**

**133** Näheres vgl § 25 FGG Rn 39, § 64 FGG Rn 307, § 69 FGG Rn 32, § 70 f FGG Rn 22.

**Wirksamwerden (§ 40)**

**134** Näheres vgl § 16 FGG Rn 75, § 51 FGG Rn 30, § 53 FGG Rn 26, § 55 FGG Rn 46, § 62 FGG Rn 13, § 63 FGG Rn 9.

**135** Die Regelung des Abs 2, wonach ein Beschluss, der die Genehmigung eines Rechtsgeschäfts zum Gegenstand hat, erst mit Rechtskraft wirksam wird, hat der *Bund Deutscher Rechtspfleger* begrüßt als bessere Alternative zum Modell des anfechtbaren Vorbescheides. Vorgeschlagen wird jedoch für die sofortige Beschwerde einen Begründungszwang mit sehr kurzer Frist von etwa 10 Tagen einzuführen, um bei großen Vermögenswerten erhebliche Vermögensschäden bei langer Verfahrensdauer zu vermeiden.<sup>87</sup>

**Bekanntgabe des Beschlusses (§ 41)**

**136** Näheres vgl § 16 FGG Rn 76.

**Berichtigung des Beschlusses (§ 42)**

**137**

**Ergänzung des Beschlusses (§ 43)**

**138** Näheres vgl § 27 FGG Rn 113.

**Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§ 44)**

**139** Näheres vgl § 29a FGG Rn 28.

**Formelle Rechtskraft (§ 45)**

**140** Näheres vgl § 31 FGG Rn 20.

<sup>87</sup> Schreiben des BDR vom 30.6.2006 s Fn 79 an das BMJ zu § 40 Abs 2; vgl zum Problem des Vorbescheids *Hähnlein* S 126 ff; *Schnei-*

*der* RpflStud 2004, 169; von *Schuckmann* in FS Hans Winter S 43.

|   |            |
|---|------------|
| <b>Rechtskraft- und Notfristzeugnis (§ 46)</b>  |            |
| Näheres vgl § 31 FGG Rn 21.   | <b>141</b> |
| <b>Wirksam bleibende Rechtsgeschäfte (§ 47)</b>   |            |
| Näheres vgl § 32 FGG Rn 12.   | <b>142</b> |
| Abschnitt 4   |            |
| <b>Abänderung und Wiederaufnahme</b>  |            |
| Abänderung (§ 48)   |            |
| Näheres vgl § 18 FGG Rn 63.   | <b>143</b> |
| Abänderung bei Änderung der Verhältnisse (§ 49)   |            |
| Näheres vgl § 18 FGG Rn 63.   | <b>144</b> |
| Vorrang des Rechtsmittels (§ 50)  |            |
|   | <b>145</b> |
| Wiederaufnahme (§ 51)   |            |
|   | <b>146</b> |
| Ausschluss von Abänderung und Wiederaufnahme (§ 52)   |            |
| Näheres vgl § 55 FGG Rn 46.   | <b>147</b> |
| Abschnitt 5   |            |
| Einstweilige Anordnung  |            |
| Einstweilige Anordnung (§ 53)   |            |
| Näheres vgl § 24 FGG Rn 16.   | <b>148</b> |
| Zuständigkeit (§ 54)  |            |
|   | <b>149</b> |
| Verfahren (§ 55)  |            |
| Näheres vgl § 70h FGG Rn 58.  | <b>150</b> |
| Vorläufiger Vergleich (§ 56)  |            |
|   | <b>151</b> |
| Vollstreckung (§ 57)  |            |
|   | <b>152</b> |
| Aufhebung oder Änderung der Entscheidung (§ 58)   |            |
| Der <i>Deutsche Verein</i> schlägt vor, in Abs 1 den Satz einzufügen: „dies gilt nicht für einstweilige Anordnungen im Unterhaltsverfahren“. Er will damit einen Dissens zwischen § 58 unter §§ 249 aufheben, weil nach § 249 nur Abänderungen der Hauptsache möglich sind. <sup>88</sup> | <b>153</b> |
| Aussetzung der Vollstreckung (§ 59)   |            |
|   | <b>155</b> |
| Außerkräfttreten (§ 60)   |            |
|   | <b>156</b> |
| Rechtsmittel (§ 61)   |            |
|   | <b>157</b> |

<sup>88</sup> *Deutscher Verein* aaO S 9.

Abschnitt 6  
Rechtsmittel

## Titel 1

## Sofortige Beschwerde

## Sofortige Beschwerde (§ 62)

- 158** Näheres vgl § 19 FGG Rn 52, § 69a FGG Rn 35, § 69g FGG Rn 75, § 70m FGG Rn 64.

## Beschwerdeberechtigte (§ 63)

- 159** Näheres vgl § 20 FGG Rn 122, § 70m FGG Rn 64.
- 160** Der *Deutsche Verein* möchte die Fälle, in denen einer Behörde ein Beschwerderecht durch öffentliches Interesse zukommt, durch Einführung eines S 3 regeln: „Wenn einer Behörde kraft Gesetzes ein Beschwerderecht eingeräumt wird, kommt es auf ihre materielle Beschwerde nicht an“, weil in diesem Falle die Behörde nicht in eigenen Rechten verletzt sein müsse.<sup>89</sup>
- 161** Der E 2006 hat einen neuen Abs 3 eingefügt, wonach die Beschwerdebefugnis von Behörden, die im öffentlichen Interesse am Verfahren beteiligt sind, sich nach dem FamFG regelt.
- 162** Der *Bund Deutscher Rechtspfleger* schlägt vor, im Zusammenhang mit seinen Änderungsvorschlägen zu § 8 auch § 63 Abs 1 Nr 2 zu überprüfen. Die Beschwerdeberechtigung eines Beteiligten, der hinzugezogen werden könne, eröffnete in gleicher Weise unnötige Rechtsmittelverfahren.<sup>90</sup>

## Verfahrensfähigkeit Minderjähriger (§ 64)

## Beschränkung der Beschwerdemöglichkeit (§ 65)

- 164** Näheres vgl § 20 FGG Rn 122.

**165** Statthaftigkeit der Beschwerde nach Erledigung der Hauptsache (§ 66)

## Einlegung der Beschwerde (§ 67)

- 166** Näheres vgl § 21 FGG Rn 52, § 19 FGG Rn 52, § 22 FGG Rn 53, § 24 FGG Rn 26, § 69g FGG Rn 75.

## Beschwerdebegründung (§ 68)

- 167** Näheres vgl § 23 FGG Rn 34.
- 168** Der *Bund Deutscher Rechtspfleger* hat für Abs 4 eine andere Formulierung angeregt: „Das Gericht kann dem Beschwerdeführer eine Frist zur Einreichung einer von ihm angekündigten Begründung auferlegen, die mindestens 10 Tage betragen muss.“ Zur Begründung wird angeführt, dass in der Praxis häufig Beschwerdeführer eine Begründung der Beschwerde ankündigen und diese dann bewusst verzögern, um Zeit zu gewinnen.<sup>91</sup>

## Anschlussbeschwerde (§ 69)

- 169** Näheres vgl § 19 FGG Rn 52, § 30 Rn 25, § 57 FGG Rn 69.

<sup>89</sup> *Ders* aaO S 9.

<sup>90</sup> Schreiben des BDR vom 31.10.2005 an das  
BMJ zu § 8.

<sup>91</sup> Schreiben des BDR vom 31.10.2005 an das  
BMJ zu § 68 Abs 4.

|   |            |
|---|------------|
| <b>Verzicht auf Beschwerde (§ 70)</b>   | <b>170</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> hält eine Klarstellungen in Abs 1 dahingehend für erforderlich, dass ein Rechtsmittelverzicht auch vor Bekanntgabe des Beschlusses möglich sei, wenn es sich um eine Streitsache handelt oder wenn über den Verfahrensgegenstand verfügt werden könne. <sup>92</sup>   | <b>171</b> |
| <b>Gang des Beschwerdeverfahrens (§ 71)</b>   |            |
| Näheres vgl § 23 FGG Rn 34, § 64 FGG Rn 307, § 69g FGG Rn 75, § 70m FGG Rn 64.  | <b>172</b> |
| <b>Beschwerdeentscheidung (§ 72)</b>  |            |
| Näheres vgl § 25 FGG Rn 39, § 27 FGG Rn 134. Nach Meinung der <i>Bundesrechtsanwaltskammer</i> (vgl Fn 79) erwarten die Parteien/Beteiligten eine kurze Zusammenfassung der Erwägungen, auf denen die Entscheidung in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht beruht. Deshalb sei die „Sollvorschrift“ des § 72 Abs 1 S 3 durch eine „Mussvorschrift“ zu ersetzen. | <b>173</b> |
| Titel 2   |            |
| <b>Rechtsbeschwerde</b>   |            |
| <b>Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde (§ 73)</b>   |            |
| Näheres vgl § 28 FGG Rn 50.   | <b>174</b> |
| <b>Frist und Form der Rechtsbeschwerde (§ 74)</b>   |            |
| Näheres vgl § 29 FGG Rn 45.   | <b>175</b> |
| <b>Gründe der Rechtsbeschwerde (§ 75)</b>   |            |
| Näheres vgl § 29 FGG Rn 45.   | <b>176</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> möchte die Möglichkeit des bisherigen § 27 FGG (Auslegung von Landesrecht insbesondere der landesrechtlichen Psychisch – Kranken – Gesetze in betreuungsrechtlichen Verfahren erhalten. Die nach der Begründung beabsichtigte Einschränkung der Rechtsbeschwerde wird deshalb kritisch gesehen. <sup>93</sup>                          | <b>177</b> |
| <b>Anschlussrechtsbeschwerde (§ 76)</b>   | <b>178</b> |
| <b>Entscheidung über die Rechtsbeschwerde (§ 77)</b>  |            |
| Näheres vgl § 27 FGG Rn 133.  | <b>179</b> |
| <b>Sprungrechtsbeschwerde (§ 78)</b>  |            |
| Näheres vgl § 27 FGG Rn 133.  | <b>180</b> |
| Abschnitt 7   |            |
| <b>Verfahrenskostenhilfe</b>  |            |
| <b>Voraussetzungen (§ 79)</b>   |            |
| Näheres vgl § 14 FGG Rn 78 ff, § 64 FGG Rn 307.   | <b>181</b> |
| <b>Bewilligung (§ 80)</b>   |            |
| Näheres vgl § 14 FGG Rn 84.   | <b>182</b> |

<sup>92</sup> *Deutscher Verein* aaO S 9.<sup>93</sup> *Ders* aaO S 9 f.

**Beiordnung eines Rechtsanwalts (§ 81)****183** Näheres vgl § 14 FGG Rn 88 ff.**Anwendung der Zivilprozessordnung (§ 82)****184** Näheres vgl § 14 FGG Rn 91.

## Abschnitt 8

**Kosten****Grundsatz der Kosten (§ 83)****185** Näheres vgl § 13a FGG Rn 67–71.**Kostenentscheidung mit der Endentscheidung (§ 84)****186** Näheres vgl § 13a FGG Rn 72.**Kostenpflicht bei Vergleichen (§ 85)****187** Näheres vgl § 13a FGG Rn 73.**Anfechtung der Kostenentscheidung (§ 86)****188** Näheres vgl § 20a FGG Rn 25.**Umfang der Kostenpflicht (§ 87)****189** Näheres vgl § 13a FGG Rn 74.**Rechtsmittelkosten (§ 88)****190** Näheres vgl § 13a FGG Rn 75.**Kostenfestsetzung (§ 89)****191** Näheres vgl § 13a FGG Rn 76 ff.

## Abschnitt 9

**Vollstreckung**

## Titel 1

**Vollstreckung nach der Zivilprozessordnung****Vollstreckbare Verpflichtungen (§ 90)****192** Näheres vgl § 33 FGG Rn 80, 81.**Entscheidungsform;****keine Vollstreckung vor Rechtskraft bei nicht zu ersetzendem Nachteil (§ 91)****193** Näheres vgl § 26 FGG Rn 16, § 33 FGG Rn 82.**Vollstreckung in Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz (§ 92)****194** Näheres vgl § 33 FGG Rn 83.

## Titel 2

**Vollstreckung in sonstigen Fällen****Grundsätze (§ 93)****195** Näheres vgl § 33 FGG Rn 84.**Richterliche Durchsuchungsanordnung (§ 94)****196** Näheres vgl § 33 FGG Rn 84.

|  |            |
|--|------------|
| <b>Ausschluss und Einstellung der Vollstreckung (§ 95)</b>   |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 85.  | <b>197</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> regt an, in Abs 2 Nr 4 auch die Fälle der Abänderung nach §§ 48, 49 einzubeziehen. Er weist daraufhin, dass in jedem Fall der Abänderung eine Übergangszeit entstände, in der nicht vollstreckt werden sollte. <sup>94</sup>  | <b>198</b> |
| <b>Eidesstattliche Versicherung (§ 96)</b>   |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 86.  | <b>199</b> |
| Untertitel 1   |            |
| <b>Vollstreckung zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen<br/>und zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen</b>   |            |
| <b>Vollstreckungstitel (§ 97)</b>  |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 87, § 50d FGG Rn 11.   | <b>200</b> |
| <b>Vertretbare Handlungen (§ 98)</b>   |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 88.  | <b>201</b> |
| <b>Nicht vertretbare Handlungen (§ 99)</b>   |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 89.  | <b>202</b> |
| <b>Herausgabe; Unterlassungen und Duldungen;<br/>Fiktion der Abgabe einer Willenserklärung (§ 100)</b>   |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 50.  | <b>203</b> |
| Untertitel 2   |            |
| <b>Vollstreckung von Entscheidungen über die Herausgabe von Personen und die Regelung<br/>des Umgangs</b>  |            |
| <b>Grundsätze (§ 101)</b>  |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 91, § 50d FGG Rn 11.   | <b>204</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> regt an, Abs 2 dahin zu ergänzen, dass das Jugendamt und das Gericht einvernehmlich klären, welche Fälle als geeignet und welche als ungeeignet anzusehen sind, um dauernden Streit zwischen beiden zu vermeiden. Es wäre äußerst misslich, wenn die Jugendhilfe am Verfahren nicht beteiligt, aber ungefragt zur Mitwirkung an einer Vollstreckung verpflichtet würde, von der sie eventuell abgeraten hätte. <sup>95</sup>  | <b>205</b> |
| <b>Ordnungsmittel (§ 102)</b>  |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 91.  | <b>206</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> wendet sich mit Nachdruck gegen die Verhängung von Zwangsmitteln bei Umgangsstreitigkeiten. Sie seien nicht zielführend und die Situation für das betroffene Kind werde verschlechtert. Sinnvoll sei eine außergerichtliche Lösung durch eine verzahnte Zusammenarbeit von Jugendbehörden, Fachstellen und Gerichten. Er weist ferner auf verfassungsrechtliche Probleme hin, da dem Umgangsverpflichteten die Beweislast für mangelndes Verschulden zugewiesen werde (§ 102 Abs 3), während nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bei Ordnungsmitteln mit sanktionsrechtlichen Elementen das Verschulden vom Staat festgestellt werden müsse. Außerdem sei die Anhörung des Kindes vor der Festsetzung des Ordnungsmittels unerlässlich. <sup>96</sup> | <b>207</b> |

<sup>94</sup> Ders aaO S 10.<sup>96</sup> Ders aaO S 11.<sup>95</sup> Ders aaO S 11.

## Vollstreckungsverfahren (§ 103)

**208** Näheres vgl § 33 FGG Rn 91.

## Anwendung unmittelbaren Zwangs (§ 104)

**209** Näheres vgl § 33 FGG Rn 92–94.

**210** Neu eingefügt wurde durch den E 2006 der Untertitel 3. Vollstreckung auf gerichtliche Anordnung:

## Untertitel 3

## Vollstreckung auf gerichtliche Anordnung

## Zwangsgeldfestsetzung § 104a

*(1) Ist aufgrund einer gerichtlichen Anordnung die Verpflichtung zur Vornahme oder Unterlassung einer Handlung zu vollstrecken, kann das Gericht, sofern ein Gesetz nicht etwas anderes bestimmt, gegen den Verpflichteten durch Beschluss Zwangsgeld festsetzen. Das einzelne Zwangsgeld darf den Betrag von fünfundzwanzigtausend Euro nicht übersteigen. Mit der Festsetzung des Zwangsgeldes sind dem Verpflichteten zugleich die Kosten dieses Verfahrens aufzuerlegen. Gegen den Beschluss, durch den das Zwangsgeld festgesetzt wird, findet die sofortige Beschwerde statt.*

*(2) Das Zwangsgeld muss, bevor es festgesetzt wird, angedroht werden. Die Androhung kann in der gerichtlichen Anordnung erfolgen.*

*(3) Mit der Festsetzung des Zwangsgeldes kann die Aufforderung zur Erfüllung der gerichtlichen Anordnung unter Androhung eines erneuten Zwangsgeldes so lange wiederholt werden, bis die Anordnung erfüllt ist.*

## Herausgabevollstreckung § 104b

*(1) Ist die Verpflichtung zur Herausgabe oder Vorlage einer Sache zu vollstrecken, so kann das Gericht, so weit ein Gesetz nicht etwas anderes bestimmt, durch Beschluss neben oder anstelle einer Maßnahme nach § 104a die in § 883 der Zivilprozessordnung vorgesehenen Maßnahmen anordnen.*

*(2) Die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung über den Verbleib der herauszugebenden oder vorzulegenden Sache richtet sich nach § 96*

*(3) § 104a Abs 1 Satz 3 und § 104a Abs 2 gelten entsprechend.*

## Abschnitt 10

## Verfahren in Familienstreitsachen

## Familienstreitsachen (§ 105)

**211** Näheres vgl § 64 FGG Rn 307.

**212** Die Nr 1 wurde durch E 2006 erweitert um die Worte „*und Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 1 Nr 7 und 8*“; die Nummer zwei um die Worte „*und Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 1 Nr 9*“ sowie Nr 3 um die Worte „*und Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 2*“.

**213** Anwendung der Vorschriften der Zivilprozessordnung (§ 106)

**214** Durch E 2006 wurde in Abs 1 das Wort „*entsprechend*“ jeweils nach dem Wort Zivilprozessordnung eingefügt.

In Abs 3 wurde eine Ausnahme von der Anwaltspflicht bei Verfahren der einstweiligen Anordnung und des Arrests sowie für die Fälle, wenn ein Beteiligter durch das Jugendamt als Beistand vertreten ist, sowie für Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts eingeführt.



|   |            |
|---|------------|
| <b>Entscheidung durch Beschluss (§ 107)</b>   |            |
| Näheres vgl § 64 FGG Rn 307.  | <b>215</b> |
| <b>Rechtsmittel, Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 108)</b>  |            |
| Näheres vgl § 64 FGG Rn 307.  | <b>216</b> |
| Zur Beschleunigung des Verfahrens hält der <i>Deutsche Verein</i> die Hinzufügung folgenden Satzes für erforderlich: „Die Begründung muss sofort erfolgen, außer wenn das Gericht eine andere Frist festgesetzt hat.“ <sup>97</sup> | <b>217</b> |
| <b>Einstweilige Anordnung und Arrest (§ 109)</b>  | <b>218</b> |
| <b>Vollstreckung (§ 110)</b>  |            |
| Näheres vgl § 33 FGG Rn 95.   | <b>219</b> |
| Abschnitt 11  |            |
| <b>Verfahren mit Auslandsbezug</b>  |            |
| <b>Vorrang und Unberührtheit (§ 111)</b>  | <b>220</b> |
| <b>Ehesachen; Verbund von Scheidungs- und Folgesachen (§ 112)</b>   | <b>221</b> |
| <b>Kindschaftssachen (§ 113)</b>  |            |
| Vgl dazu § 35b FGG Rn 117 ff, § 47 FGG Rn 29 f.   | <b>222</b> |
| <b>Abstammungssachen (§ 114)</b>  | <b>223</b> |
| <b>Adoptionssachen (§ 115)</b>  |            |
| Näheres vgl § 43b FGG Rn 78 ff.   | <b>224</b> |
| <b>Versorgungsausgleichssachen (§ 116)</b>  | <b>225</b> |
| <b>Lebenspartnerschaftssachen (§ 117)</b>   | <b>226</b> |
| <b>Betreuungs- und Unterbringungssachen; Pflegschaft für Erwachsene (§ 118)</b>   |            |
| Vgl dazu § 35b FGG Rn 117 ff.   | <b>227</b> |
| <b>Andere Verfahren (§ 119)</b>   | <b>228</b> |
| <b>Keine ausschließliche Zuständigkeit (§ 120)</b>  | <b>229</b> |
| <b>Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen (§ 121)</b>  |            |
| Näheres vgl § 16a FGG Rn 101 ff, § 28 FGG Rn 50.  | <b>230</b> |
| Durch E 2006 wurde in Abs 7 als neuer Satz 3 die entsprechende Anwendung von § 16 Abs 1, 17 Abs 1 und 2 sowie Abschnitt 5 und 6 angeordnet.   |            |
| <b>Anerkennung anderer ausländischer Entscheidungen (§ 122)</b>   |            |
| Näheres vgl § 16a FGG Rn 101 ff.  | <b>231</b> |
| <b>Anerkennungshindernisse (§ 123)</b>  |            |
| Näheres vgl § 16a FGG Rn 101 ff.  | <b>232</b> |
| <b>Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen (§ 124)</b>   |            |
| Näheres vgl § 16a FGG Rn 101 ff.  | <b>233</b> |

<sup>97</sup> Ders aaO S 12.

## BUCH 2

## VERFAHREN IN FAMILIENSACHEN

- 234** Von der Möglichkeit, eine gesonderte **Verfahrensordnung für Familiensachen** zu schaffen, wurde Abstand genommen, weil entweder parallele Regelungen zur ZPO und zum Verfahrensgesetz der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder Verweisungen auf diese Gesetze erforderlich gewesen wären. Gegenüber einer Regelung in der ZPO wurde der Aufnahme in das Verfahrensgesetz der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Vorzug gegeben wegen der Flexibilität seiner Regelungen. Außerdem könnten dort besser Verfahren mit abweichenden Regelungen untergebracht werden. Das hat dazu geführt, dass einheitlich die Entscheidungsform des Beschlusses eingeführt wurde. Außerdem konnte eine Vereinheitlichung des vielgestaltigen Rechtsmittelwesens in Familiensachen erfolgen. So wurde das bisherige sechste Buch der ZPO vollständig aufgehoben.<sup>98</sup>
- 235** Die Zuständigkeit des Familiengerichts wird zu einem so genannten **großen Familiengericht** erweitert. Damit werden Abgrenzungsprobleme verringert, Verweisungen und Abgaben vermieden, auch widersprechende Entscheidungen. Das neue Familiengericht erhält die Zuständigkeit für bisher vor die Zivilgerichte gehörende Verfahren: nach dem Gewaltschutzgesetz und für zivilrechtliche Streitigkeiten aus familienrechtlichen Rechtsverhältnissen. Die mit Betreuung und Unterbringung in Zusammenhang stehenden gerichtlichen Aufgaben werden dem **Betreuungsgericht** zugewiesen, dass im GVG verankert wird und das bisherige Vormundschaftsgericht ersetzen wird.<sup>99</sup>
- Kennzeichnend für die Neuregelung sind die Vereinheitlichung der **Terminologie** zB Verfahren statt Prozess, Beschluss statt Urteil, zwingende Rechtsbehelfsbelehrung, Wirksamkeit mit Bekanntgabe, sofortige Beschwerde als einheitliches und einziges Rechtsmittel, einheitliche Ausgestaltung der einstweiligen Anordnung,, nicht öffentliche mündliche Verhandlung, einheitliches Gerichtskostenrecht für alle Familiensachen in einem besonderen FamGKG.<sup>100</sup>
- 236** Durch E 2006 wurde der Katalog um eine Nr 11. „*Lebenspartnerschaftssachen*“ erweitert.

## Familiensachen (§ 125)

- 237** Die Definition der Familiensachen in diesem Gesetz ermöglicht den Verzicht auf eine detaillierte Beschreibung in anderen Gesetzen zB im GVG (§ 23a des E).<sup>101</sup>
- Näheres vgl § 16a FGG Rn 101 ff, § 43b FGG Rn 78 ff.

## Abschnitt 1

## Verfahren in Ehesachen; Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen

## Titel 1

## Verfahren in Ehesachen

- 238** Die Grundstruktur des Verfahrens in Ehesachen wird nicht verändert.<sup>102</sup>
- Jedoch wird die Pflicht zu einem Informationsgespräch über außergerichtliche Streitbeilegung hinsichtlich der Scheidungsfolgen, Einbeziehung der Kindschaftssachen im Verbund nur auf ausdrücklichen Antrag, Anhörung der Ehegatten nicht nur zur elterlichen

<sup>98</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1431.

<sup>99</sup> Dies aaO S 1433.

<sup>100</sup> Dies 1433 f, s auch Vorbem zu § 13a.

<sup>101</sup> Dies FamRZ 2005, 1432.

<sup>102</sup> Dies FamRZ 2005, 1434.

Sorge sondern auch zum Umgangsrecht bei gemeinschaftlichen minderjährigen Kindern neu eingeführt.

Ehesachen sind Familiensachen nach § 125 Nr 1 des Entwurfs.

### Ehesachen (§ 126)

Es handelt sich um dieselben Verfahren wie bisher nach § 606 Abs 1 S 1 ZPO. Lediglich die Verfahren auf Herstellung des ehelichen Lebens gehören zu den den ZPO-Regeln unterliegenden „sonstigen Familiensachen“. **239**

### Örtliche Zuständigkeit (§ 127)

**240**

Der *Deutsche Verein* will die Anknüpfung an den gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt bestehen lassen, weil er auch bei einer räumlichen Trennung innerhalb der Wohnung vorliegen könne. Ferner wird angeregt, als ausschließlich zuständiges Gericht nicht nur das Gericht vorzusehen, in dessen Bezirk einer der Ehegatten mit allen gemeinschaftlichen minderjährigen Kindern seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, sondern die Zuständigkeit sollte auch dann gegeben sein, wenn die Kinder bei einem Dritten (Großeltern) im selben Ort wie ein Ehegatte leben oder eines der Kinder bei einem Dritten und die anderen oder das andere Kind bei dem Ehegatten im selben Ort wohnt. Deshalb wurde angeregt, in Abs 1 Nr 1 die Worte „mit allen“ durch das Wort „die“ zu ersetzen.<sup>103</sup> **241**

### Abgabe bei Anhängigkeit mehrerer Ehesachen (§ 128)

**242**

### Anwendung der Zivilprozessordnung (§ 129)

**243**

### Vertretung durch einen Rechtsanwalt, Vollmacht (§ 130)

**244**

### Antrag (§ 131)

Näheres vgl § 69f FGG Rn 41.

**245**

### Entscheidung durch Beschluss, Rechtsmittel (§ 132)

**246**

### Verfahrensfähigkeit (§ 133)

**247**

### Mehrere Ehesachen; Ehesachen und andere Verfahren (§ 134)

**248**

### Eingeschränkte Amtsermittlung (§ 135)

**249**

### Persönliches Erscheinen der Ehegatten (§ 136)

**250**

### Mitwirkung der Verwaltungsbehörde oder dritter Personen (§ 137)

**251**

### Säumnis der Beteiligten (§ 138)

**252**

### Tod eines Ehegatten (§ 139)

**253**

### Kosten bei Aufhebung der Ehe (§ 140)

**254**

## Titel 2

### Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen

Es wird die Pflicht zu einem Informationsgespräch über außergerichtliche Streitbeilegung hinsichtlich der Scheidungsfolgen, Einbeziehung der Kindschaftssachen im Verbund nur auf ausdrücklichen Antrag, Anhörung der Ehegatten nicht nur zur elterlichen **255**

<sup>103</sup> *Deutscher Verein* aaO S 15.

Sorge sondern auch zum Umgangsrecht bei gemeinschaftlichen minderjährigen Kindern neu eingeführt.<sup>104</sup>

- 256** **Inhalt der Antragschrift (§ 141)**
- 257** **Zustimmung zur Scheidung, Widerruf (§ 142)**
- 258** **Vereinfachtes Scheidungsverfahren (§ 143)**  
Für die Entscheidung über den Scheidungsantrag ist ein vereinfachtes Scheidungsverfahren vorgesehen, wenn keine gemeinschaftlichen Kinder vorhanden sind, außerhalb der Folgesache Versorgungsausgleich weitere Folgesachen nicht anhängig sind und der Antragsteller mit der Antragschrift die notariell **beurkundete** Erklärung beider Ehegatten, dass sie das vereinfachte Scheidungsverfahren wählen, eine Vereinbarung über die durch die Ehe begründete Unterhaltspflicht sowie eine Vereinbarung über die Rechtsverhältnisse an der Ehewohnung und am Hausrat vorlegt. Da sich beide Ehegatten nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen müssen (§ 130 Abs 1 S 2), wurde in einem neuen § 17a BeurkG vorgeschrieben, dass der **Notar** die Ehegatten vor der Beurkundung darauf **hinweisen** soll, dass eine Beratung im alleinigen Interesse eines Ehegatten nur durch einen Rechtsanwalt erfolgt. Obwohl eine Dokumentation über die Erteilung des Hinweises nicht vorgeschrieben ist, wird dem Notar empfohlen, in der Urkunde einen Vermerk darüber aufzunehmen, dass der Hinweis erteilt worden ist.<sup>105</sup>
- 259** Der *Deutsche Verein* hat gegen das vereinfachte Scheidungsverfahren erhebliche Bedenken vorgebracht. Minderbemittelte würden weiterhin das streitige Verfahren nach Gewährung von Prozesskostenhilfe wählen. Außerdem würden die notariellen Urkunden nur Vereinbarungen über die Unterhaltspflicht der Ehegatten und über die Rechtsverhältnisse an der Ehewohnung und am Hausrat enthalten, während güterrechtliche Fragen weiterhin im Streitverfahren geregelt werden müssten. Da der Versorgungsausgleich auch erst sechs Monate nach Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags abgetrennt werden könne, sei eine Beschleunigung des Scheidungsverfahrens nicht zu erwarten.<sup>106</sup>
- 260** **Außergerichtliche Streitbeilegung über Folgesachen (§ 144)**
- 261** Nach Auffassung des *Deutschen Vereins* sollte es keine Anordnungsbefugnis über Mediation oder sonstige Streitbeilegung geben sondern lediglich ein Vorschlag dazu vorgesehen werden wie es bisher in § 278 ZPO geregelt ist.<sup>107</sup>
- 262** **Aussetzung des Verfahrens (§ 145)**
- 263** **Verbund von Scheidungs- und Folgesachen (§ 146)**
- 264** **Beordnung eines Rechtsanwalts (§ 147)**
- 265** **Einbeziehung weiterer Beteiligter und dritter Personen (§ 148)**
- 266** **Abtrennung (§ 149)**
- 267** **Rücknahme der Scheidungsantrags (§ 150)**
- 268** **Einheitliche Endentscheidung; Abweisung der Scheidungsantrags (§ 151)**
- 269** **Einspruch; Verzicht auf Anschlussrechtsmittel (§ 152)**

<sup>104</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1434.

<sup>106</sup> *Deutscher Verein* aaO S 17.

<sup>107</sup> *Ders* aaO S 17.

<sup>105</sup> FGG-ReformG-E S 686.

|   |            |
|---|------------|
| <b>Befristung von Rechtsmittelerweiterung und Anschlussrechtsmittel (§ 153)</b>   | <b>270</b> |
| <b>Zurückverweisung (§ 154)</b>   | <b>271</b> |
| <b>Erweiterte Aufhebung (§ 155)</b>   | <b>272</b> |
| <b>Wirksamwerden von Entscheidungen in Folgesachen (§ 156)</b>  | <b>273</b> |
| <b>Erstreckung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe (§ 157)</b>   | <b>274</b> |
| <b>Kosten in Scheidungssachen und Folgesachen (§ 158)</b>   | <b>275</b> |
| Nach dem E 2006 kann das Gericht bei der Verteilung der Kosten nach billigem Ermessen auch berücksichtigen, ob ein Beteiligter einer richterlichen Anordnung zur Teilnahme an einem Informationsgespräch nach § 144 Abs 1 nicht nachgekommen ist, sofern der Beteiligte dies nicht genügend entschuldigt hat (Abs 4 S 2). <sup>108</sup>  | <b>276</b> |
| <b>Abschnitt 1</b>  |            |
| <b>Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen</b>  | <b>277</b> |
| <b>Abschnitt 2</b>  |            |
| <b>Verfahren in Kindschaftssachen</b>   |            |
| <b>Kindschaftssachen (§ 161)</b>  |            |
| Dazu gehören alle Verfahren, die die elterliche Sorge, das Umgangsrecht, die Kindesherausgabe, die Vormundschaft, Pflegschaft, Bestellung eines sonstigen Vertreters für einen Minderjährigen bzw eine Leibesfrucht, Genehmigung oder Anordnung einer freiheitsentziehenden Unterbringung sowie die Aufgaben des Familiengerichts nach dem JGG betreffen. <sup>109</sup> Sie sind Familiensachen gem § 125 Nr 3 des Entwurfs. | <b>278</b> |
| Näheres vgl § 35 FGG Rn 7, 79, § 36 FGG Rn 77, § 36b FGG Rn 14, § 37 FGG Rn 38, § 40 FGG Rn 15, § 70a FGG Rn 10.  | <b>279</b> |
| <b>Örtliche Zuständigkeit (§ 162)</b>   |            |
| Näheres vgl § 36 FGG Rn 77, § 36a FGG Rn 18, § 37 FGG Rn 38, § 40 FGG Rn 15, § 44 FGG Rn 30 ff.   | <b>280</b> |
| Maßgebend ist der gewöhnliche Aufenthaltsort des Kindes.  | <b>281</b> |
| <b>Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 163)</b>   | <b>282</b> |
| <b>Abgabe bei einseitiger Änderung des Aufenthalts des Kindes (§ 164)</b>   | <b>283</b> |
| <b>Beschleunigungsgebot, Hinwirken auf Einvernehmen (§ 165)</b>   |            |
| Anstelle des schriftlichen Jugendamtsberichts soll in einem ersten Erörterungstermin auch ein Vertreter des Jugendamts persönlich anwesend sein. Zum Zwecke der Beschleunigung ist zwingend die Erörterung der Möglichkeit des Erlasses einer einstweiligen Anordnung vorgeschrieben. <sup>110</sup>  | <b>284</b> |
| Näheres vgl § 52 FGG Rn 20.   |            |

<sup>108</sup> Der 3. Abschn mit den §§ 159, 160 ist durch E 2006 aufgehoben, da die Lebenspartnerschaftssachen nun zum Kreis der Familiensachen (§ 125 Nr 11) gehören. Verfahrensvorschriften siehe Abschnitt 11 §§ 281, 282 (Rn 416, 417).

<sup>109</sup> *Meyer-Seitz/Kröger/Heiter* FamRZ 2005, 1435.

<sup>110</sup> *Dies* FamRZ 2005, 1435.

**Verfahrensbeistand (§ 166)**

- 285** Der bisherige Pfleger für das Verfahren nach § 50 FGG wird nunmehr Verfahrensbeistand genannt, um deutlich zu machen, dass es sich um einen Fürsprecher für das Kind handelt. Der Verfahrensbeistand ist kein Vertreter des Kindes sondern hat eine eigene Rechtsstellung wie ein Verfahrensbeteiligter.<sup>111</sup>

Nähers vgl § 50 FGG Rn 97.

**Persönliche Anhörung des Kindes (§ 167)**

- 286** Näheres vgl § 50b FGG Rn 39.

**Anhörung der Eltern (§ 168)**

- 287** Näheres vgl § 50a FGG Rn 36.

**Anhörung der Pflegeperson (§ 169)**

- 288** Näheres vgl § 50c FGG Rn 9.

**Mitwirkung des Jugendamts (§ 170)**

- 289** Die Aufzählung der einzelnen Tatbestände der Anhörungsrecht in § 49a FGG und wurde durch eine allgemeine Formulierung ersetzt. Aus Abs 2 ergibt sich, dass das Jugendamt durch die Anhörung noch nicht zum Verfahrensbeteiligten wird.

Näheres vgl § 49a FGG Rn 33.

**Fristsetzung bei schriftlicher Begutachtung; Inhalt des Gutachtauftrags (§ 171)**

- 290** Die Fristsetzung schon bei Anordnung des Gutachtens und nicht erst nach Eintritt einer Verzögerung wird zur Beschleunigung des Verfahrens beitragen. Die Regelung des Abs 2 entspricht zwar einer weit verbreiteten familiengerichtlichen Praxis, dass der Sachverständige auch auf die Herstellung des Einvernehmens zwischen den Beteiligten hinwirkt. Sie ist aber mit dem Strengbeweis des Sachverständigengutachtens nicht zu rechtfertigen. Der *Deutsche Verein* weist daraufhin, dass der Sachverständige nicht zur Konfliktlösung eingesetzt werden darf.<sup>112</sup>

**Bekanntgabe der Entscheidung an das Kind (§ 172)****Vermittlungsverfahren (§ 173)**

- 292** Näheres vgl § 52a FGG Rn 28.

**Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen (§ 174)**

- 294** Unmittelbar vor Drucklegung dieses Bandes hat das BMJ den Berufsverbänden und Vereinigungen ein Diskussionspapier zur Herauslösung verfahrensrechtlicher Vorschriften aus dem BGB im Zuge der FGG-Reform übersandt. Darin ist beabsichtigt, den materiellrechtlichen Inhalt des geltenden § 1696 BGB im BGB zu belassen und nur die verfahrensrechtlichen Regelungen in das FamFG aufzunehmen. Die Absätze 1 und 2 des § 1696 BGB sollen inhaltlich im wesentlichen unverändert bleiben. Abs 1 soll die materiellrechtlichen Eingriffsbefugnisse zur Änderung von sorge- und umgangsrechtlichen Entscheidungen regeln. Darin liegt aber bereits eine inhaltliche Änderung, weil sich die Norm auf sorge- oder umgangsrechtliche Entscheidungen beschränkt. Dagegen heißt es in der amtlichen Begründung zur ursprünglichen Fassung von § 174 FamFG (Seite 507), es handle

<sup>111</sup> Dies FamRZ 2005, 1435.

<sup>112</sup> *Deutscher Verein* aaO S 21, BRAK (Fn 69 S 29).

sich im Bereich der Kindschaftssachen um eine Spezialvorschrift. „Kindschaftssachen“ iS des § 161 FamFG-E sind aber nicht nur sorge- und umgangsrechtliche Verfahren, sondern auch solche, die etwa die Vormundschaft oder Pflegschaft betreffen. Sie wären von der vorgeschlagenen Neufassung des § 1696 BGB-E nicht mehr erfasst. Will man den Anwendungsbereich des neuen § 1696 BGB-E so einschränken, müsste zumindest in der Neufassung des § 174 FamFG-E, der hinsichtlich der Änderungsmöglichkeit nur noch einen Verweis auf § 1696 BGB enthält, eine eigenständige Regelung zu den übrigen Kindschaftssachen aufgenommen oder alternativ der Anwendungsbereich des § 1696 BGB auf alle Kindschaftssachen im Sinne des FamFG erweitert werden. Die vorgeschlagene Neufassung des § 174 Abs 2 FamFG-E nimmt den Inhalt des geltenden § 1696 Abs 3 BGB auf.

*Anwendbare Vorschriften bei Lebenspartnerschaft (§ 175)*

Durch E 2006 wurde die Vorschrift **gestrichen**. § 175 nicht belegt. **295**

**Anwendbare Vorschriften der Unterbringung Minderjähriger (§ 176)**

Näheres vgl § 70a FGG Rn 10. **296**

**Beschluss über Zahlungen des Mündels (§ 177)**

Näheres vgl § 56g FGG Rn 112, § 67a FGG Rn 42, § 69e FGG Rn 19. **297**

Abschnitt 3

**Verfahren in Abstammungssachen**

**Abstammungssachen (§ 178)**

Dazu gehören Verfahren auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Eltern-Kind-Verhältnisses, der Wirksamkeit bzw Unwirksamkeit einer Anerkennung der Vaterschaft und Verfahren auf Anfechtung der Vaterschaft. Sie sind Familiensachen gem § 125 Nr 4 des Entwurfs. **298**

Näheres vgl § 55b FGG Rn 48, § 55c FGG Rn 22. **299**

**Örtliche Zuständigkeit (§ 179)**

Näheres vgl § 56c FGG Rn 52. **300**

**Antrag (§ 180)**

Näheres vgl § 55b FGG Rn 48. **301**

Eine Substantiierung des Antrags ist nun nicht mehr erforderlich.<sup>113</sup> **302**

Der *Deutsche Verein* beanstandet, dass für den das Verfahren einleitenden Antrag eine Begründung nicht erforderlich ist. Damit sei eine genügende Vorbereitung des Erörterungstermins nach § 183 nicht möglich.<sup>114</sup>

**Beteiligte (§ 181)**

Näheres vgl § 55b FGG Rn 48. **303**

Einen Antragsgegner soll es künftig nicht mehr geben, um die Beteiligten nicht in gegnerische Positionen durch Verfahrensvorschriften zu drängen.<sup>115</sup>

<sup>113</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1436 mwN.

<sup>115</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1436.

<sup>114</sup> *Deutscher Verein* aaO S 22.

- 304** Durch E 2006 wurde ein neuer § 181a eingefügt:  
**Vertretung eines Kindes durch einen Beistand (§ 181a)**  
*Wird das Kind durch das Jugendamt als Beistand vertreten, ist die Vertretung durch den sorgeberechtigten Elternteil ausgeschlossen.*
- 305** **Verfahrensbeistand (§ 182)**
- 306** **Erörterungstermin (§ 183)**
- 307** Wenn der mündliche Vortrag die fehlende schriftliche Begründung ersetzen soll, müsste die Erörterung nebst Anordnung des persönlichen Erscheinens der Beteiligten als Muss-Vorschrift ausgestaltet werden. Außerdem sollte dem Kind in Abstammungssachen immer ein Verfahrensbeteiligter bestellt werden.<sup>116</sup>
- 308** **Anhörung des Jugendamts (§ 184)**  
**Eingeschränkte Amtsermittlung; förmliche Beweisaufnahme (§ 185)**
- 309** Die Vorschrift entspricht inhaltlich § 640d ZPO.
- 310** **Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung (§ 186)**
- 311** **Mehrheit von Verfahren (§ 187)**
- 312** **Erklärungen zur Niederschrift des Gerichts (§ 188)**
- 313** **Tod eines Beteiligten (§ 189)**
- 314** **Inhalt des Beschlusses (§ 190)**
- 315** **Kosten bei Anfechtung der Vaterschaft (§ 191)**  
**Wirksamkeit des Beschlusses, Ausschluss der Abänderung (§ 192)**
- 316** Näheres vgl § 55b FGG Rn 48, § 55c FGG Rn 52, § 56c FGG Rn 52.
- 317** **Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 193)**

## Abschnitt 4

## Verfahren in Adoptionssachen

## Adoptionssachen (§ 194)

- 318** Zu den Adoptionssachen gehören die Verfahren zur Annahme als Kind, zur Ersetzung einer dazu erforderlichen Einwilligung, zur Aufhebung eines Annahmeverhältnisses, zur Befreiung vom Eheverbot der durch Annahme als Kind begründeten Verwandtschaft (§ 1308 Abs 1 BGB).<sup>117</sup> Sie sind **Familiensachen** gem § 125 Nr 5 des Entwurfs.  
 Näheres vgl § 43b FGG Rn 78 ff, § 49 FGG Rn 27, § 56f FGG Rn 55.
- 319** **Örtliche Zuständigkeit (§ 195)**  
 Zuständig wird künftig nicht mehr das Vormundschaftsgericht sondern das Familiengericht sein. Die Zuständigkeit knüpft an den gewöhnlichen Aufenthalt an und unterscheidet sich dadurch von § 43b FGG, der entweder vom Wohnsitz oder vom Aufenthalt ausgeht.  
 Näheres vgl § 43b FGG Rn 78 ff, § 44 FGG Rn 30 ff.

<sup>116</sup> *Deutscher Verein* aaO S 22.

<sup>117</sup> *Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ* 2005, 1436.



|  |            |
|--|------------|
| <b>Beteiligte (§ 196)</b>  |            |
| Näheres vgl § 56f FGG Rn 55.   | <b>320</b> |
| Die Beteiligung der Eltern des minderjährigen Anzunehmenden auch bei der so genannten <b>Inkognitooption</b> wird vom <i>Deutschen Verein</i> <b>kritisch</b> gesehen. Da mit der Einwilligung ein Umgangsverbot (§ 1751 Abs 1 S 1 BGB) besteht, stünde die Beteiligung der Eltern mit dem Offenbarungs- und Ausforschungsverbot im Widerspruch. Eine persönliche Anhörung sei nicht erforderlich, da die Eltern bei der Beurkundung der Einwilligungserklärung notariell befehrt worden seien. Ferner sei es wünschenswert, dass eine „kann“-Beteiligung nach § 8 als Abs 3 in die Vorschrift eingefügt würde. <sup>118</sup> | <b>321</b> |
| <b>Gutachtliche Äußerung einer Adoptionsvermittlungsstelle (§ 197)</b>   |            |
| Näheres vgl § 56d FGG Rn 21.   | <b>322</b> |
| <b>Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft (§ 198)</b>   |            |
|  | <b>323</b> |
| <b>Verfahrensbeistand (§ 199)</b>  |            |
| Näheres vgl § 56f FGG Rn 55.   | <b>324</b> |
| <b>Anhörung der Beteiligten (§ 200)</b>  |            |
|  | <b>325</b> |
| <b>Anhörung weiterer Personen (§ 201)</b>  |            |
|  | <b>326</b> |
| <b>Anhörung des Jugendamts (§ 202)</b>   |            |
| Näheres vgl § 49 FGG Rn 27.  | <b>327</b> |
| <b>Anhörung des Landesjugendamts (§ 203)</b>   |            |
| Näheres vgl § 49 FGG Rn 27.  | <b>328</b> |
| <b>Unzulässigkeit der Verbindung (§ 204)</b>   |            |
|  | <b>329</b> |
| <b>Beschluss über die Annahme als Kind (§ 205)</b>   |            |
| Näheres vgl § 56e FGG Rn 62.   | <b>330</b> |
| <b>Beschluss im weiteren Verfahren (§ 206)</b>   |            |
| Näheres vgl § 56f FGG Rn 55.   | <b>331</b> |
| <b>Anwendung des Adoptionswirkungsgesetzes (§ 207)</b>   |            |
|  | <b>332</b> |
| <b>Abschnitt 5</b>   |            |
| <b>Verfahren in Wohnungszuweisungssachen und Hausratsachen</b>   |            |
| <b>Wohnungszuweisungssachen; Hausratsachen (§ 208)</b>   |            |
| Erfasst werden die Verfahren nach §§ 1361a, 1361b BGB, der HausratsVO und dem LPartG. Sie sind Familiensachen gem § 125 Nr 6 des Entwurfs. Durch E 2006 wurden in den Absätzen 1 und 2 die Nrn 3 und 4 <b>gestrichen</b> , die auf das LPartG verwiesen.   | <b>333</b> |
| Die Vorschrift sieht eine stärkere Einbeziehung des Jugendamtes in Wohnungszuweisungssachen vor, wenn minderjährige Kinder im Haushalt der Ehegatten leben. Das Jugendamt ist nicht nur anzuhören sondern auf seinen Antrag auch zu beteiligen.  | <b>334</b> |
| <b>Örtliche Zuständigkeit (§ 209)</b>  |            |
|  | <b>335</b> |
| <b>Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 210)</b>  |            |
|  | <b>336</b> |

<sup>118</sup> *Deutscher Verein* aaO S 23.

|            |      |   |
|------------|------|---|
|            | Einl | Einleitung  |
| <b>337</b> |      | Antrag (§ 211)  |
| <b>338</b> |      | Beteiligte (§ 212)  |
|            |      | Anhörung des Jugendamts in Wohnungszuweisungssachen (§ 213)   |
| <b>339</b> |      | Näheres vgl § 64b FGG Rn 22.  |
|            |      | Besondere Vorschriften in Hausratssachen (§ 214)  |
| <b>340</b> |      | Der Entwurf führt in Hausratssachen eine Mitwirkungspflicht <sup>119</sup> der Ehegatten hinsichtlich sämtlicher Hausratsgegenstände und der vom Antragsteller begehrten Gegenstände ein. |
| <b>341</b> |      | Erörterungstermin (§ 215)   |
| <b>342</b> |      | Tod eines Ehegatten (§ 216)   |
| <b>343</b> |      | Durchführung der Entscheidung, Wirksamkeit (§ 217)  |
| <b>344</b> |      | Anwendbare Vorschriften bei Lebenspartnerschaft (§ 218)   |
|            |      | Durch E 2006 wurde die Vorschrift gestrichen, § 218 nicht belegt.   |
|            |      | Abschnitt 6   |
|            |      | Verfahren in Gewaltschutzsachen   |
|            |      | Gewaltschutzsachen (§ 219)  |
| <b>345</b> |      | Es handelt sich um Verfahren nach §§ 1 und 2 Gewaltschutzgesetz.<br>Neu ist die Zuständigkeit des Familiengerichts für alle Gewaltschutzsachen (§ 125 Nr 7 E).                            |
|            |      | Örtliche Zuständigkeit (§ 220)  |
| <b>346</b> |      | Näheres vgl § 64b FGG Rn 22.  |
|            |      | Beteiligte (§ 221)  |
| <b>347</b> |      | Näheres vgl § 64b FGG Rn 22.  |
|            |      | Anhörung des Jugendamts (§ 222)   |
| <b>348</b> |      | Näheres vgl § 64b FGG Rn 22.  |
|            |      | Einstweilige Anordnung (§ 223)  |
| <b>349</b> |      | Näheres vgl § 64b FGG Rn 22.  |
| <b>350</b> |      | Durchführung der Entscheidung (§ 224)   |
| <b>351</b> |      | Wirksamkeit, Vollstreckung vor Zustellung (§ 225)   |
|            |      | Abschnitt 7   |
|            |      | Verfahren in Versorgungsausgleichssachen  |
| <b>352</b> |      | Näheres vgl Vor § 53b–53g FGG Rn 31.  |
|            |      | Versorgungsausgleichssachen (§ 226)   |
| <b>353</b> |      | Näheres vgl § 45 FGG Rn 37 ff, § 53b FGG Rn 85 ff.  |

<sup>119</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1436.

|  |            |
|--|------------|
| <b>Örtliche Zuständigkeit (§ 227)</b>  |            |
| Näheres vgl § 45 FGG Rn 37 ff.   | <b>354</b> |
| <b>Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 228)</b>  |            |
|  | <b>355</b> |
| <b>Beteiligte (§ 229)</b>  |            |
| Näheres vgl § 53b FGG Rn 85 ff.  | <b>356</b> |
| <b>Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht (§ 230)</b>   |            |
| Näheres vgl § 53b FGG Rn 85 ff.  | <b>357</b> |
| <b>Aussetzung des Verfahrens über den Versorgungsausgleich (§ 231)</b>   |            |
| Näheres vgl § 53c FGG Rn 11.   | <b>358</b> |
| <b>Erörterungstermin (§ 232)</b>   |            |
| Näheres vgl § 53b FGG Rn 85 ff.  | <b>359</b> |
| <b>Vereinbarung über den Versorgungsausgleich (§ 233)</b>  |            |
| Näheres vgl § 53d FGG Rn 25.   | <b>360</b> |
| <b>Zahlungen zur Begründung von Rentenanwartschaften (§ 234)</b>   |            |
| Näheres vgl § 53e FGG Rn 18.   | <b>361</b> |
| <b>Aufhebung der früheren Entscheidung bei schuldrechtlichem Versorgungsausgleich (§ 235)</b>                          |            |
| Näheres vgl § 53f FGG Rn 5.  | <b>362</b> |
| <b>Einstweilige Anordnung (§ 236)</b>  |            |
|  | <b>363</b> |
| <b>Entscheidung über den Versorgungsausgleich (§ 237)</b>  |            |
| Näheres vgl § 53b FGG Rn 85 ff, § 53g FGG Rn 12.   | <b>364</b> |
| <b>Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde, Ausschluss der Rechtsbeschwerde (§ 238)</b>                                 |            |
| Näheres vgl § 53g FGG Rn 12.   | <b>365</b> |
| <b>Abänderung von Entscheidungen (§ 239)</b>   |            |
|  | <b>366</b> |
| <b>Abänderung von Vereinbarungen (§ 240)</b>   |            |
|  | <b>367</b> |
| <b>Tod des antragstellenden Ehegatten oder des Antragsgegners (§ 241)</b>  |            |
|  | <b>368</b> |
| <i>Anwendbare Vorschriften bei Lebenspartnerschaft (§ 242)</i>   |            |
| Durch E 2006 wurde die Vorschrift gestrichen, nun in § 282 geregelt (§242 nicht belegt).                               | <b>369</b> |
| <br>Abschnitt 8<br><b>Verfahren in Unterhaltssachen</b>  |            |
| Die Zuständigkeit des Familiengerichts ergibt sich aus § 125 Nr 9 des Entwurfes.                                       | <b>370</b> |
| <br>Titel 1<br><b>Besondere Verfahrensvorschriften</b>   |            |
| <b>Unterhaltssachen (§ 243)</b>  |            |
| Durch E 2006 wurden in Abs 1 Nr 4 und 5 gestrichen, die sich auf (gemeinschaftliche) Kinder der Lebenspartner bezogen. | <b>371</b> |

### Örtliche Zuständigkeit (§ 244)

**372** Durch E 2006 wurde in Abs 3 als neue Nr 3 eingefügt „das Gericht, bei dem der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, wenn Antragsgegner im Inland keinen Gerichtsstand hat“.

**373** Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 245)

**374** Durch E 2006 wurde ein § 245a eingefügt:

#### Vertretung eines Kindes durch einen Beistand (§ 245a)

*Wird das Kind durch das Jugendamt als Beistand vertreten, ist die Vertretung durch den sorgeberechtigten Elternteil ausgeschlossen.*

**375** Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht der Beteiligten (§ 246)

**376** Der *Deutsche Verein* hat erhebliche Bedenken gegen die Regelung, dass die Vorlage von Belegen nur über die Einkünfte vorgesehen ist, so weit dies für die Bemessung des Unterhalts von Bedeutung ist. Damit werde dem Gericht die bisherige Möglichkeit genommen, von der Beteiligten auch die Vorlage von Belegen für ihr Vermögen zu verlangen, obwohl nach der Rechtsprechung zu § 1605 BGB von selbstständig Beschäftigten die Vorlage von Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnung verlangt werden kann.<sup>120</sup>

#### Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter (§ 247)

**377** Durch diese Vorschrift kann auch eine Auskunft bei Sozialversicherungsträgern, Versicherungsunternehmen bzw beim Finanzamt eingeholt werden.<sup>121</sup>

**378** Der *Deutsche Verein* beanstandet auch hier die Beschränkung auf die Einkünfte wie bei § 246.<sup>122</sup>

**379** Unterhalt bei Feststellung der Vaterschaft (§ 248)

**380** Abänderung gerichtlicher Entscheidungen (§ 249)

**381** Abänderung von Vergleichen und Urkunden (§ 250)

**382** Abänderung von Entscheidungen nach §§ 248 und 264 (§ 251)

**383** Verschärfte Haftung (§ 252)

**384** Einstweilige Einstellung der Vollstreckung (§ 253)

**385** Kostenentscheidung (§ 254)

**386** Unzulässiger Einwand der Volljährigkeit (§ 255)

**387** Bezifferung dynamisierter Unterhaltstitel zur Zwangsvollstreckung im Ausland (§ 256)<sup>123</sup>

*(1) Soll ein Unterhaltstitel, der den Unterhalt nach § 1612a des Bürgerlichen Gesetzbuches als Prozentsatz des jeweiligen Regelbetrags nach der Regelbetrag-Verordnung festsetzt, im Ausland vollstreckt werden, ist auf Antrag der geschuldete Unterhalt auf dem Titel zu beziffern.*

*(2) Für die Bezifferung sind die Gerichte, Behörden oder Notare zuständig, denen die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des Titels obliegt.*

<sup>120</sup> *Deutscher Verein* aaO S 25.

<sup>121</sup> RefE FGG-ReformG; S 538.

<sup>122</sup> *Deutscher Verein* aaO S 25.

<sup>123</sup> Im Entwurf 2005 war in § 256 die Anwen-

dung von Vorschriften bei Lebenspartnerschaft geregelt. Die Vorschrift ist durch E 2006 völlig neu gefasst und der bisherige Regelungsinhalt ist nun in § 282 enthalten.

*(3) Auf die Anfechtung der Entscheidung über die Bezifferung sind die Vorschriften über die Anfechtung der Entscheidung über die Erteilung einer Vollstreckungsklausel entsprechend anzuwenden.*

|  |            |
|--|------------|
| Nicht anzuwendende Vorschriften in Unterhaltssachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 257)   | <b>388</b> |
| Titel 2  |            |
| Einstweilige Anordnung   |            |
| Besondere Vorschriften für die einstweilige Anordnung (§ 258)  | <b>389</b> |
| Einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft (§ 259)  | <b>390</b> |
| Titel 3  |            |
| Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger  |            |
| Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens (§ 260)   | <b>391</b> |
| Antrag (§ 261)   | <b>392</b> |
| Maßnahmen des Gerichts (§ 262)   | <b>393</b> |
| Einwendungen des Antragsgegners (§ 263)  | <b>394</b> |
| Festsetzungsbeschluss (§ 264)  | <b>395</b> |
| Mitteilungen über Einwendungen (§ 265)   | <b>396</b> |
| Streitiges Verfahren (§ 266)   | <b>397</b> |
| Sofortige Beschwerde (§ 267)   | <b>398</b> |
| Besondere Verfahrensvorschriften (§ 268)   | <b>399</b> |
| Sonderregelungen für maschinelle Bearbeitung (§ 269)   | <b>400</b> |
| Formulare (§ 270)  | <b>401</b> |
| Bestimmung des Amtsgerichts (§ 271)  | <b>402</b> |
| Abschnitt 9  |            |
| Verfahren in Güterrechtssachen   |            |
| Die Zuständigkeit des Familiengerichts ergibt sich aus § 125 Nr 10.  | <b>403</b> |
| Güterrechtssachen (§ 272)  |            |
| Unter Güterrechtssachen versteht der Entwurf die Güterrechtsstreitigkeiten (bisher § 621 Abs 1 Nr 8 ZPO) als Familienstreitsachen sowie die Güterstandsverfahren. <sup>124</sup> | <b>404</b> |
| Örtliche Zuständigkeit (§ 273)   |            |
| Näheres vgl § 45 FGG Rn 37 ff.   | <b>405</b> |
| Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 274)   | <b>406</b> |

<sup>124</sup> Meyer-Seitz/Kröger/Heiter FamRZ 2005, 1437.

## Verfahren nach den §§ 1382 und 1383 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 275)

**407** Näheres vgl § 53a FGG Rn 43.

**408** Einheitliche Entscheidung (§ 276)*Anwendbare Vorschriften bei Lebenspartnerschaft (§ 277)*

**409** Durch den E 2006 wurde die Vorschrift aufgehoben. § 278 wurde nunmehr § 277.

## Abschnitt 10

## Verfahren in sonstigen Familiensachen

**410** Die Zuständigkeit des Familiengerichts ergibt sich aus § 125 Nr 11 des E.

Bei den sonstigen Familiensachen werden zwei Gruppen unterschieden. Einmal sind das Verfahren über Ansprüche, die ihren Grund unmittelbar in einem familienrechtlich geregelten Rechtsverhältnisse haben, sowie Verfahren bei denen es um die wirtschaftliche Auseinandersetzung der vormaligen Partner geht, die aber im Zusammenhang mit der Beendigung eines familienrechtlich geregelten Rechtsverhältnisses steht.<sup>125</sup> Außerdem gehören dazu die Verfahren nach § 1357 Abs 2 S 1 BGB. Letztere Verfahren gehören allerdings nicht zu den Familienstreitsachen.<sup>126</sup>

## Sonstige Familiensachen (§ 277)

**411** Näheres vgl § 64 FGG Rn 307.

**412** Der *Deutsche Verein* hält die vorgenommene Erweiterung der Familiensachen für das große Familiengericht für problematisch. Die bisherigen zivilrechtlichen Streitigkeiten sollten bei den Zivilgerichten bleiben: Ansprüche auf Auseinandersetzung einer Miteigentümergeinschaft oder Innengesellschaft, Streitigkeiten wegen Gesamtschuldnerausgleich, Aufteilung von Steuerguthaben, Streitigkeiten aus der Rückabwicklung von Zuwendungen der Schwiegereltern.<sup>127</sup>

## Örtliche Zuständigkeit (§ 278)

**413** Näheres vgl § 45 FGG Rn 37 ff.

**414** Abgabe an das Gericht der Ehesache (§ 279)

**415** Nicht vollstreckbare Verpflichtungen (§ 280)

## Abschnitt 11

## Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen

**416** Lebenspartnerschaftssachen § 281

(1) *Lebenspartnerschaftssachen sind Verfahren, welche zum Gegenstand haben*

1. *die Aufhebung der Lebenspartnerschaft aufgrund des Lebenspartnerschaftsgesetzes,*
2. *die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens der Lebenspartnerschaft,*
3. *die elterliche Sorge, das Umgangsrecht oder die Herausgabe in Bezug auf ein gemeinschaftliches Kind,*
4. *Wohnungszuweisungssachen nach §§ 14 oder 18 des Lebenspartnerschaftsgesetzes,*
5. *Hausratssachen nach §§ 13 oder 19 des Lebenspartnerschaftsgesetzes,*
6. *den Versorgungsausgleich der Lebenspartner,*

<sup>125</sup> Dies aaO S 1437.

<sup>126</sup> Dies aaO S 1437.

<sup>127</sup> *Deutscher Verein* aaO S 30.

7. die gesetzliche Unterhaltspflicht für ein gemeinschaftliches minderjähriges Kind der Lebenspartner,
8. die durch die Lebenspartnerschaft begründete gesetzliche Unterhaltspflicht,
9. Ansprüche aus dem lebenspartnerschaftlichen Güterrecht, auch wenn Dritte an dem Verfahren beteiligt sind
10. Entscheidungen nach § 6 des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1365 Abs 2, 1369 Abs 2 und den §§ 1382 und 1383 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
11. Entscheidungen nach § 7 des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Verbindung mit den §§ 1426, 1430 und 1452 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
  - (2) Sonstige Lebenspartnerschaftssachen sind Verfahren, welche zum Gegenstand haben
    1. Ansprüche nach § 1 Abs 3 Satz 2 des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Verbindung mit §§ 1298 bis 1301 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
    2. Ansprüche aus der Lebenspartnerschaft,
    3. Ansprüche zwischen Personen, die eine Lebenspartnerschaft führen oder geführt haben, oder zwischen einer solchen Person und einem Elternteil im Zusammenhang mit der Aufhebung der Lebenspartnerschaft, sofern nicht die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte gegeben ist oder das Verfahren eines der in § 348 Abs 1 Satz 2 Nr 2 Buchstabe a bis k der Zivilprozessordnung genannten Sachgebiete, das Wohnungseigentumsrecht oder das Erbrecht betrifft und sofern es sich nicht bereits nach anderen Vorschriften um eine Lebenspartnerschaft handelt.
  - (3) Sonstige Lebenspartnerschaftssachen sind auch Verfahren über einen Antrag nach § 8 Abs 2 des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Verbindung mit § 1357 Abs 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

#### Anwendbare Vorschriften § 282

- (1) In Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 1 Nr 1 sind die für Verfahren auf Scheidung geltenden Vorschriften, in Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 1 Nr 2 die für Verfahren auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe zwischen den Beteiligten geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. In den Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 1 Nr 3 bis 11 sind die in Familiensachen nach § 125 Nr 2, 5 und 7 bis 9 jeweils geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. **417**
- (2) In sonstigen Lebenspartnerschaftssachen nach § 281 Abs 2 und 3 sind die in sonstigen Familiensachen nach § 125 Nr 10 geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

### BUCH 3

## VERFAHREN IN BETREUUNGS- UND UNTERBRINGUNGSSACHEN

### Abschnitt 1

#### Verfahren in Betreuungssachen

Nach § 23c GVG idF des E<sup>128</sup> werden bei den Amtsgerichten Abteilungen für Betreuungssachen, Unterbringungssachen und betreuungsgerichtliche Zuweisungssachen (Betreuungsgerichte) gebildet. Sie werden mit Betreuungsrichtern besetzt. **418**

<sup>128</sup> Art 28 RefE FGG-ReformG.

**Betreuungssachen (§ 283)**

- 419** Zu den Betreuungssachen zählen die Verfahren auf Bestellung eines Betreuers und Aufhebung der Betreuung, Anordnung eines Einwilligungsvorbehaltes sowie sonstige Verfahren, die die rechtliche Betreuung eines Volljährigen (§§ 1896 bis 1908i BGB) betreffen, so weit es sich nicht um eine Unterbringungssache handelt. Sie sind Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gem § 23a Abs 2 Nr 1 GVG-E.

**Örtliche Zuständigkeit (§ 284)**

- 420** Näheres vgl § 37 Rn 38, § 39 Rn 43, § 41 FGG Rn 18, § 42 Rn 10, § 65 FGG Rn 31.

**Abgabe bei Änderung des gewöhnlichen Aufenthalts (§ 285)**

- 421** Näheres vgl § 65a FGG Rn 40.

**Beteiligte (§ 286)**

- 422** Näheres vgl § 68a FGG Rn 30.

- 423** Der *Bund Deutscher Rechtspfleger* weist daraufhin, dass die Beteiligung der Staatskasse zu einem Verfahrensaufwand führen würde, der mit Aktenübersendung an den Bezirksrevisor, etwaigen Rückfragen usw unangemessen sei. Denkbar wäre allenfalls das Recht eines anderen Beteiligten, wenn die Auswahl des Betreuers streitig ist, die Staatskasse als weiteren Beteiligten festzustellen. Der BDR schlägt deshalb vor, die Staatskasse wegen der seit dem 1.7.2005 geltenden Pauschalierung der Vergütungen für die Betreuer nicht mehr zu beteiligen.<sup>129</sup>

**Verfahrensfähigkeit (§ 287)**

- 424** Näheres vgl § 45 FGG Rn 37 ff, § 66 FGG Rn 18.

**Verfahrenspfleger (§ 288)**

- 425** Näheres vgl § 67 FGG Rn 71.

- 426** Gegen den Vorrang ehrenamtlicher Verfahrenspfleger nach Abs 3 sind vom *Bund Deutscher Rechtspfleger* Bedenken erhoben worden. Nicht nur die Aufgaben des Verfahrenspflegers seien vielfältig, sie benötigen auch Rechtskenntnisse, die in der Regel bei ehrenamtlichen Personen etwa aus der Familie des Betroffenen nicht erwartet werden könnten.<sup>130</sup>

**Vergütung und Aufwendungsersatz des Verfahrenspflegers (§ 289)**

- 427** Näheres vgl § 67a FGG Rn 42, § 70b FGG Rn 43.

**Anhörung des Betroffenen (§ 290)**

- 428** Näheres vgl § 68 FGG Rn 67, § 70c FGG Rn 33.

**Anhörung der sonstigen Beteiligten, der Betreuungsbehörde und des gesetzlichen Vertreters (§ 291)**

- 429** Näheres vgl § 68a FGG Rn 30.

**Einholung eines Gutachtens (§ 292)**

- 430** Näheres vgl § 68b FGG Rn 63.

**Ärztliches Zeugnis; Entbehrlichkeit eines Gutachtens (§ 293)**

- 431** Näheres vgl § 68b FGG Rn 63.

<sup>129</sup> Schreiben des BDR vom 30.6.2006 an das  
BMJ zu § 286 Abs 4 Nr 2 (s Fn 87).

<sup>130</sup> Schreiben des BDR aaO.



|  |            |
|--|------------|
| <b>Vorhandene Gutachten des medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (§ 294)</b>         |            |
| Näheres vgl § 68b FGG Rn 63.   | <b>432</b> |
| <b>Vorführung zur Untersuchung (§ 295)</b>   |            |
| Näheres vgl § 68b FGG Rn 63.   | <b>433</b> |
| <b>Unterbringung zur Begutachtung (§ 296)</b>  |            |
| Näheres vgl § 68b FGG Rn 63.   | <b>434</b> |
| <b>Herausgabe einer Betreuungsverfügung oder der Abschrift einer Vorsorgevollmacht (§ 297)</b> |            |
| Näheres vgl § 69e FGG Rn 19.   | <b>435</b> |
| <b>Inhalt der Beschlussformel (§ 298)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69 FGG Rn 32.  | <b>436</b> |
| <b>Wirksamwerden von Entscheidungen (§ 299)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69a FGG Rn 35.   | <b>437</b> |
| <b>Bekanntgabe (§ 300)</b>   |            |
| Näheres vgl § 69a FGG Rn 35.   | <b>438</b> |
| <b>Verpflichtung des Betreuers (§ 301)</b>   |            |
| Näheres vgl § 69b FGG Rn 24.   | <b>439</b> |
| <b>Bestellungsurkunde (§ 302)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69b FGG Rn 24.   | <b>440</b> |
| <b>Überprüfung der Betreuerauswahl (§ 303)</b>   |            |
| Näheres vgl § 69c FGG Rn 15.   | <b>441</b> |
| <b>Betreuervergütung (§ 304)</b>   |            |
| Näheres vgl § 69e FGG Rn 19.   | <b>442</b> |
| <b>Formulare für Betreuervergütung (§ 305)</b>   |            |
| Näheres vgl § 69e FGG Rn 19.   | <b>443</b> |
| <b>Erweiterung der Betreuung oder des Einwilligungsvorbehaltes (§ 306)</b>                     |            |
| Näheres vgl § 69i FGG Rn 54.   | <b>444</b> |
| <b>Aufhebung und Einschränkung der Betreuung oder des Einwilligungsvorbehaltes (§ 307)</b>     |            |
| Näheres vgl § 69i FGG Rn 54.   | <b>445</b> |
| <b>Verlängerung der Betreuung (§ 308)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69i FGG Rn 54.   | <b>446</b> |
| <b>Entlassung des Betreuers und Bestellung eines neuen Betreuers (§ 309)</b>                   |            |
| Näheres vgl § 69i FGG Rn 54.   | <b>447</b> |
| <b>Sterilisation (§ 310)</b>   |            |
| Näheres vgl § 67 FGG Rn 71, § 69g FGG Rn 75.   | <b>448</b> |
| <b>Verfahren in Fällen des § 1904 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (§ 311)</b>                     |            |
| Näheres vgl § 69d FGG Rn 46.   | <b>449</b> |

- 450** Der *Deutsche Verein* beanstandet, dass für ärztliche Maßnahmen ein geringerer Schutzstandard als für die Sterilisation gelten soll, obwohl der Grundrechtseingriff nicht geringer ist. Deshalb wird gefordert, dass die Unterrichtung des Betroffenen über den Verlauf des Verfahrens (§ 310 Abs 1 und 2), die Anhörung der zuständigen Behörde auf Verlangen des Betroffenen (§ 310 Abs 2), das Verbot des ersuchten Richters (§ 310 Abs 4) und die zwingende Bestellung eines Verfahrenspflegers (§ 310 Abs 5) auch für die Verfahren nach § 311 gelten.<sup>131</sup>

#### Verfahren in anderen Entscheidungen (§ 312)

- 451** Näheres vgl § 69d FGG Rn 46.
- 452** Der *Bund Deutscher Rechtspfleger* vermisst wie in dem bisherigen § 69d FGG die Verweisung auf § 1812 BGB. Derartige Genehmigungen seien ebenso so genannte „Außengenehmigungen“. Es könne sich hier um erhebliche Vermögenswerte („Forderungen“) handeln. Die persönliche Anhörung sei nach dieser Vorschrift für Mitteilungen des Betreuers gemäß § 1907 Abs 2 BGB nicht erforderlich. Es handle sich oft um Fälle der Wohnungsauflösung. Das Gericht müsse unverzüglich überprüfen, ob die faktische Wohnungsaufgabe mit Wunsch und Willen des Betroffenen in Einklang steht. Dazu sei eine persönliche Anhörung unerlässlich. Es handle sich um eine Aufgabe der Rechtsaufsicht 1837 BGB, die mit einer Art „Innengenehmigung“ oder „Weisung“ abschließe. Der BDR hat deshalb folgenden Gesetzestext vorgeschlagen:

„Vor einer Entscheidung nach § 1907 Abs 1 und 3 und bei der Prüfung der mitgeteilten Umstände und Maßnahmen nach § 1907 Abs 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat das Gericht den Betroffenen persönlich anzuhören.“<sup>131a</sup>

#### Einstweilige Anordnung (§ 313)

- 453** Näheres vgl § 69f FGG Rn 41.

#### Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit (§ 314)

- 454** Näheres vgl § 69f FGG Rn 41.

#### Dauer der einstweiligen Anordnung (§ 315)

- 455** Näheres vgl § 69f FGG Rn 41.

#### Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde (§ 316)

- 457** Der *Deutsche Verein* kritisiert als nicht nachvollziehbar, dass die Behörde und der Verfahrenspfleger nach Abs 1 abweichend von § 69g FGG auch bei auf Antrag ergangenen Entscheidungen ein Beschwerderecht haben, während den anderen privilegiert beschwerdeberechtigten Personen gemäß Abs 2 dieses Recht nur bei Entscheidungen von Amts wegen zusteht.<sup>132</sup>

#### Beschwerde der Staatskasse (§ 317)

- 458** Näheres vgl § 69g FGG Rn 75.

#### Beschwerde des Untergebrachten (§ 318)

- 459** Näheres vgl § 69g FGG Rn 75.

#### Aufhebung des Einwilligungsvorbehaltes (§ 319)

- 460** Näheres vgl § 69h FGG Rn 11.

<sup>131</sup> *Deutscher Verein* aaO S 32.

<sup>131a</sup> S Fn 127.

<sup>132</sup> Ders aaO S 32.

| VIII. Inhaltsübersicht des FamFG-E   | Einl       |
|--|------------|
| <b>Kosten in Betreuungssachen (§ 320)</b>  | <b>461</b> |
| <b>Mitteilung von Entscheidungen (§ 321)</b>   |            |
| Näheres vgl § 69k FGG Rn 20.   | <b>462</b> |
| <b>Besondere Mitteilungen (§ 322)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69l FGG Rn 12.   | <b>463</b> |
| <b>Mitteilungen während einer Unterbringung (§ 323)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69m FGG Rn 10.   | <b>464</b> |
| <b>Mitteilungen zur Strafverfolgung (§ 324)</b>  |            |
| Näheres vgl § 69n FGG Rn 9.  | <b>465</b> |
| Abschnitt 2  |            |
| <b>Verfahren in Unterbringungssachen</b>   |            |
| <b>Unterbringungssachen (§ 325)</b>  |            |
| Näheres vgl § 70 FGG Rn 60 f.  | <b>466</b> |
| Ausdrücklich werden jetzt auch unterbringungsähnliche Maßnahmen (§ 1906 Abs 4 BGB) erfasst.  |            |
| <b>Örtliche Zuständigkeit (§ 326)</b>  |            |
| Es gibt nunmehr eine ausschließliche Zuständigkeit für die Unterbringung nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker.   | <b>467</b> |
| <b>Abgabe der Unterbringungssachen (§ 327)</b>   |            |
| <b>Beteiligte (§ 328)</b>  |            |
| Näheres vgl § 70k FGG Rn 10.   | <b>469</b> |
| Der <i>Deutsche Verein</i> sieht in dem Wegfall der nach § 73d Abs 1 Nr 5 FGG zwingenden Beteiligung der Einrichtungen im Unterbringungsverfahren ein erhebliches Problem. Deren Beteiligung steht nunmehr nach § 328 Abs 4 Nr 3 im Ermessen des Gerichts.   | <b>470</b> |
| § 46 IntFamRVG setzt bei der Unterbringung von Minderjährigen eine Beteiligung der Einrichtungen voraus. <sup>133</sup>  |            |
| <b>Verfahrensfähigkeit (§ 329)</b>   |            |
| Näheres vgl § 70a FGG Rn 10.   | <b>471</b> |
| <b>Verfahrenspfleger (§ 330)</b>   |            |
| Näheres vgl § 70b FGG Rn 43.   | <b>472</b> |
| Der <i>Bund Deutscher Rechtspfleger</i> und der <i>Deutsche Verein</i> bemängeln, dass die Entscheidung des EuGHMR vom 12.5.1992 <sup>134</sup> nicht hinreichend berücksichtigt sei. Danach sei im Unterbringungsverfahren regelmäßig ein „rechtlicher Beistand“ zu bestellen, wenn der Betroffene seine Rechte nicht selbst wahrnehmen könne oder er keinen Bevollmächtigten bestellt habe. Der BDR weist daraufhin, dass die Betroffenen während der Anhörung bereits erheblich ruhig gestellt würden und nur eingeschränkt angehört werden könnten. Es müsste zwingend ein Verfahrenspfleger bestellt werden. <sup>135</sup> | <b>473</b> |

<sup>133</sup> Ders aaO S 35.

<sup>134</sup> NJW 1992, 2946 ff.

<sup>135</sup> Schreiben des BDR vom 31.10.2005 an das BMJ zu § 330; *Deutscher Verein* aaO S 35.

- Vergütung und Aufwendungsersatz des Verfahrenspflegers (§ 331)**
- 474** Näheres vgl § 70b FGG Rn 43.
- Anhörung des Betroffenen (§ 332)**
- 475** Näheres vgl § 70c FGG Rn 33.
- Anhörung der sonstigen Beteiligten und der zuständigen Behörde (§ 333)**
- 476** Näheres vgl § 70d FGG Rn 25.
- Einholung eines Gutachtens (§ 334)**
- 477** Näheres vgl § 70e FGG Rn 30.
- 478** **Vorführung zur Untersuchung; Unterbringung zur Begutachtung (§ 335)**
- Inhalt der Beschlussformel (§ 336)**
- 479** Näheres vgl § 70f FGG Rn 22.
- Wirksamwerden von Entscheidungen (§ 337)**
- 480** Näheres vgl § 70g FGG Rn 38.
- Bekanntgabe (§ 338)**
- 481** Näheres vgl § 70g FGG Rn 38, § 70i FGG Rn 17.
- Zuführung zu Unterbringung (§ 339)**
- 482** Näheres vgl § 70g FGG Rn 38.
- Vollzugsangelegenheiten (§ 340)**
- 483** Näheres vgl § 70l FGG Rn 21.
- Aussetzung des Vollzugs (§ 341)**
- 484** Näheres vgl § 70k FGG Rn 10.
- Dauer und Verlängerung der Unterbringung (§ 342)**
- 485** Näheres vgl § 70f FGG Rn 22, § 70i FGG Rn 17.
- Aufhebung der Unterbringung (§ 343)**
- 486** Näheres vgl § 70i FGG Rn 17.
- Einstweilige Anordnung (§ 344)**
- 487** Näheres vgl § 70h FGG Rn 58.
- Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit (§ 345)**
- 488** Näheres vgl § 70h FGG Rn 58.
- Dauer der einstweiligen Anordnung (§ 346)**
- 489** Näheres vgl § 70h FGG Rn 58.
- Einstweilige Maßregeln (§ 347)**
- 490** Näheres vgl § 70h FGG Rn 58.
- Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde (§ 348)**
- 491** Näheres vgl § 70m FGG Rn 64.
- Einlegung der Beschwerde durch den Betroffenen (§ 349)**
- 492** Näheres vgl § 70m FGG Rn 64.

**Kosten in Unterbringungssachen (§ 350) 493**

**Mitteilung von Entscheidungen (§ 351)**

Näheres vgl § 70n FGG Rn 15. **494**

Durch den E 2006 wurde folgender § 351a eingefügt: **495**

**Benachrichtigung von Angehörigen (§ 351a)**

*Von der Anordnung oder Genehmigung der Unterbringung unter deren Verlängerung hat das Gericht einen Angehörigen des Betroffenen oder eine Person seines Vertrauens unverzüglich zu benachrichtigen.*

### Abschnitt 3

**Verfahren in betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen**

**Betreuungsgerichtliche Zuweisungssachen (§ 352)**

Näheres vgl § 39 FGG Rn 43, § 41 FGG Rn 18. **496**

**Örtliche Zuständigkeit (§ 353)**

Näheres vgl § 37 Rn 38, § 39 FGG Rn 43, § 41 FGG Rn 18, § 42 FGG Rn 10. **497**

### BUCH 4

#### VERFAHREN IN NACHLASS- UND TEILUNGSSACHEN

Der zunächst noch fehlende Teil des E für das Nachlassverfahren ist der interessierten Öffentlichkeit am 14. Februar 2006 übergeben worden.<sup>136</sup> Unmittelbar vor Drucklegung dieses Bandes wurde vom BMJ ein **Diskussionspapier** zur Herauslösung verfahrensrechtlicher Vorschriften aus dem BGB im Zuge der FGG-Reform an die Berufsverbände und Vereinigungen übersandt. Darin wird eine Übernahme der Vorschriften über die Eröffnung letztwilliger Verfügungen und über das Verfahren zur Erteilung von Erbscheinen und Testamentsvollstreckerzeugnissen erwogen. Sinnvoll ist, dass die Vorschriften für Testament und Erbvertrag zusammengeführt werden, so weit sie gleichlautenden bzw. bisher nicht gleichlauten, ohne dass ein Grund für die Differenzierung ersichtlich ist. ZB verweist § 2300 BGB nicht auf § 2264 BGB. Deshalb ist für die Einsicht in eröffnete Erbverträge nur das berechtigte Interesse, für die Einsicht in Testamente dagegen das rechtliche Interesse erforderlich. Die Nummerierung der §§ des E soll erneut verändert werden. **498**

Da bei Drucklegung von Band 3 der um die Vorschriften für das Nachlassverfahren **ergänzte Referentenentwurf** noch nicht vorlag, fehlt in der Kommentierung in Band 3 jeweils das Stichwort Reformvorhaben. Um dem Leser dennoch einen Überblick über die beabsichtigte Gesetzgebung in diesem Bereich zu geben, werden nachstehend die entsprechenden Vorschriften teilweise mit rechtlicher Würdigung vorgestellt.<sup>137</sup> **499**

Die Vorschriften in Nachlass- und Teilungssachen folgen der Systematik des FamFG. **500** Während die Verfahrensvorschriften in Teilungssachen inhaltlich weitgehend unverändert übernommen werden, sieht der E im Nachlassverfahren einige grundlegende Änderungen

<sup>136</sup> Schreiben des BMJ v 14.2.2006 im Internet:  
www.kids-lev.com/kids/RefE-FGG-  
Verbaende-E-Mail%60206.pdf.

weise v Prof Dr Jutta Müller-Lukoschek  
ergänzt (Rn 500, 501, 504 506–512,  
518–521, 523–529, 540–543).

<sup>137</sup> Die Ausführungen wurden dankenswerter-

vor, die aber nicht alle auch zu einer inhaltlichen Änderung des geltenden Rechts führen. Für einige Bereiche wurde nämlich erstmalig überhaupt eine ausdrückliche Regelung geschaffen, wobei sich der Entwurf zu Recht an den Gewohnheiten orientiert, die die Gerichtspraxis bereits selbst hervorgebracht hat. Hier wird also nur das kodifiziert, was bislang ohnehin schon gewohnheitsrechtlich praktiziert wird. Ferner werden in dem E verschiedene Regelungen verfahrensrechtlicher Natur im Verfahrensrecht gebündelt, die bisher – verstreut – im BGB angesiedelt waren,<sup>138</sup> während andererseits FGG-Bestimmungen<sup>139</sup> an die Stelle verschoben werden, an die sie kraft Sachzusammenhanges gehören.<sup>140</sup> Eine weitere Änderung findet sich für die internationale Zuständigkeit, hier will der E bewusst<sup>141</sup> neue Wege gehen. Die Änderung gegenüber dem geltenden Recht ist jedoch nicht augenfällig, denn die Regelung erfolgt nicht im Buch 4, sondern ergibt sich erst daraus, dass in diesem Buch gerade keine besondere Bestimmung getroffen wird. Damit kommt es im Bereich der internationalen Zuständigkeit in Nachlassangelegenheiten zu einem Rückgriff auf die Vorschriften des Abschnitts 11 des E. An dieser Stelle befasst sich der E mit den Zuständigkeiten<sup>142</sup>, und hier finden sich – konsequent – auch die Bestimmungen zur Zuständigkeit der deutschen Gerichte bei Verfahren mit Auslandsbezug,<sup>143</sup> wobei einige Gebiete eine besondere Regelung erfahren,<sup>144</sup> jedoch nicht die Nachlass- und Teilungsverfahren. Diese Verfahren sind daher „andere Verfahren“ und unterliegen der (allgemeinen) Vorschrift des § 119, nach der die deutschen Gerichte („in anderen Verfahren“) zuständig sind, wenn ein deutsches Gericht örtlich zuständig ist.

- 501** Keine inhaltliche Änderung erfolgt durch den Umstand, dass der E im 4. Buch auf eine dem § 72 FGG entsprechende Vorschrift verzichtet, denn die Zuweisung von Nachlass- und Teilungssachen an die **Amtsgerichte** soll entsprechend dem Entwurf zukünftig ebenfalls an die systematisch richtige Stelle rücken, nämlich durch das GVG vorgenommen werden, das insofern um eine Bestimmung zur Freiwilligen Gerichtsbarkeit ergänzt wird: Die sachliche Zuständigkeit für die Nachlass- und Teilungssachen ergibt sich aus (dem neuen) § 23 a Abs 2 Nr 2 GVG.<sup>145</sup>
- 502** Besondere Regelungen zur Erzwingung der Ablieferung von Testamenten (§ 83 FGG) soll es künftig nicht mehr geben, da sie von den Vorschriften zur Vollstreckung von FG-Entscheidungen im Allgemeinen Teil abgedeckt sind.<sup>146</sup>
- 503** Eine besondere Vorschrift für das Verfahren bei einer Nachlasspflegschaft (§ 75 FGG) gibt es nicht mehr, da künftig die Vorschriften des Allgemeinen Teils sowie über § 352 (Betreuungsgerichtliche Zuweisungssachen) die Vorschriften des Dritten Buches des Entwurfs gelten. Die sachliche Zuständigkeit des Nachlassgerichts an Stelle des Betreuungsgerichts ist in § 1962 BGB geregelt, während sich die örtliche Zuständigkeit aus dem

<sup>138</sup> ZB Verwahrung von letztwilligen Verfügungen.

<sup>139</sup> ZB zur sachlichen Zuständigkeit – § 72 FGG.

<sup>140</sup> Vorgesehen ist eine Regelung im GVG dessen § 23a durch den Entwurf ein neuer Abs hinzugefügt wird, der den Amtsgerichten auch die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (ua auch Nachlass- und Teilungssachen) zuweist (neuer § 23a Abs 2 Nr 2 GVG; zur Änderung des GVG – vgl Art 18 Nr 7 des Entwurfs).

<sup>141</sup> Refe FGG-ReformG Begr S 465.

<sup>142</sup> Die Bündelung der Zuständigkeitsregelungen (im Vergleich zu der vom FGG gewählten Aufsplitterung der Zuständigkeitsregelungen jeweils bei den einzelnen Verfahrensgegenständen) ist wegen der besseren Übersichtlichkeit sinnvoll.

<sup>143</sup> Vgl dazu (Reformvorhaben) § 35b Rn 120.

<sup>144</sup> Vgl dazu (Reformvorhaben) § 35b Rn 121.

<sup>145</sup> Art 18 Nr 7 Refe FGG-ReformG.

<sup>146</sup> Refe FGG-ReformG S 592.

ersten Abschnitt des 4. Buches ergibt. Die Entscheidung ist künftig nach § 62 Abs 1 Nr 1 des Entwurfs mit der sofortigen Beschwerde anfechtbar.<sup>147</sup>

### Abschnitt 1

#### Begriffsbestimmung; örtliche Zuständigkeit

##### Begriffsbestimmung (§ 354)

Die Verfahrensarten des 4. Buches werden im Einzelnen aufgeführt, aber auch eine Auffangvorschrift (Nr 9) berücksichtigt. Dabei wurde ausweislich der Begründung<sup>148</sup> insbesondere an die Fristbestimmung bei Vermächtnissen und Auflagen (§§ 2151, 2153–2155, 2192, 2193 BGB), die Stundung des Pflichtteilsanspruchs (§ 2331a BGB), Aufgaben im Zusammenhang mit der Inventarerrichtung (§§ 1993 ff BGB), die Anzeige über den Eintritt der Nacherbschaft (§ 2146 BGB) und die Anzeige vom Erbschafts Kauf (§§ 2384, 2385 BGB) gedacht. **Inhaltlich** ergibt sich **kein Unterschied** zum geltenden Recht. **504**

In Abs 2 werden die Teilungssachen definiert.

##### Örtliche Zuständigkeit (§ 355)

Die Regelung entspricht weitestgehend § 73 Abs 1 bis 3 FGG, allerdings wurde der Begriff „Abgabe“ durch den Begriff „Weiterleitung“ ersetzt, um den Charakter der Spezialvorschrift zu der der Regelung im Allgemeinen Teil (§§ 3, 4) so verdeutlichen.<sup>149</sup> **505**

Eine **grundlegende Neuerung** trifft der E dagegen für die **internationale Zuständigkeit** **506** in Nachlasssachen: Nach geltendem Recht beherrscht der Gleichlaufgrundsatz<sup>150</sup> (oder Gleichlauftheorie) die internationale Zuständigkeit in diesem Bereich; die Zuständigkeit eines deutschen Gerichts setzt also voraus, dass deutsches Recht Erbstatut ist, während bei fremdem Erbstatut grundsätzlich keine Zuständigkeit gegeben ist. Findet nicht deutsches, sondern fremdes Erbrecht Anwendung, so ist die Zuständigkeit nur im Hinblick auf vorhandenes Vermögen im Inland gegeben. Es kann nur ein gegenständlich beschränkter Erbschein – bezogen auf das Vermögen im Inland – erteilt werden (insofern besteht eine durch das Gesetz (§ 2369 BGB) vorgegebene Ausnahme zum Gleichlaufgrundsatz).

Der Entwurf setzt die Kritik des Schrifttums<sup>151</sup> konsequent um und erteilt der **Gleichlauftheorie eine Absage**.<sup>152</sup> Es soll vielmehr auch in Nachlassangelegenheiten der sonst übliche Grundsatz gelten, dass die **internationale Zuständigkeit aus der örtlichen Zuständigkeit abzuleiten** sei.<sup>153</sup> § 119 des E sieht dies für Angelegenheiten vor, bei denen – wie für die Verfahren des 4. Buches – keine besondere Regelung zur internationalen Zuständigkeit getroffen wurde. Gleichzeitig wird konsequentermaßen **§ 2369 BGB aufgehoben**,<sup>154</sup> denn die Zuständigkeit in den Fällen, in denen ein gegenständlich beschränkter Erbschein zu erteilen ist, folgt nach dem E der in § 355 Abs 3 geregelten örtlichen Zuständigkeit. Diese Vorschrift entspricht – sprachlich geglättet – inhaltlich § 73 Abs 3 FGG **507**

<sup>147</sup> RefE FGG-ReformG S 593.

<sup>148</sup> RefE FGG-ReformG S 584.

<sup>149</sup> RefE FGG-ReformG S 585.

<sup>150</sup> Vgl zum Gleichlaufgrundsatz und auch zu den derzeit anerkannten Ausnahmen § 73 Rn 50 ff.

<sup>151</sup> Nachweise § 73 Fn 97 ff und auch RefE FGG-ReformG S 466.

<sup>152</sup> So die Begründung wörtlich, RefE FGG-ReformG S 465.

<sup>153</sup> Ob in analoger Anwendung oder derart, dass man die internationale Zuständigkeit bei den Regelungen zur örtlichen Zuständigkeit als stillschweigend mitgeregelt ansieht.

<sup>154</sup> Art 43 Nr 55 RefF FGG-ReformG.

(ohne den Verweis auf § 2369 BGB). Die in § 2369 Abs 2 BGB getroffene Bestimmung, welche Gegenstände zum Inlandsvermögen gehören stellt der E ebenfalls in den § 355 ein (Abs 3 S 2, 3).

- 508** Obwohl E der mit der Absage an die Gleichlauftheorie hier eine wirklich grundlegende Änderung vornimmt, sind die **tatsächlichen Auswirkungen** dieser im Vergleich zur derzeitigen Rechtslage vollkommen entgegenstehenden Regelung **nicht überzubewerten**.
- 509** In all den Verfahren, bei denen das geltende Recht nur einen gegenständig beschränkten Erbschein ermöglicht, kann nach dem E ein unbeschränkter Erbschein erteilt werden. Das ist hinnehmbar, denn mit oder ohne den im Erbschein nach § 2369 BGB erklärten Vorbehalt (dass er auf das im Inland befindliche Vermögen beschränkt sei), kann ein Erbschein ohnehin nur im Inland die Wirkung entfalten, die ihm das deutsche Recht beimisst. Auch der (normale) Eigenrechtserbschein ist in seinen rechtlichen Wirkungen auf das Inland beschränkt (obwohl er keine entsprechende Verlautbarung trägt, ist er „faktisch“ beschränkt).
- 510** Das gilt sogar in den Fällen, in denen eine ausländische Rechtsordnung an die (deutsche) Staatsangehörigkeit des Erblassers anknüpft, zB wenn das (deutsche) Nachlassgericht einen Eigenrechtserbschein nach einem deutschen Erblasser erteilt hat, der Erblasser aber auch Vermögen im Ausland hat. Selbst wenn der Belegenheitsstaat zur Anwendung deutschen Erbrechts gelangt, folgt daraus nicht, dass der vom Nachlassgericht erteilte Erbschein dort irgendeine Bedeutung erlangt. Die Entscheidung darüber, ob der ausländische Rechtsverkehr dem von einem deutschen Gericht erteilten Erbschein irgendeine Bedeutung zubilligt, liegt nicht in der Hand des deutschen Gesetzgebers. So hat auch im geltenden Recht der Vorbehalt keine rechtliche Bedeutung, er mag allenfalls der Belehrung des Anwenders über die begrenzten Einsatzmöglichkeiten im Ausland dienen.
- 511** Mit der Abkehr von der Gleichlauftheorie **weitert** der E **die internationale Zuständigkeit** aber auch aus, weil Fälle erfasst werden, bei denen das Nachlassgericht nach der jetzigen Rechtslage nicht zuständig ist, nämlich wenn der Erblasser nach ausländischem Recht beerbt wird, im Inland aber kein Vermögen hinterlässt. Bei inländischem Wohnsitz oder Aufenthalt des Erblassers kann – anders als nach geltendem Recht, das zusätzlich im Inland belegen Nachlass verlangt – ein (unbeschränkter) Erbschein beantragt werden. Fälle dieser Art werden **selten** sein, eben weil die Erben im Ausland mit einem deutschen Erbschein nichts anfangen können.
- 512** Nach der Fassung des E sind Fälle möglich, bei denen die Normen des (fremden) Erbstatuts vom Nachlassgericht Tätigkeiten verlangen, die das deutsche Recht nicht vorsieht (zB die dingliche Zuteilung von Nachlassgegenständen) und damit die fremden materiellrechtlichen Normen mit denen des inländischen Nachlassverfahrens nicht in **Einklang** zu bringen sind.<sup>155</sup> Der E verweist hier in der Begründung recht lapidar auf die Lösung derartiger Problemfälle im Wege der **Qualifikation** und darauf, dass dem Nachlassgericht – „zudem“ – **keine „wesenfremde“ Tätigkeit** abverlangt werden dürfe;<sup>156</sup> es hätte sich angeboten, diese Einschränkung in den Gesetzesentwurf selbst, und nicht nur in die Begründung aufzunehmen.

#### Besondere Zuständigkeitsregelungen (§ 356)

- 513** Abs 1 und 3 entsprechen den Regelungen des §§ 73 Abs 4 und 5 FGG idF d PStRG-E (vgl Rn 630). Abs 2 führt die in § 2273 BGB fehlende Regelung der Zuständigkeit für den Fall ein, dass das gemeinschaftliche Testament nach Eröffnung nach dem Tod des Erstversterbenden wieder verwahrt werden muss.

<sup>155</sup> Vgl dazu § 73 Rn 62.

<sup>156</sup> RefE FGG-ReformG S 466.



Die bisher in § 74 S 1 FGG geregelte besondere Zuständigkeit für Nachlasssicherungsmaßnahmen wurde in Abs 4 übernommen. Dasselbe gilt für die örtliche Zuständigkeit für Verfahren zur Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft (§ 99 Abs 2 FGG) in Abs 5. **514**

## Abschnitt 2 Verfahren in Nachlasssachen

### Titel 1 Allgemeine Bestimmungen

#### Beteiligte (§ 357)

Diese Sondervorschrift zu § 8 regelt den Kreis der Beteiligten in Verfahren auf Erteilung eines Erbscheins (Abs 1) oder eines Zeugnisses nach § 1507 BGB, §§ 36, 37 GBO (Abs 3), in Verfahren zur Ernennung eines Testamentsvollstreckers (Abs 2) sowie in den sonstigen auf Antrag durchzuführenden Nachlassverfahren (Abs 4). Neben den Beteiligten kraft Gesetzes (Antragsteller bzw TV) sind die Beteiligten kraft Hinzuziehung aufgezählt. Diese müssen auf Antrag hinzugezogen werden. Sie sind deshalb über das Antragsrecht und die Wirkungen des Antrags zu belehren (Abs 5). **515**

#### Titel 2

### Verwahrung letztwilliger Verfügungen

#### Verwahrung von Testamenten (§ 358)

Der Text wurde im Wesentlichen dem §§ 82a FGG idF des PStRG-E entnommen.<sup>157</sup> Jedoch wurde in Abs 1 die Regelung des § 2248 S 1 BGB hinzugefügt. **516**

#### Verwahrung von Erbverträgen (§ 359)

Auch dieser Text wurde übernommen aus § 82b FGG idF des PStRG-E (vgl Rn 516), allerdings ohne die Bezugnahme auf die Zuständigkeitsbestimmungen, weil diese in § 396 Abs 3 geregelt sind. **517**

Ohne Einschränkung **begrüßenswert** ist die **Neusortierung** der Verfahrensgegenstände bei der **Verwahrung** von Testamenten und Erbverträgen. Die im BGB – an systematisch verfehlter Stelle – enthaltenen Regelungen über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der besonderen amtlichen Verwahrung (§§ 2258a, 2300 BGB) werden durch den Entwurf aus dem BGB herausgelöst und in das Verfahrensrecht eingestellt (§§ 358, 359 des E). Eine **inhaltliche Änderung** ergibt sich durch diese Maßnahmen **nicht**. Gleiches gilt für die Verwahrung eines nach § 2247 BGB errichteten Testaments, das nach § 2248 BGB auf Verlangen des Erblassers in die besondere amtliche Verwahrung zu nehmen ist. **518**

§ 2248 BGB entfällt, die Vorschrift wird – inhaltlich ohne Änderungen – in § 358 des E eingestellt (Abs 1). **519**

In Bezug auf die amtliche Verwahrung **gemeinschaftlicher Testamente** (und Erbverträge) liegt dagegen mit § 356 Abs 2 eine **auch inhaltliche Neuerung** vor: Während das geltende Recht keine Regelung zu der Frage trifft, bei welchem Gericht ein bereits nach dem ersten Erbfall eröffnetes gemeinschaftliches Testament zu verwahren ist,<sup>158</sup> sieht der **520**

<sup>157</sup> BRDRs 616/05.

<sup>158</sup> § 2273 Abs 2 S 2 BGB sieht nur vor, dass es in die Verwahrung zurückzubringen ist; eine

ausdrückliche Regelung welches Gericht für die Wiederverwahrung zuständig ist, fehlt jedoch.

E die Zuständigkeit des bisherigen Verwahrgerichts vor, sofern der Erblasser nichts anderes verlangt.

- 521** Diese Regelung ist schon deshalb zu begrüßen, weil die Frage bislang umstritten ist, welches Gericht für die Wiederverwahrung zuständig sei – das bisherige Verwahrgericht<sup>159</sup> oder das (hinsichtlich des ersten Erbfalls zuständige) Nachlassgericht.<sup>160</sup> Für die von dem E gewählte Lösung – **bisheriges Verwahrgericht** – spricht vor allem, dass sich das Verfahren der Wiederverwahrung nur als Fortsetzung des ursprünglichen Verwahrverfahrens darstellt und damit letzteres nicht wiederholt werden muss; es entfällt auch die erneute Mitteilung an das Standesamt und dort die Korrektur der Testamentsdateien,<sup>161</sup> es wird also bürokratischer Aufwand vermieden.

### Titel 3

#### Erbscheinsverfahren. Testamentsvollstreckung

##### Entscheidung über Erbscheinsanträge (§ 360)

- 522** Die wichtigste Neuerung für die Entscheidung über einen Erbscheinsantrag ist die obligatorische Form des Beschlusses vor der Erteilung des Erbscheins. Diese Regelung orientiert sich entgegen der Behauptung in der Begründung des E<sup>162</sup> jedenfalls für den norddeutschen Raum nicht an der bisherigen Praxis (vgl § 84 Rn 17).
- 523** Die unter der Überschrift „Entscheidungen über Erbscheinsanträge“ getroffene Regelung versucht vor allem die Gefahr zu bannen, die in der Erteilung eines fehlerhaften Erbscheins liegt: Wegen des öffentlichen Glaubens, den der Erbschein genießt (§ 2366 BGB) kann der Erbscheinserbe auch dann wirksam über Nachlassgegenstände verfügen, wenn er nur der Scheinerbe ist. Stellt sich die Unrichtigkeit des Erbscheins nach seiner Erteilung heraus, so hat das Nachlassgericht ihn zwar gem § 2361 Abs 1 BGB (von Amts wegen) einzuziehen,<sup>163</sup> diese Waffe ist aber stumpf: Kraftlos wird der Erbschein erst mit der Einziehung (§ 2361 Abs 1 S 2 BGB), also nur ex nunc, nicht etwa rückwirkend, so dass ein dem Erben entstandener Schaden durch zwischenzeitlich bereits erfolgte Verfügungen des durch den unrichtigen Erbschein legitimierten Scheinerben irreparabel ist. Der Erbschein ist damit für den Zeitraum zwischen Erteilung und Einziehung unzerstörbar. Um diesen Gefahren zu begegnen, ist das **Institut des Vorbescheids** entwickelt worden,<sup>164</sup> dessen die Nachlassgerichte sich seit der Leitentscheidung des BGH aus dem Jahre 1956<sup>165</sup> in regelmäßiger Praxis bedienen.
- 524** Im Lichte dieser Rechtslage<sup>166</sup> zum Vorbescheid sieht der E folgende Lösung<sup>167</sup> vor: Die Entscheidung über den Inhalt eines zu erteilenden Erbscheins erfolgt durch Beschluss. Dieser Beschluss wird zwar (grundsätzlich) mit Erlass wirksam (§ 360 Abs 1), das Gericht hat aber die Möglichkeit, die sofortige Wirksamkeit des Beschlusses **auszusetzen** und die (gefahrträchtige) **Erteilung des Erbscheins** bis zur Rechtskraft des Beschlusses

<sup>159</sup> Dafür zB BayObLG FamRZ 2000, 638.

<sup>160</sup> Dafür zB OLG Zweibrücken Rpfleger 1998, 428.

<sup>161</sup> Darauf weist der Entwurf in der Begründung hin, RefE FGG-ReformG S 585.

<sup>162</sup> RefE FGG-ReformG S 589.

<sup>163</sup> (bzw für kraftlos zu erklären, § 2361 Abs 2 BGB).

<sup>164</sup> Vgl § 84 Rn 30.

<sup>165</sup> BGHZ 20, 255.

<sup>166</sup> Vgl RefE FGG-ReformG S 589.

<sup>167</sup> Diese Lösung erinnert an den „Gegenentwurf“ zum Vorbescheid (Zurückhalten des Erbscheins bei gleichzeitiger Bekanntgabe des anordnenden Beschlusses an die Beteiligten, Erteilung des Erbscheins erst, wenn keine Beschwerde eingelegt oder die Beschwerde abgewiesen wurde), den ursprünglich das KG vorgeschlagen hat (KG NJW 1955, 1073 m zust Anm Baur).

**zurückzustellen** (§ 360 Abs 2). Es besteht somit die Möglichkeit, die Entscheidung des Nachlassgerichts durch die nächsthöhere Instanz überprüfen zu lassen, bevor überhaupt der Erbschein erteilt wird und so einer Gefährdung des (wahren) Erben vorzubeugen. Wie beim Vorbescheid geht es im Kern darum, die Entscheidung des Nachlassgerichts zu überprüfen, noch bevor sie ergeht (bzw in die Erteilung des Erbscheins mündet).

Von dieser Möglichkeit der Aussetzung der Wirksamkeit des Beschlusses soll das Nachlassgericht Gebrauch machen, wenn der Beschluss nicht dem „erklärten Willen“ – so der Text des Entwurfs (§ 360 Abs 2) – eines Beteiligten entspricht. **525**

Die durch den E vorgesehene Regelung schreibt damit in der Sache kein vollkommen neues Verfahren vor, sondern gestaltet und kleidet das (zum Vorbescheid entwickelte) bislang ungeschriebene aber gewohnheitsrechtlich etablierte Verfahren der Gerichte in Gesetzesform. Eine „grundlegende Änderung“ wie sie der E ankündigt,<sup>168</sup> erfolgt also nur gegenüber der (geschriebenen) Gesetzeslage, hier präsentiert sich der E als Neuregelung, nicht aber im Vergleich zur bestehenden Rechtslage. **Inhaltlich** liegt keine Neuerung, allenfalls eine **Modifikation zum Vorbescheidsverfahren** vor. **526**

Im Übrigen greift die Regelung insofern zu kurz, als die **Unklarheiten** der bestehenden (ungeschriebenen) Rechtslage zum Umgang mit dem Vorbescheid<sup>169</sup> nicht aufgegriffen werden: Die Aussetzung der Wirksamkeit des Beschlusses soll nur erfolgen, wenn dieser nicht dem erklärten Willen eines Beteiligten entspricht; das lässt die bislang streitige Frage offen, wie der Wille erklärt sein muss. Sind etwa zwei sich widersprechende Anträge erforderlich? Oder reicht es dagegen sogar schon aus, wenn nur Bedenken vorgebracht werden? **527**

Abgesehen von dieser Regelungslücke besteht die Gefahr, einen unrichtigen Erbschein zu erteilen, nicht nur in den Fällen eines bekanntermaßen entgegenstehenden Willens von Beteiligten; das Nachlassgericht mag mitunter auch ohne solche Umstände Zweifel hegen, zB bei der Auslegung letztwilliger Anordnungen. Dann darf es jedoch nach § 360 nicht aussetzen, weil die Voraussetzungen – entgegenstehender erklärter Wille – nicht vorliegen; das Gericht müsste also in solchen Fällen, in denen es selbst die Aussetzung wünscht, einen der Beteiligten dazu anhalten, einen entgegenstehenden Willen zu erklären. **528**

**Regelungsbedürftig** erscheint auch die Frage, wie zu verfahren ist, wenn kein Rechtsmittel eingelegt wird. Muss das Nachlassgericht dann den Erbschein entsprechend seinem ursprünglichen Beschluss erteilen, selbst wenn es die Rechtslage jetzt anders sieht? Unklar bleibt auch, ob und wie das Nachlassgericht an die Entscheidung des Rechtsmittelgerichts gebunden ist. Muss das Nachlassgericht zB den seinem ursprünglichen Beschluss entsprechenden Erbschein erteilen, wenn das Rechtsmittel gegen den Beschluss zurückgewiesen wird (das Nachlassgericht selbst aber inzwischen einen Erbschein dieses Inhalts gar nicht mehr erteilen will)? **529**

#### **Einziehung oder Kraftloserklärung von Erbscheinen (§ 361)**

Während § 84 FGG lediglich die Anfechtung der Kraftloserklärung von Erbscheinen und sonstigen Zeugnissen ausschließt, werden nunmehr in Abs 2 die Möglichkeiten der sofortigen Beschwerde nur für den Fall eingeschränkt, dass der Erbschein bereits eingezogen ist. Die sofortige Beschwerde kann nur mit dem Ziel der Erteilung eines neuen gleichlautenden Erbscheins eingelegt werden. Abs 3 berücksichtigt die Rechtsprechung zu § 2361 Abs 2 S 2 BGB, dass die sofortige Beschwerde gegen einen Beschluss, durch **530**

<sup>168</sup> RefE FGG-ReformG S 352.

<sup>169</sup> Dazu *Lukoschek* ZEV 1999, 1.

den ein Erbschein für kraftlos erklärt wird, bis zur öffentlichen Bekanntmachung zulässig ist.<sup>170</sup>

#### Sonstige Zeugnisse (§ 362)

- 531** Die Vorschrift entspricht § 84 S 2 FGG.

#### Testamentsvollstreckung (§ 363)

- 532** Anders als in §§ 80 und 81 Abs 1 FGG regelt Abs 1 nur noch die Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde bei Fristsetzungen nach § 2198 Abs 2 BGB und die Fristsetzungen zur Annahme des Amtes des Testamentsvollstreckers. Die übrigen der in § 80 FGG genannten Fristbestimmungen und Entscheidungen nach § 81 FGG sollen als Endentscheidungen iS des § 38 des E bereits nach § 62 Abs 1 Nr 1 des E mit der sofortigen Beschwerde anfechtbar sein.<sup>171</sup> Ob diese der Systematik untergeordnete Regelung der Klarheit des Gesetzes dient, kann bezweifelt werden. Abs 2 übernimmt die Regelung des § 82 Abs 2 FGG, wobei die Verweisung auf § 40 Abs 3 des Entwurfs dem § 53 FGG entspricht. Abs 3 entspricht § 82 Abs 1 FGG.

### Titel 4

#### Sonstige verfahrensrechtliche Regelungen

##### Mitteilungspflichten (§ 364)

- 533** Die Regelung entspricht im Abs 1 dem § 74a FGG und im Abs 2 dem § 74 S 2 FGG.

##### Akteneinsicht; Ausfertigung eines Erbscheins oder anderen Zeugnisses (§ 365)

- 534** Diese Sondervorschrift zu § 7 des E übernimmt in Abs 1 und 2 die Regelung des § 78 Abs. 1 FGG, in Abs 3 die des § 78 Abs 2 FGG und in Abs 4 die des § 85 FGG.

##### Zwang zur Ablieferung von Testamenten (§ 366)

- 535** Die Vorschrift übernimmt aus § 83 FGG lediglich die Anordnung zur Ablieferung eines Testaments und schreibt die Beschlussform vor. Die Vollstreckung des Titels soll sich nach den Vorschriften des allgemeinen Teils insbesondere §§ 97 ff des E richten.<sup>172</sup>

##### Nachlassverwaltung (§ 367)

- 536** Die Regelung entspricht § 76 FGG unter Berücksichtigung von § 62 des E.

##### Bestimmung einer Inventarfrist (§ 368)

- 537** Die Regelung des § 77 Abs 3 FGG wurde unter Berücksichtigung des § 62 des E übernommen.

##### Eidesstattliche Versicherung (§ 369)

- 538** Der Wortlaut des § 79 FGG wurde übernommen.

##### Stundung des Pflichtteilsanspruchs (§ 370)

- 539** Auch hier wurde der Wortlaut des § 83a FGG weithin übernommen. Die Verweisung auf § 53a FGG wurde durch § 275 des E ersetzt.

<sup>170</sup> RefE FGG-ReformG S 590.

<sup>171</sup> RefE FGG-ReformG S 591.

<sup>172</sup> RefE-FGG-ReformG S 592.

## Abschnitt 3

## Verfahren in Teilungssachen

Der Referentenentwurf sieht für den Bereich der **Teilungssachen keine inhaltlichen Veränderungen** vor, sondern übernimmt in seinen §§ 371 ff weitgehend die Regelungen, die in §§ 86 ff FGG getroffen sind. Die Vorschriften des E konnten im Vergleich zum Gesetzestext zT **gekürzt** werden, weil sich der Regelungsinhalt im Allgemeinen Teil des E findet (zB zu den Beteiligten, zur Wiedereinsetzung). Die Vorschriften wurden in sinnvoller Weise **sprachlich überarbeitet** – zumeist entschlackt – und teilweise neu zusammengefügt, so dass sich der Entwurf als **übersichtliche Neufassung des Gesetzestextes** präsentiert. **540**

Mehr leistet er allerdings an dieser Stelle nicht. Insbesondere wird die Überlegung nicht aufgegriffen, Strukturen für ein nachlassrechtliches Zuteilungsverfahren zu entwickeln, bei dem das Gericht den einzelnen Miterben Nachlassgegenstände mit dinglicher Wirkung zuweisen kann. **541**

Da das Vermittlungsverfahren gem §§ 86 ff FGG nicht zuletzt deshalb in der Praxis kaum Bedeutung erlangt, weil das FGG dem Gericht keine Entscheidungsbefugnis einräumt, bietet es sich an, ein entsprechendes Verfahren bereitzustellen. **542**

Wenn die Beteiligten sich nicht einigen können, ist die Zuteilung durch das Gericht auch kein verfahrensrechtlicher Fremdkörper; als Muster eines solchen Verfahrens kann das landwirtschaftliche Zuweisungsverfahren dienen<sup>173</sup> (§§ 13–17, 33 GrdstVG). Es bietet sich hier also an, den **Entwurf** um eine solche wirkliche – und in der Praxis auch wirklich erforderliche – **Neuerung zu ergänzen**. **543**

## Antrag (§ 371)

§§ 86 FGG wurde als Abs 1 und 2, § 87 Abs 1 als Abs 3 übernommen. Der Regelungsinhalt von 87 Abs 2 FGG wird durch die Vorschriften des Allgemeinen Teils (§§ 27 bis 29 des E) abgedeckt.<sup>174</sup> **544**

## Pflegschaft für abwesende Beteiligte (§ 372)

§ 88 S 1 FGG wurde fast wörtlich übernommen. Dagegen fehlt die Regelung des § 88 S 2 FGG, obwohl in der Begründung offenbar von der Übernahme ausgegangen wird. Dort wird von der Ersetzung des Begriffes „Vormundschaftsgericht“ durch den Begriff „Betreuungsgericht“ ausgegangen. Die Einrichtung des Betreuungsgerichts ergibt sich aus § 23c GVG des E. **545**

## Ladung (§ 373)

Die Regelung des § 89 FGG wurde fast wörtlich übernommen. Die S 1 und 2 wurden zu einem Abs 1 und die S 3 und 4 zu einem Abs 2 zusammengefasst. Entfallen ist die Regelung der Ladungsfrist (§ 90 FGG) wegen der Bestimmungen im allgemeinen Teil insbesondere § 32 des E.<sup>175</sup> **546**

## Außergerichtliche Vereinbarung (§ 374)

Die Vorschrift des § 91 wurde nach sprachlicher Überarbeitung zusammengefasst. **547**

## Wiedereinsetzung (§ 375)

Von § 92 FGG wurde nur ein Teil des S 1 übernommen. Im Übrigen wurde auf die Vorschriften der §§ 24 bis 26 verwiesen, die die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand **548**

<sup>173</sup> S dazu § 86 Rn 54; s auch § 86 Rn 4, 5.

<sup>175</sup> RefE-FGG ReformG S 594.

<sup>174</sup> RefE-FGG-ReformG S 594.

regeln. Dabei entsprechen §§ 24 Abs 1, 25 Abs 1, 3 des E § 92 S 1 FGG und § 25 Abs 2 des E § 92 S 3 FGG. Nicht übernommen wurde die Regelung des § 92 S 2 FGG, nach der eine Versäumung, die in dem Verschulden eines Vertreters ihren Grund hat, nicht als unverschuldete angesehen wird.

#### Auseinandersetzungplan; Bestätigung (§ 376)

- 549** § 93 FGG wurde unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorschriften des E übernommen. Der neue Abs 3 übernimmt aus systematischen Gründen den Regelungsinhalt von § 97 Abs 2 FGG, erwähnt jedoch den Beistand nicht mehr, weil durch das Beistandsgesetz vom 4.12.1997 (BGBl S 2846) die Beistandschaft auf die Feststellung der Vaterschaft und die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (§ 1712 BGB) beschränkt ist und beim Jugendamt geführt wird.<sup>176</sup>

#### Verteilung durch das Los (§ 377)

- 550** Der Text des § 94 FGG wurde vollständig übernommen.

#### Aussetzung bei Streit (§ 378)

- 551** Die Regelung entspricht fast wörtlich § 95 FGG. Es handelt sich dabei um Abweichungen von §§ 23 und 28 Abs 4 des E. Der Begriff „Protokoll“ wurde durch den Begriff „Niederschrift“ ersetzt. Die Form soll sich nach der Begründung des E „zweckmäßigerweise nach dem Beurkundungsgesetz“ richten.<sup>177</sup> Wenn die Beachtung dieser Formvorschriften wirklich gewollt ist, sollte dies auch im Gesetzestext wiedergegeben werden.

#### Wirkung der Vereinbarung; Zwangsvollstreckung (§ 379)

- 552** Abs 1 entspricht inhaltlich § 97 Abs 1 FGG. Abs 2 übernimmt die Regelung des § 98 FGG. Dagegen ist der bisherige Abs 2 von § 97 FGG entfallen, der nunmehr in § 376 Abs 3 enthalten ist. (Vgl Rn 549).

#### Rechtsmittel (§ 380)

- 553** Abs 1 regelt die Anfechtbarkeit von Entscheidungen in Teilungsverfahren durch sofortige Beschwerde insbesondere für die Fristbestimmung nach § 72 Abs 3 des E aber auch in Abweichung von § 26 Abs 2 und 3 des E bei der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.<sup>178</sup> Die Vorschrift des Abs 2 entspricht inhaltlich § 96 S 2 FGG.

#### Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft (§ 381)

- 554** § 99 Abs 1 FGG wurde inhaltlich als Abs 1 in den E übernommen. Der bisherige Abs 2 von § 99 FGG wurde entbehrlich, weil die örtliche Zuständigkeit in § 356 Abs 5 und die sachliche Zuständigkeit in § 23a Abs 2 Nr 2 GVG geregelt wird. Der neue Abs 2 erklärt die §§ 357 Abs 1, 360, 361 und 365 des E für das Verfahren zur Erteilung, Einziehung oder Kraftloserklärung von Zeugnissen über die Auseinandersetzung des Gesamtgutes einer ehelichen und fortgesetzten Gütergemeinschaft nach §§ 36 und 37 GBO für entsprechend anwendbar.

- 555** §§ 382 bis 399 nicht belegt.

<sup>176</sup> RefE-FGG-ReformG S 595.

<sup>177</sup> RefE-FGG-ReformG S 595.

<sup>178</sup> RefE-FGG-ReformG S 596.